


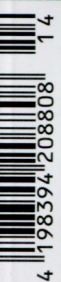
COMPACT Spezial

 MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Sonder-Ausgabe Nr. 14 | 8,80 EUR (D) · www.compact-online.de

Verrat am Wähler

Geschichte und Gegenwart
der Altparteien



FDP

Das Ende des
Liberalismus:
Das Elend des
Christian Lindner

SPD

Von der alten
Arbeiterpartei
zur Asyl- und
Banker-Lobby

CDU/CSU

Der Absturz:
von Adenauer
über Kohl zu
Merkel

Grüne

Kriege, Kapital
und Kindersex:
Mutation einer
Friedenspartei

Linke

Von den Erben
der SED zu den
Krawallanten
der Antifa

Opfer, Täter, Helden

Wie wir wurden, was wir sind

COMPACT Geschichte

 MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

COMPACT-Geschichte Nr. 1 | 8,80 EUR (D) · compact-online.de



Jan von Flocken

1000 Jahre Deutsches Reich

Unsere Geschichte, unsere
Leistungen, unser Stolz

**Jetzt am
guten Kiosk!**

Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de

Wenn Wahlen etwas ändern würden...

Wahlkampfzeit. Jetzt lügen sie uns wieder die Hucke voll: Die Asylantenflut ist vorbei. Der Terror hat nichts mit dem Islam zu tun. Die Ausländerkriminalität sinkt. An Einzelfälle müssen wir uns gewöhnen. Die Fachkräfte aus Syrien sichern unsere Renten. Die Energiewende bleibt bezahlbar. Die Mieten werden sinken. Die Schwulenehe führt zu Kinderfreundlichkeit. Niemand hat die Absicht, die Steuern zu erhöhen.

Glaubt eigentlich irgendjemand diesen Unsinn? Jeder weiß doch, dass nichts davon der Wahrheit entspricht. Aber die meisten haben sich damit abgefunden. In Zeiten postmoderner Beliebigkeit kann man sich ohnedies auf nichts mehr verlassen. Jede Partei schleift die Fundamente, auf denen sie gegründet wurde: Die christliche CDU will nichts mehr von der christlichen Ehe wissen, die liberale FDP macht den Bückling vor der Euro-Planwirtschaft, die sozialdemokratische SPD drückt die Löhne ihrer Arbeiterwähler durch importierte Billiglöhner, die einst gewaltfreien Grünen sind für jeden Krieg zu haben – und ein linker Ministerpräsident begrüßt Scheinasylanten mit einem herzlichen «Inshallah».

Was zusätzlich frustriert: Wenn sich bei Wahlen – selten genug – Parteien oder Persönlichkeiten durchsetzen, die alles anders machen wollen, passen sie sich oft den scheinbaren Sachzwängen an und sind schnell von den Etablierten nicht mehr zu unterscheiden. In Griechenland versprach die aus dem Nichts aufgestiegene Syriza-Partei, die Verelendung durch das Eurosystem zu beenden, bekam dafür in einer Volksabstimmung sogar eine klare Mehrheit – und setzte anschließend dennoch die Politik der vorher abgewählten Altparteien fort. In Skandinavien ruhten die Hoffnungen vieler vom System Enttäuschter auf der Partei der Wahren Finnen – doch als sie in die Regierung eintrat, opferte sie ihre Euro- und Einwanderungskritik auf dem Koalitionsaltar. In den USA versprach Donald Trump im Wahlkampf einen militärischen Rückzug von den weltweiten Fronten – und bombardierte schon nach 77 Amtstagen Syrien, was noch nicht einmal sein Vorgänger Barack Obama gewagt hatte. Und wer mag die Hand dafür ins Feuer legen, dass die AfD, sollte sie dereinst mitregieren, nicht ebenfalls umkippt, weil ihre Spitzenleute mit Zuckerbrot und Peitsche umgedreht wurden?

Zu konstatieren ist: Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten. Der Gegner ist zu mächtig für eine parlamentarische Machtübernahme. Nachdem Trump trotz seiner Milliardenreserven mit dem Tiefen Staat nicht fertig geworden ist, wer



soll es dann schaffen? Trotzdem wäre es falsch, die Wahlen zu boykottieren. Ein möglichst gutes Ergebnis für die AfD hat durchaus eine realpolitische Bedeutung – es wirkt als Muntermacher für das Oppositionsvolk, das seine zahlenmäßige Stärke erkennt, und erschreckt die Herrschenden.

*Chefredakteur Jürgen Elsässer.
Foto: Jörg Gründler*

Ein gutes Beispiel dafür ist der Brexit. Dazu kam es nur aus einem einzigen Grund: Weil die – mit der AfD vergleichbare – britische Unabhängigkeitspartei UKIP bei den Europawahlen 2014 mit 28 Prozent zur stärksten Kraft auf der Insel wurde. Das hat der konservativen Regierung unter David Cameron dermaßen Angst eingejagt, dass sie eine Volksabstimmung zu dem Thema ansetzte, mit dem bisher UKIP gepunktet hatte, nämlich dem EU-Austritt. Im Referendum unterlag dann das vereinigte Establishment dem erwachenden Volk...

Besonders bemerkenswert: UKIP hat triumphiert, ohne dass sie dafür in die Regierung eingetreten ist. Ganz im Gegenteil: Der Erfolg wurde aus der Opposition heraus errungen, wo die Partei ungehindert von Koalitionszwängen auftrumpfen konnte. Können wir so etwas nicht auch in Deutschland schaffen?

M. Wittenberg

**Nur Ihr
Abo macht
uns stark!**

Mut zur Wahrheit
COMPACT **C**

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- erhalten eine Abo Prämie!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de



* gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

6 Wahlplakate

CDU

12 Der Alte und der Pfälzer

Konrad Adenauer und Helmut Kohl:
Das Vermächtnis

17 Von der amerikanischen
zur islamischen Kanzlerin

Wie Angela Merkel Deutschland verspielt

22 Die Patin

Gertrud Höhler über die Kanzlerin

CSU

24 Immer weiß-blau, manchmal blau

Franz Josef Strauß, König von Bayern

COMPACT Impressum[©]

Herausgeber & Verlag

COMPACT-Magazin GmbH

Geschäftsführer Kai Homilius

Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

E-Mail verlag@compact-mail.de

Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung

Fon 03327-5698611

Fax 03327-5698617

E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH

Mittelbrandenburgische Sparkasse

BIC: WELADED1PMB

IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACTRedaktion (NEU!)

Französische Str. 12, 10117 Berlin

(Großbriefe und Päckchen an den Verlag)

Fon 030-20188322

Fax 03327-5698617

E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens

Redakteure Marc Dassen (Politik),

Tino Perlick (Korrespondent)

Cover/Illustrationen Iris Fischer, Bildmaterial

von Shutterstock (Seite 11/23/31/47/55/67/77)

Fotoquelle Cover picture alliance: dpa; Re-

vierfoto: Lino Mirgeler; Winfried Rothermel /

getty images: Thomas Imo/Kontributor

Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise

E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss

2.6.2017



Erscheinungsdatum
der nächsten Ausgabe
Samstag, 30.9.2017

28 Als Löwe gesprungen,
als Bettvorleger gelandet

Horst Seehofer, zaudernder Landesvater

SPD

32 Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!

Die Erbschleicher einer großen Tradition

36 Der Schulz-Defekt

Sankt Martin als Kanzlerkandidat

40 Wollt Ihr den totalen Maas?

Die Gefahr eines roten Faschismus

42 «Ich habe den Niedergang
der Sozis miterlebt»

Guido Reil, die Stimme des Kohlenpotts

46 Kein Fußbreit den Neosozis!

Das Ende einer Arbeiterpartei

FDP

48 Nach allen Seiten offen

Die ewige Umfallerpartei

52 Hoffnung mit Dreitagebart

Christian Lindner will an die Macht

Grüne

56 Fisherman's Friends

Aufstieg und Fall der Ökopaxe

60 Die Deutschland-Abschaffer

Die Grünen als Volksverräter

63 Die Kuh macht muh

Das Schattenkabinett der Minderleister

Linke

68 Honeckers Erben, Merkels Helfer

Von der SED über die PDS
bis zur Linkspartei

72 Die rechte Linke

Sahra Wagenknecht: Die Frau,
die sich nicht traut

75 «Die Linken sind entweder naiv –
oder bewusst antideutsch»

Warum ein Betriebsrat die Nase voll hat

Parlamentarischer Absolutismus

78 Die Abschaffung von Demokratie
und Republik

Die Parteienherrschaft als Auslese
der Schlechten

82 Alle Macht dem Volke

Die direkte Demokratie als Alternative



Wie Angela Merkel Deutschland verspielt



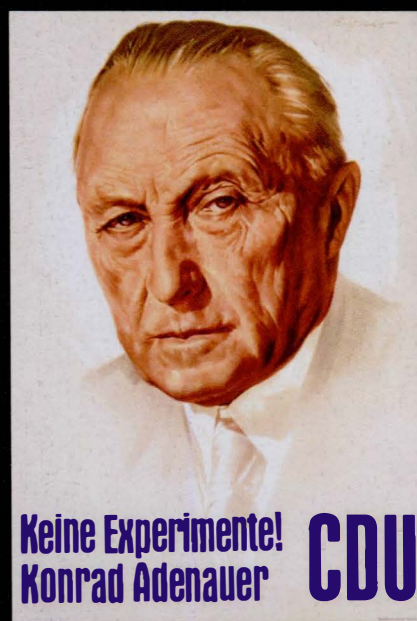
Das Ende einer Arbeiterpartei



Die ewige Umfallerpartei

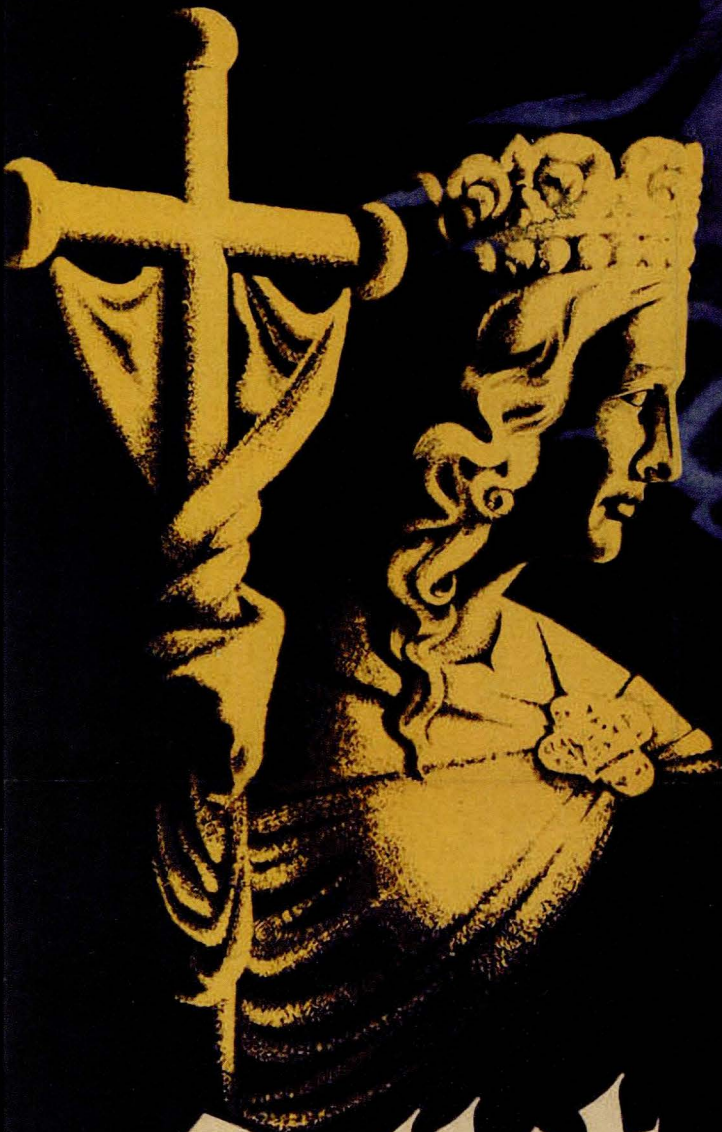


Die Grünen als Volksverräter



Plakate aus den 1950er Jahren: Die SPD trat für die Einheit Deutschlands ein, sogar einschließlich der abgetrennten Ostgebiete. Und die Junge Union trauerte um die Soldaten der Wehrmacht. Für Heiko Maas und Ursula von der Leyen wäre das heute rechtsradikal...





Rettet die abendländische Kultur ... **WAHLT** CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE **UNION**

So viel Pegida steckte einst in der CDU – vor 60 Jahren...

Foto: CDU / Konrad-Adenauer-Stiftung

**Wachstum braucht Weitblick.
Und einen stabilen Euro.**

CDU

Gemeinsam erfolgreich.

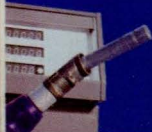
**Der Sozialismus geht.
Wir kommen.**



13. Mai **CDU**
Blum!

**Benzinpreis-
Erhöhung:**

**Nicht
mit uns!**



www.cdu.de/thueringen

Top, Thüringen! **CDU**

*Versprechungen und Tatsachen: Unter
Angela Merkel ist die CDU Richtung
Sozialismus gerückt – und was aus
blühenden Landschaften, stabilem Euro
und den Benzinpreisen wurde, kann jeder
selbst beurteilen...*

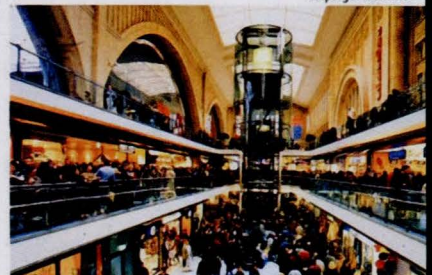
**Blühende
Landschaften
wählen!** **CDU**



Seebücke von Ahlbeck



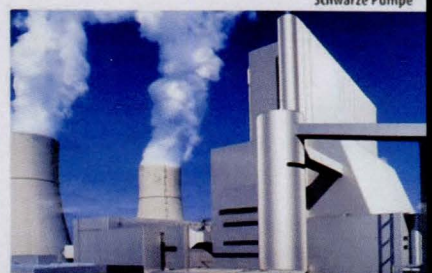
Leipziger Bahnhof



Marktplatz Wismar



Schwarze Pumpe



**Finanzhaie
würden FDP
wählen.**



**Für ein Europa, in
dem klare Regeln
für alle gelten.**



www.spd.de

**Mit Ulrich Nölle
auf neuen Kurs:**

**Asyl-
mißbrauch
beenden!**

- 40.000 Asyl-Akten endlich bearbeiten
- Schein-Asylanten konsequent abschieben
- Grundgesetz ändern

Am 29. September '91



Am 18. September verhindern:

**KONJUNKTURBREMSE
MERKELSTEUER**

SPD

Vertrauen in Deutschland.

www.spd.de

Ohne Witz: 1991 wollte die CDU noch den «Asylmissbrauch beenden», und die SPD attackierte 2005 die Erhöhung der Mehrwertsteuer («Merkelsteuer»), die sie dann später gemeinsam mit der Union beschloss...

Ebenfalls urkomisch: 2009 griffen die Sozis die FDP als Finanzhai-Partei an. Dabei war es SPD-Kanzler Gerhard Schröder gewesen, der die Finanzmärkte liberalisiert hatte.



«Den Linken jetzt die rote Karte» warb die Junge Union Ende der 1970er Jahre, und noch 2008 wollte die Hessen-CDU den «Links-Block», angeführt von Tarek al-Wazir und anderen, stoppen. Heute regiert die CDU in diesem Bundesland mit al-Wazir und seinen Grünen zusammen... Die Grünen als Streiter für den Frieden und neue Arbeitsplätze – das wäre genug Stoff für eine Büttendrede.

Fotos: CDU / Konrad-Adenauer-Stiftung, B90/Die Grünen



CDU

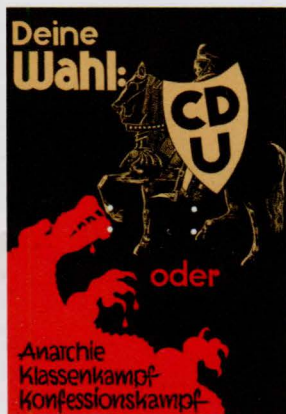
**Der Absturz: von Adenauer
über Kohl zu Merkel**



Der Alte und der Pfälzer

_ von Jürgen Elsässer

Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Gemocht hat der erste Kanzler seinen Wirtschaftsminister und Amtsnachfolger nicht. Foto: CDU, Paul Bouserath, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert – zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.

Auf nach Westen

Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als «der Alte aus Rhöndorf» tituiert, brachte die Tradition der katholischen Zentrumsparterie aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen – die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat – und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite Frankreichs geliebäugelt. Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten



östlich der Elbe, wo ab 1949 die «roten Preußen» der SED – so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr – das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: «Da draußen ist Sibirien.»

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken – er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuss Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung – seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb. Das machte den «Bundeskanzler der Alliierten» – so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher – für die amerika-





nische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Dabei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag konterte. «Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein», fasst der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten

torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden – was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik – und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Es spricht jedoch für Adenauer, dass er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 – dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer «geheimen Ostpolitik» (Schöllgen) finden sich in den Akten. Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, «der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben», also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die

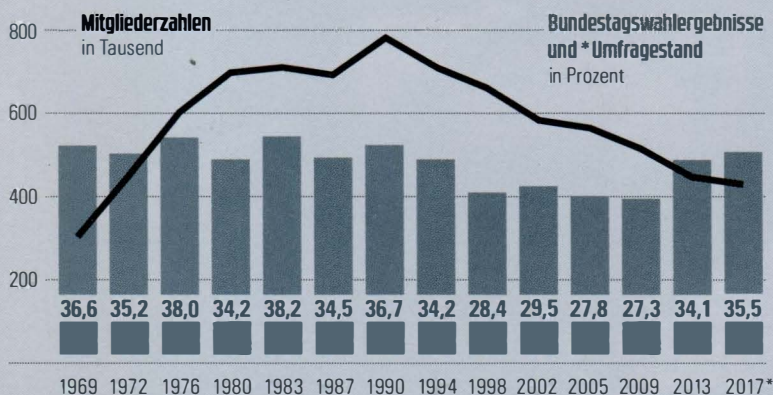
Im Bundestagswahlkampf 1994 warb die CDU mit dem Konterfei Kohls. Der Name der Partei wurde nicht erwähnt. Entstanden ist das Bild im sachsen-anhaltinischen Stendal. Foto: CDU, KAS, von Mannstein political communication, CC-BY-SA 3.0 DE

Lieber das halbe
Deutschland ganz
als das ganze
Deutschland halb.
Adenauers Devise

Die Kanzlerpartei

Bei Wahlen – Angaben hier ohne CSU – hatte die Union meist die Nase vorn. Bei den Mitgliederzahlen musste sie aber Federn lassen.

CDU



Quelle: wahlrecht.de, statista, wikipedia

Grafik: COMPACT

Bild rechts: Nicht nur im Bundeswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE



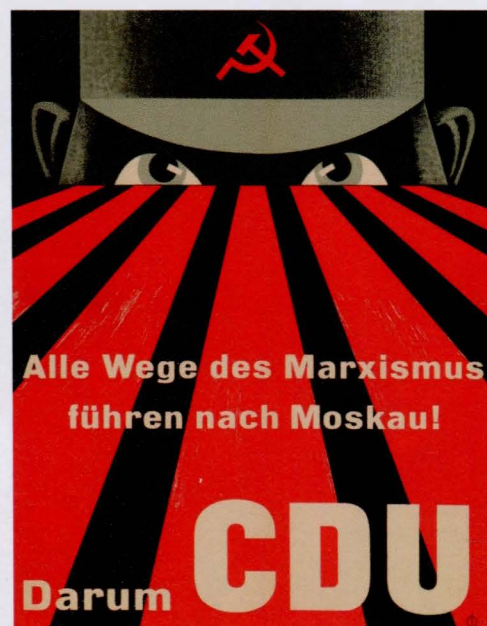
Plakat der Rote-Socken-Kampagne der CDU 1994. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zonengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

Zwischen Washington und Paris

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloss. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback – und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, dass ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy – für ihn ein «Schaumschläger» –, aber goss selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die «Frontstadt» in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma. Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die



das amerikanische Desengagement in der deutschen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, dass sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.

Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade – 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! –, und die Gegenvisite De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde. Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, dass der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle musste seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen – die BRD blieb an der Seite der USA.

Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: «Im Grunde genommen ging es

Adenauer schlug für die DDR einen neutralen Status wie in Österreich vor.

ihmdarum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre stattdessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen.» 1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: «Dass sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied – in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg – ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie. Und: Es war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die die Bundesregierung aufforderte, die im Anwerbeabkommen mit der Türkei festgelegte Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, ein Rotationsprinzip, zu revidieren», fasst ein Artikel in der Tageszeitung *Die Welt* vom 5. Dezember 2006 zusammen.

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports.

Ein letztes Mal versuchte die Politik im Jahre 1973 gegenzusteuern – die Bundesregierung verfügte einen Anwerbestopp. Kanzler Willy Brandt (SPD) postulierte in der ARD: «Wir müssen an die eigenen Landsleute zuerst denken.» Wieder intervenierten die Großkonzerne. «Damals», so schrieb der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (CSU) 1983, «haben Herr Schleyer und mit ihm die meisten Arbeitgeber eine solche Politik der Rotation aber abgelehnt, weil er sagte, das kostet uns viel Geld, da müssen wir alle fünf Jahre neue Leute anlernen. Ich habe das für einen Fehler gehalten, und es zeigt sich jetzt, dass es ein Fehler war».

Die Wende bleibt aus

Mit den Folgen dieser Weichenstellung hatte auch der nächste große CDU-Kanzler zu kämpfen, der nach 13 Jahren SPD-Herrschaft 1982 an die Macht kam: Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: «Wir werden die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!» Passiert ist freilich nichts, der Zugang weiter.

Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen – was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu

besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren. Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können – wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der «Befreiung» (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder aufzureißen. Die Linien jeder Couleur waren begeistert. Kohls Ansatz einer «geistig-moralischen Wende» scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender – für ihn der «Rotfunk» – brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert – seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.

Deutschland, einig Vaterland

Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. «Es ist keine Frage, dass der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war», stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies – angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger jubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt. An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Mar-

Volkspartei der Mitte

26.6.1945 Die Christlich-Demokratische Union tritt zum ersten Mal als Partei in Erscheinung und richtet sich mit dem Aufruf «Deutsches Volk!» an die Öffentlichkeit.

14.8.1949 Bei den ersten Bundestagswahlen erhält die CDU 31 Prozent.

15.9.1949 Konrad Adenauer wird zum ersten Bundeskanzler gewählt.

1957 Bei der Bundestagswahl erhält die Union erstmals die absolute Mehrheit von 50,2 Prozent.

1961 Bei der Bundestagswahl erlebt die Union herbe Verluste, bekommt nur noch 45,3 Prozent, regiert aber mit der FDP weiter.

1963 Ludwig Erhard (CDU) folgt Konrad Adenauer als Bundeskanzler.

1966 Mit Kurt Georg Kiesinger kommt der dritte Kanzler der CDU ans Ruder, regiert aber zum ersten Mal in einer großen Koalition mit der SPD.

1969 Nach der Bundestagswahl muss die CDU/CSU in die Opposition.

1972 Nach der Bundestagswahl ist die Union zum ersten Mal nicht mehr stärkste Fraktion (44,9 Prozent). Die SPD hat sie mit 45,8 Prozent überholt.

1976 Im Bundestagswahlkampf gibt die CDU die Lösung «Freiheit statt Sozialismus» aus. Kanzlerkandidat Helmut Kohl scheitert jedoch gegen Helmut Schmidt (SPD).

1980 Franz Josef Strauss wird Kanzlerkandidat der CDU/CSU, setzt sich bei der Bundestagswahl aber ebenfalls nicht gegen Schmidt durch.

1.10.1982 Nach einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Kanzler Schmidt wird Helmut Kohl mit FDP-Unterstützung Bundeskanzler. 1983 und 1987 verteidigt die schwarz-gelbe Koalition bei Wahlen ihre Mehrheit.

1990 Die CDU gewinnt die ersten Bundestagswahlen nach der Wiedervereinigung.



Dieser fröhlich-optimistische Arbeiter hätte auch einem SED-Wahlplakat entnommen sein können. Den Machtverlust der CDU bei der Bundestagswahl 1998 konnte er nicht verhindern. Foto: CDU, KAS

Volkspartei der Mutti



27.9.1998 Bei den Bundestagswahlen fährt die CDU mit 35,1 Prozent das zweitschlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte ein – Gerhard Schröder (SPD) wird Kanzler.

1999 Eine Spendenaffäre stürzt die CDU in ein langanhaltendes Umfragetief und beschädigt Kohl.

2000 Angela Merkel wird Bundesvorsitzende.

18.9.2005 Abwahl der rot-grünen Bundesregierung, Bildung einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kanzlerin Merkel.

27.9.2009 Nach der Bundestagswahl regiert Merkel mit der FDP weiter.

22.9.2013 Bei den Bundestagswahlen scheitert die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde. Merkel bildet erneut eine Große Koalition.

Merkel mit Karl-Theodor zu Guttenberg. Foto: Bundeswehr/Wilke

Im Volkstammerwahlkampf 1990 waren westdeutsche Politiker in der DDR omnipräsent. Foto: picture-alliance / dpa

garet Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H.W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute: Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am Ende doch noch ab.

Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluss eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdiensteinmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Dass die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten – daran war die Naivität Gorbatschows schuld.

Noch folgenschwerer war, dass Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung – so jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali – letztlich mit einem Deal erkaufte: das Ja von Mitterrand wurde mit dem deutschen

Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. *Le Figaro* sprach von einem «Versailles ohne Krieg» – in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.

Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingesetzt hat, darf die Bundeswehr es nicht.

Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.

Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer «hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben». Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien «den größten historischen Fehler» genannt. «Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen», habe dieser ihm gesagt.

Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik – die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Rekordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 – in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele – verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen – und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik – keinen Anspruch auf Asyl. Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken – seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung. ■





Von der amerikanischen zur islamischen Kanzlerin

von Jürgen Elsässer

Noch nie gab es in Deutschland einen Regierungschef, der US-höriger war als Angela Merkel. Doch seit Donald Trump im Weißen Haus residiert, hört man aus Berlin energische Widerworte. Zu den Streitpunkten gehört die Masseneinwanderung, an der die Christdemokratin unbedingt festhalten will.

Der G7-Gipfel am letzten Maiwochenende 2017 im italienischen Taormina endete mit einem Debakel. Nach ihrer Rückkehr machte die Kanzlerin aus ihrer Verärgerung keinen Hehl. Auf einer Bierzeltveranstaltung in München sagte sie in Bezug auf die westliche Supermacht: «Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.» Die *New York Times* sah darin eine «erdbebenartige Verschiebung der transatlantischen Beziehungen», das belgische Blatt *De Tijd* kommentierte: «Die deutsche Kanzlerin hat erkennbar die Nase voll vom amerikanischen Präsidenten.»

Grund ihrer Frustration war die Weigerung Trumps, in der Abschlusserklärung die üblichen politisch korrekten Sprechblasen mitzutragen: das Be-

kenntnis zu offenen Grenzen, zum unregulierten Freihandel und zum sogenannten Klimaschutz. Diese Zielsetzungen waren auf früheren Zusammenkünften maßgeblich von Merkel und dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama vorangetrieben worden. Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, dass er in diesen drei Punkten nicht mitziehen wolle, da sie den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten widersprächen. Die Kanzlerin hingegen hält dogmatisch an der globalistischen Agenda fest, was sie in den Augen der weltweiten Eliten zur neuen Führerin des Westens prädestiniert. Bereits nach Trumps Wahlsieg im November 2016 wurden ihr Lorbeerkränze geflochten. Die *New York Times* titelte: «Während Obama die Weltbühne verlässt, mag Angela Merkel die letzte Verteidigerin des liberalen Westens sein.» Und das Finanzportal *Bloomberg* schrieb: «Angesichts einer isolationistischen USA (...) ragt die 62-jährige Merkel als Leuchtfener liberaler, westlicher Autorität hervor wie nie zuvor.»

Oh Schreck, der Sultan kommt. Während der Audienzen bei Erdoğan übt Merkel gerne den Kotau.
Foto: picture alliance/AP Photo

«Merkel als Leuchtfener liberaler, westlicher Autorität». Bloomberg



Die Balkanroute – hier ein Grenzdurchbruch nach Mazedonien – war 2015 das Haupteinfallsstor für Illegale nach Deutschland. Foto: picture alliance/dpa

«Ich glaube, der
Tötungsvorgang ist
im Gange.»

Merkel zu Schäuble

Das sind vergiftete Komplimente: Merkels Absetzbewegung von den USA wird beklatscht, weil es keine Absetzbewegung vom Globalismus ist, sondern ganz im Gegenteil Deutschland und Kontinentaleuropa zu dessen Zentrum machen soll – während sich Amerika unter Trump in einer Neufindungsphase befindet. Dazu passt, dass sich Merkel, solange die USA unter den Vorgängern des Immobilienmoguls die One World vorantrieben, devoter als alle anderen Bundeskanzler der Supermacht untergeordnet hat.

Die Alternative zu Schröder

Seit der Gründung der Bundesrepublik hat kein westdeutscher Regierungschef die amerikanische Patronage in Frage gestellt – aber immerhin gab es immer wieder Ausbruchversuche aus der Umklammerung: Konrad Adenauer strebte ein Sonderbündnis mit Frankreich an, Willy Brandt betrieb eine eigenständige Ostpolitik, Helmut Schmidt verweigerte die Stützung des Dollars, und Helmut Kohl wollte keine Bundeswehrtruppen in den Irak und nach Bosnien schicken. Gerhard Schröder war zwar willfährig, was die Kriege gegen Jugoslawien und Afghanistan anging, aber blieb immerhin 2003 standhaft und sagte Nein zur Invasion im Irak.

In dieser Eiszeit der Beziehungen empfahl sich Angela Merkel – damals Oppositionsführerin im Bundestag – als Alternative zu Schröder. Bedenkenlos übernahm sie die Lügenpropaganda des Pentagon. «Auch die Bedrohung durch die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein ist real, nicht fiktiv. (...) Europa muss bereit sein, sich an militäri-

schen Maßnahmen als Ultima Ratio zu beteiligen», warb sie für die Teilnahme am Irakkrieg – in bemerkenswertem Kontrast zum damaligen CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 führte sie die Union knapp vor der SPD über die Ziellinie – mit Rückenwind der von Henry Kissinger und David Rockefeller kontrollierten Bilderberg-Gruppe. Anders als bei ihren Amtsvorgängern war von ihr keine Kritik an der Supermacht zu hören: nicht bei den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran, nicht bei der durch die Wall Street provozierten Weltwirtschaftskrise, nicht bei den von Barack Obama unterstützten Attacken auf Opel und VW – nicht einmal beim NSA-Skandal, der auch das Abhören ihres eigenen Handys einschloss. Auch das aggressive Vorgehen gegen Wladimir Putin und Baschar al-Assad trug sie immer mit, und zum Knebelabkommen TTIP steht sie trotz massiver Kritik selbst des befreundeten Frankreichs. Einzig die Abstinenz beim Libyenkrieg fällt hier aus der Reihe heraus, dürfte aber eher auf den damaligen Koalitionspartner FDP und Außenminister Guido Westerwelle zurückgehen. Bemerkenswert ist, dass sie Trump – bei aller sonstigen Streiterei – ausgerechnet da unterstützte, wo er in die kriegesischen Fußstapfen seiner Vorgänger trat: beim Säbelrasseln gegen Russland und bei den Raketenanschlägen gegen Syrien Anfang April 2017.

Rechtsbrecherin Merkel

«Was Merkel getan hat, ist geisteskrank», sagte Trump bereits während seines Wahlkampfes über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, und eines seiner stärksten Argumente gegen seine Gegenkandidatin

war, dass «Hillary Clinton Amerikas Angela Merkel werden will». Tatsächlich hat die Christdemokratin mit ihrer Grenzöffnung am 4. September 2015 den ihr anvertrauten Staat und das Volk unerhörten Gefahren ausgesetzt. Obwohl die Refugees-welcome-Politik eindeutig dem Grundgesetz widerspricht, gab es keine vorherige Beratung im Regierungskreis, die Sicherheitsbehörden wurden ebenso wenig konsultiert. Horst Seehofer beschwerte sich später, nicht einmal per Telefon informiert worden zu sein. Später rechtfertigte sie sich: «Es gibt Situationen, in denen muss entschieden werden.» (FAZ, 16.9.2015) Die passive Formulierung verdeckt: Sie war es, sie allein, die entschied.

Auf Nachfragen zu den schnell explodierenden Asylzahlen bekannte die ansonsten kirchenferne Frau in den Folgewochen: «Der Herrgott hat mir diese Aufgabe auf den Tisch gelegt.» Als Seehofer sie wegen der unabgesprochenen Grenzöffnung rüffelte, flippte sie regelrecht aus: «Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.» Besonders schockierend war, dass sie nach einem Finanzstreit mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesagt haben soll: «Ich glaube, der Tötungsvorgang ist im Gange.» (FAZ, 19.9.2015, S.3) Welchen Herrgott rief sie an, welchem Land entzog die Allergnädigste ihre Gunst, welchen Tötungsvorgang wollte sie in Gang setzen? Oder anders gesagt: Kann man solchen Worten noch irgendwelche Rationalität unterstellen, und sei es die der Herrschaftssicherung, oder ist diese Person – wie Trump sagt – tatsächlich verrückt geworden?

Die letzten Monate des Jahres 2015 erinnerten auf unheilvolle Weise an den Beginn der Nazi-Diktatur, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen: Nicht Nationalsozialismus, sondern antinationaler Sozialismus scheint als Merkels Ziel auf – die Verteilung der Reichtümer Deutschlands an die ganze Welt. Auch ansonsten gibt es erschreckende Parallelen. Man lese den Aufsatz Carl Schmitts mit dem Titel «Der Führer schützt das Recht» aus dem Jahre 1934; der Staatsrechtler billigte Adolf Hitler darin uneingeschränkte Machtbefugnisse zu, solange das Vaterland durch «die Denkweise eines liberalen „Rechtsstaats“ gelähmt» sei, indem er «im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft».

Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot.

In dem vor Kurzem erschienenen Buch des Welt-Journalisten Robin Alexander mit dem irreführenden Titel *Die Getriebenen* finden sich immer wieder Belege, dass Merkel gerade nicht kopflos-getrieben, sondern kalkuliert handelte. Ein Beispiel dafür waren die Verhandlungen um den Asylpakt EU-Türkei am 6. März 2016 in Brüssel. Zwar ist der Kern des Abkommens bekannt – die Türkei nimmt aus Griechenland abgeschobene Illegale zurück, darf aber im Gegenzug dieselbe Anzahl an Flüchtlingen ins Flugzeug nach Deutschland setzen, und wir dürfen



Das Titelbild von COMPACT 1/2015 entwickelte sich zu einem beliebten Demoplatat. Foto: COMPACT

Bild links: Diesen Fes setzte COMPACT Merkel in der Ausgabe 4/2016 aufs Haupt. Foto: COMPACT

Bild rechts: Merkels Asyl-Selfies, hier in Berlin-Spandau, wurden zum Sinnbild ihrer Grenzen-auf-Politik. Foto: picture alliance/dpa



Investieren Sie in den Mut zur Wahrheit!

Werden Sie Gesellschafter bei COMPACT!



The image shows a close-up of a hand pointing at the COMPACT logo on a magazine cover. The logo consists of the word 'COMPACT' in a bold, sans-serif font, followed by a red circle containing a white 'C'. Below the logo, the text 'MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT' is visible. The background is dark and out of focus, showing what appears to be a stack of magazines or papers.

COMPACT
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Gehen Sie mit uns
auf Erfolgskurs.
Profitieren Sie
von der starken
Marke COMPACT!

Wachstum mit erstem Gewinn

Während die etablierten Zeitschriften permanent an Leserschaft und Auflage verlieren, geht es mit COMPACT steil aufwärts! Mit «Mut zur Wahrheit» und ehrlichem Journalismus in Zeiten der Lüge konnten wir in den letzten zwei Jahren die verkaufte Auflage unserer monatlichen Printausgabe jeweils verdoppeln. Damit haben wir uns einen festen Platz in der Presselandschaft erkämpft. Bereits unser 4. Geschäftsjahr 2014 konnten wir mit Gewinn abschließen.

Investment mit ruhigem Gewissen

Sind Sie ein treuer Leser unseres Magazins für Souveränität? Suchen Sie nach Möglichkeiten eines Investments jenseits der gängigen oder risikobehafteten Anlagemodelle, die Ihnen Banken offerieren, und wollen Sie dabei anonym bleiben? Dann engagieren Sie sich jetzt bei COMPACT und profitieren Sie in mehrfacher Hinsicht: Als atypisch stiller Gesellschafter unserer GmbH erhalten Sie jährlich Gewinn- oder Verlustzuschreibungen. Gewinne können zur Auszahlung kommen – Verluste lassen sich von der Steuer absetzen. Jedes Investment ab 10.000,- Euro ist uns willkommen.

men. Dabei bleibt Ihre Einlage risikofrei, denn als stiller Gesellschafter müssen Sie niemals Kapital nachschießen – selbst wenn COMPACT rote Zahlen schreiben sollte. Und wenn Sie Ihr Engagement beenden wollen, sind wir zur Auszahlung Ihres aktuellen Kapitalanteils verpflichtet.

Erfolg mit gutem Gefühl

Gehen Sie mit uns auf Erfolgskurs! Unterstützen Sie uns dabei, das Potenzial unserer prosperierenden Marke zu entfalten. Denn wir haben noch viel vor. Zu unserer weiteren Geschäftsentwicklung gehört der Ausbau des Marketing sowie Investitionen in unsere Produkte und neue Mitarbeiter. Kommen Sie jetzt in den inneren Kreis von COMPACT! Helfen Sie mit, der schweigenden Mehrheit im Land eine Stimme zu verleihen und kämpfen Sie mit uns gegen die Propaganda einer gleichgeschalteten Presse.

Neben Ihrem VIP-Status bei COMPACT genießen Sie auch das gute Gefühl, zu einer Zeitschrift zu gehören, die sich dem «Mut zur Wahrheit» verpflichtet hat.

Schicken Sie uns jetzt eine formlose E-Mail an **verlag@compact-mail.de**.

Wir setzen uns dann mit Ihnen in Verbindung und senden Ihnen ausführliche Unterlagen zu.



Im März 2017 reiste Merkel erstmals zum neuen US-Präsidenten – Donald Trump verweigerte ihr während der Visite öffentlichkeitswirksam einen Handschlag. Foto: The White House

das auch noch bezahlen –, aber Alexander verweist auf eine geheime Zusatzklausel, die durch mehrere Teilnehmer bezeugt wird: Merkel hat zugestimmt, dass «zwischen 150.000 und 250.000 Flüchtlinge (...) pro Jahr aus der Türkei nach Europa umgesiedelt werden». Und weiter: «Das türkische Innenministerium erstellt eine Liste mit den Namen von Flüchtlingen, die aus seiner Sicht in die EU weiterreisen dürfen. (...) Akademiker oder Facharbeiter

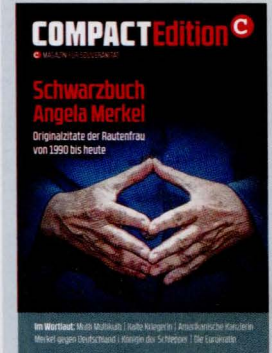
sind auf der Liste allerdings nicht verzeichnet. Qualifizierte Flüchtlinge will die Türkei nämlich behalten. (...) Zum ersten Mal entscheiden nicht deutsche Beamte oder Richter, wer in Deutschland Schutz bekommt – sondern ein fremder Staat, der selbst Oppositionelle verfolgt.»

Kurskorrektur auf dem Papier

Im Bundestagswahlkampf bemüht sich Merkel um kosmetische Korrekturen ihrer Einwanderungspolitik: Ihren berühmten Satz «Wir schaffen das», den sie 2015/2016 zigmal öffentlich intonierte, hat sie im laufenden Jahr nicht wiederholt. Die Antiterrorereinsätze der Sicherheitsbehörden wurden sichtlich intensiviert, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière durfte sogar Thesen zur deutschen Leitkultur aufwärmen. «Wir sind nicht Burka», verkündete er vollmundig in der *Bild am Sonntag*.

Aber das waren nur Worte. In der Realität hat sich nichts geändert. Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot. Die von der CSU geforderte Obergrenze für Einwanderung lehnt Merkel ab, und die im Kabinett tatsächlich beschlossenen Abschiebungen nach Afghanistan finden in der Realität nicht statt. Besonders bezeichnend: Der CDU-Parteitag im Dezember 2016 beschloss zwar ein Ende des von Erdogan-Türken weidlich ausgenutzten Doppelpass-Unwesens – aber diese Forderung taucht im Bundestagswahlprogramm der CDU nicht auf. Kein Wunder: Derselbe Parteitag bestätigte Merkel, die den Doppelpass verteidigt, mit einem Honecker-Ergebnis in ihrem Spitzenamt. Ihre oberste Priorität bleibt das Postulat: «Der Islam gehört zu Deutschland.» ■

Die mandschurische Kanzlerin



Die Asylkrise hat die Kanzlerin verwandelt. Immer wieder wiederholte sie, als stünde sie unter Hypnose, zwei zentrale Botschaften: «Wir schaffen das» und «Das Asylrecht kennt keine Obergrenze». Kritiker aus den eigenen Reihen biss sie weg, ließ sich dagegen von den oppositionellen Grünen und selbst vom linken Landesfürsten Bodo Ramelow loben. Im Habitus, vielleicht sogar in der Psyche der Frau hatte sich ein Wandel vollzogen: Bis zum Sommer 2015 bevorzugte sie einen weichen Regierungsstil und scheute Festlegungen, sodass sie sich – Beispiel Atomkraft, Bundeswehr und Maut – der Stimmung im Land geschmeidig anpassen konnte. Aber danach erlebte Deutschland eine eiserne Kanzlerin, die mit Basta-Diktaten ihren Kurs durchsetzte, der Maggie Thatcher alle Ehre gemacht hätte. Nur dass die britische Premierministerin inhaltlich für das Gegenteil stand. Deren Devise war immer: «Die Garantie für ein gutnachbarliches Verhältnis ist ein solider Zaun.»

Die jähe Verhaltensänderung erinnert an den US-Film *Der mandschurische Kandidat*: Ein Politiker kommt zur Macht und wird dann dank eines vorher in seinem Kopf eingepflanzten Chips fremdgesteuert, um die Agenda finsterner Hintermänner durchzusetzen... Eine geirnrurgische Neuprogrammierung würden der Bundeskanzlerin selbst wildeste Verschwörungstheoretiker nicht unterstellen. Aber der Fakt bleibt, dass die einst betuliche Mecklenburgerin in der Asylkrise wie ein Roboter auftrat.

COMPACT-Edition Nr. 3.
Foto: COMPACT

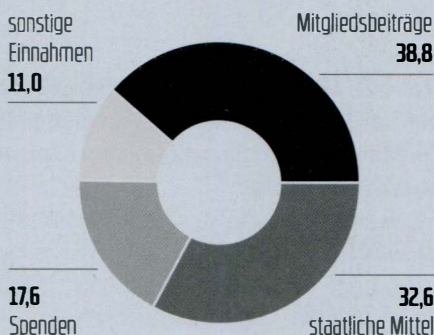
Das Geld der CDU

Einnahmen der Christdemokraten im Jahr 2014.

insgesamt

147,1 Millionen

davon in Prozent



Quelle: Deutscher Bundestag

Grafik: COMPACT

Die Patin

_ Gertrud Höhler im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Angela Merkel repräsentiert einen neuen autokratischen und prinzipienlosen Politikertypus, der dem Verfallszustand der Gesellschaft entspricht und sich um Recht und Gesetz nicht schert.



Gertrud Höhler. Fotos: Udo Grimberg/CC BY-SA 3.0 de, Orell-Füssli-Verlag

* Prof. Dr. Gertrud Höhler ist Literaturwissenschaftlerin, Publizistin und Beraterin für Wirtschaft und Politik. Mit Alfred Herrhausen entwickelte sie die strategische Kommunikation der Deutschen Bank. Sie war Board Member der CIBA Chemie, der Schweizer Versicherung Baloise Holding und des Ingenieurkonzerns Georg Fischer. Sie wurde vielfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Buch *Die Patin – Wie Angela Merkel Deutschland umbaut* erschien 2013 bei Orell Füssli (295 Seiten, 21,95 Euro). – Gekürzt aus COMPACT 11/2012.

Ihr Buch trägt den Titel *Die Patin*, das erinnert an den Mafia-Roman von Mario Puzo. Welcher «ehrenwerten Gesellschaft» steht die Kanzlerin vor?

Es gibt eine strukturelle Analogie des «Systems Merkel» zu Geheimbünden. Es wird unideologisch agiert, es gilt ein Schweigegelübde, und der Bereich der Legalität wird von illegalen Aktivitäten durchsetzt.

Sie ist eine Frau der Unberechenbarkeiten, aber wiegt die Zuhörer in Sicherheit.

Sie sezieren die Sprache der Kanzlerin, eine «Alien-Lingua». Wie konnte jemand mit solchen unverständlichen und schwammigen Bandwurmsätzen nach oben kommen?

Offensichtlich kommt es nicht so darauf an, wie sie spricht. Oder vielleicht sogar: Weil sie so wenig klare Aussagen macht, denken die Leute: Mit dieser Frau ist das Leben ungefährlich. Ihre Nullsummensätze, ihre Verklausulierungen, ihre Interpretationsoffenheit, ihre Abwiegeleien – sie ist eine Frau der

Unberechenbarkeiten, aber die Zuhörer werden in der Sicherheit gewiegt, ihnen werde schon nichts passieren. Man hört nie schlechte Nachrichten von ihr – obwohl es, etwa in der Euro-Krise, eigentlich ständig und massiv schlechte Nachrichten gibt. Manchmal hat man den Eindruck, dass sie, wenn sie ans Rednerpult tritt, am liebsten gar nichts sagen würde. Etwa nach ihrem Motto: «Gib nie ein Versprechen – sonst bist du erpressbar.»

Die Windsbraut

Nochmal zur Definition von Merkel. Im Titel verwenden Sie «Patin», also Anführerin des Clans. An anderer Stelle sprechen Sie von ihr als einer «Schlafwandlerin». Deren somnambule Schritte werden aber von anderen Mächten gelenkt, oder?

Ich hab in meinem Buch noch ein drittes Bild oder Bildpaar für Frau Merkel verwendet: Ist sie Windsbraut oder Windmaschine? Ist sie also Macherin eines Trends – oder nur dessen Symptom, als besonders geeignet an die Spitze gespült? Aber auch in diesem Fall spielt die Führungsfigur eine Rolle, die nicht nur passiv ist. Wir leben in einer überreifen Demokratie, in der Verfallsepoche einer Wohlstandsgesellschaft. Der Trend geht zum Schuldenmachen, zur Bequemlichkeit. Merkel verkörpert diesen Trend – und treibt ihn weiter.

Sie diagnostizieren im «System M» Anklänge an «die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts»: die «Marginalisierung der Parteien, der Themenmix aus enteigneten Kernbotschaften anderer Lager in der Hand der Regentin; ihre Nonchalance im Umgang mit dem Parlament, mit Verfassungsgarantien, Rechtsnormen und ethischen Standards». Warum will die Mehrheit der Deutschen diese Gefahr nicht sehen?

Weil Merkel sich als überparteilich präsentiert. Sie betont, dass sie nicht identisch mit ihrer Partei, der CDU, ist.

Durch ihre überparteiliche Selbstinzenierung sieht ihr Durchmarsch nicht wie eine politische Machtergreifung aus, sondern eher wie mütterliche Fürsorge?

Eben. Sie ist auch bei SPD- und Grünen-Wählern beliebt, weil sie SPD und Grünen auch Themen entwendet und deren Programmatik annektiert hat. Der politische Wettbewerb und die demokratische Meinungsfreiheit leiden darunter. Merkel forciert Allparteienentscheidungen und verlangt, dass alle mitziehen. ■

CSU

Vom bayerischen Löwen Franz Josef Strauß bis
zum weiß-blauen Schoßhund Horst Seehofer





Immer weiß-blau, manchmal blau

— von Peter Bartels

Franz Josef Strauß nahm nie ein Blatt vor den Mund, eroberte die Hoheit über alle Stammtische von Flensburg bis Friedrichshafen und machte die CSU damit zum Angstgegner der roten Volksfeinde. Szenen aus einer untergegangenen Epoche.

Franz Josef Strauß: «Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, von keinem europäischen Nachbarn, auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert werden.»

Björn Höcke: «Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk auf der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.»

Im Unterschied zu Höcke 2017 löste Strauß mit seinem selbstbewussten Satz 1977 keine Parteikrise aus, auch wenn die ewigen Linken knurrten und knirschten. Heutzutage würde selbstverständlich auch er dafür dreimal täglich geteert und gefedert durch den Mainstream getrieben werden. Wahrscheinlich würde ihn der Generalbundesanwalt sogar in irgendeinem Hochsicherheitstrakt in Stammheim oder anderswo wegsperren, von wegen Volks-

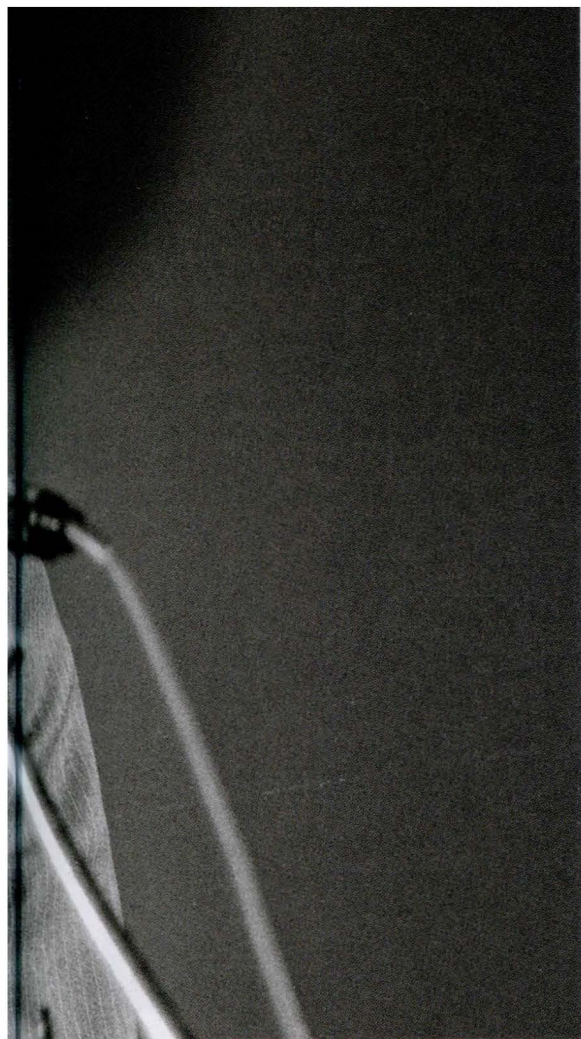
verhetzung oder Hate Speech. Nur: Der Bayer würde mit Waffen zurückschlagen, die heute so gut wie keiner der CSU mehr hat oder nutzt – die CDU sowieso nicht, SPD, Grüne, SED-Linker schon gar nicht: Intelligenz, Wissen, Fakten.

Bayerische Hitparade

Was Strauß jedenfalls damals, vor allem in der Ära der SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, gesagt hat, würde sich heute kein AfD-Politiker trauen. Kleine Kostproben gefällig?

- «Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam.»
- «Die Erziehung der Kinder ist eine Uraufgabe, eine von Gott den Eltern auferlegte Pflicht, ist ihr ureigenstes Recht.»
- «Wie manche Pfarrer die Kirche leer predigen, reden auch manche Politiker den Saal leer.»
- «Wem es bei uns (...) nicht passt, der kann ja hinüber gehen in die Sowjetzone.»
- «Ich bin der Sohn meines Vaters, Sie sind der Amtsnachfolger Stalins!» (Zu KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew)
- «Ich will lieber ein kalter Krieger sein als ein warmer Bruder.»

Was Strauß in den 1970er Jahren gesagt hat, würde sich heute kein AfD-Politiker trauen.



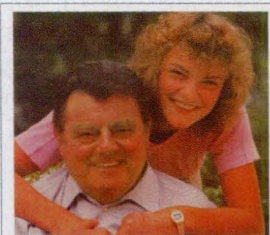
Franz Josef Strauß während des Bundestagswahlkampfes 1980. Der CSU-Chef fuhr trotz einer aufgeheizten Gegenkampagne 44,5 Prozent der Stimmen ein, konnte die sozialliberale Koalition jedoch nicht ablösen. Foto: picture-alliance / Sven Simon

- «Was wir in diesem Land brauchen, sind mutige Bürger, die die roten Ratten dorthin jagen, wo sie hingehören – in ihre Löcher.»
- «Der Genscher ist eine armenische Mischung aus marokkanischem Teppichhändler, türkischem Rosinenhändler, griechischem Schiffsmakler und jüdischem Geldverleiher. Und ein Sachse.»
- «Was passiert, wenn in der Sahara der Sozialismus eingeführt wird? Zehn Jahre überhaupt nichts, und dann wird der Sand knapp.»
- «Verdrechte Vietcong-Anhänger, die da öffentlich Geschlechtsverkehr treiben.» (Über die 68er).
- «Irren ist menschlich. Aber immer irren ist sozialdemokratisch.»
- «Schmidt ist der bessere Schauspieler, ich bin der bessere Politiker.»
- «Nein, das zweite Mal. Das erste Mal kam ich nur bis Stalingrad.» (zu Michail Gorbatschows Frage, ob er zum ersten Mal in der Sowjetunion sei)
- «Eher legt sich ein Mops einen Wurstvorrat an, als dass ein Parlament darauf verzichtet, vorhandenes Geld auszugeben.»
- «Es strömen die Tamilen zu Tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben.»

- »Schluss mit der ewigen Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftspolitische Daueraufgabe!«
- «Wir sind eine normale, tüchtige, leistungsfähige Nation, die das Unglück hatte, zweimal schlechte Politiker an der Spitze ihres Landes gehabt zu haben.»

Es war einmal

Strauß stand auch nach seiner Niederlage als Kanzlerkandidat der Union 1980 nicht allein. Andere Unionspolitiker wie der damalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer «dramatisierten» laut *Spiegel* ebenfalls, die Bundesrepublik müsse «vor einer Überflutung geschützt» werden. Ähnlich äußerten sich der «Berliner Regierende» Eberhard Diepgen und der schwäbische Ministerpräsident Lothar Späth. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wollte sogar den «Nachzug von Ehegatten und Kindern von Gastarbeitern» stoppen. Man bedenke: Damals gab es nicht einmal vier Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. ... 1983 hatten gerade 20.000 Flüchtlinge Asyl beantragt, 1984 35.000. Sie kamen aus Sri Lanka (8.000), der Türkei (4.200), Ghana (2.600), Äthiopien (2.200), Pakistan und Libanon (je 1.500) sowie Afghanistan (1.200), viele per Billigflieger via Ost-Berlin. Die DDR winkte alles durch: raus aus dem Flugzeug, rein in die S-Bahn nach Westen. Heute haben wir gut 16 Millionen «Bürger mit Migrationshintergrund» im Land. Und aus dem Mittelmeer werden jährlich von Rettungsschiffen über 300.000 weitere angeschleppt. Im Mai 2017 waren es pro Tag 1.000!



Franz Josef Strauß
Kanzler für Frieden
und Freiheit



Wahlkampf mit Tochter: Monika, heute Hohlmeier, ist seit 2009 Abgeordnete im EU-Parlament.
Foto: CDU/KAS

«Verdrechte Vietcong-Anhänger, die da öffentlich Geschlechtsverkehr treiben.»

Strauß über die 68er

Von Strauß eingeführt: Die Bundeswehr beschaffte bis 1991 insgesamt 916 Starfighter. Foto: Bundesarchiv, Bild-F027410-0011, Wikimedia



Die Franz-Josef-Strauß-Partei

13.10.1945 Parteigründung der CSU in Würzburg.

1946 Bei den ersten bayerischen Kommunalwahlen bekommt die CSU 36,8 Prozent.

1949 Bei der Bundestagswahl kann die CSU 29,2 Prozent der Stimmen in Bayern (im Bundesdurchschnitt 5,8 Prozent) auf sich vereinen.

1953 Bei der Bundestagswahl erreicht die CSU 47,8 Prozent in Bayern (im Bundesdurchschnitt 8,8 Prozent). Franz Josef Strauß wird Bundesminister für besondere Aufgaben.

1955 Strauß wird Atomminister.

1956 Strauß wird Verteidigungsminister.

1962 Im Zuge der Spiegel-Affäre muss Strauß als Verteidigungsminister zurücktreten.

1966 Strauß wird Finanzminister in der Großen Koalition.

1975 Strauß trifft als erster westdeutscher Politiker Chinas Kommunistenführer Mao.

1976 Mit 60,0 in Bayern (im Bundesdurchschnitt 10,6 Prozent) erreicht die CSU ihr bisher bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. In den Kreuther Beschlüssen droht sie eine Trennung von der CDU und ihre eigene bundesweite Ausdehnung an.

1978 Strauß wird Ministerpräsident Bayerns.

1979 Strauß wird als gemeinsamer Kanzlerkandidat von CDU und CSU nominiert, unterliegt aber bei der Bundestagswahl 1980 Helmut Schmidt (SPD).

1983 Strauß vermittelt einen Milliardenkredit an die DDR.

1988 Strauß stirbt.



Als Strauß und Co. ab 1985 die Anfänge der Migrantenflut eindämmen wollten, greifte die FDP (ja, genau die!) mit einem gewissen Burkhard Hirsch: Das Grundrecht auf Asyl stehe nicht zur Disposition. «Experimente» würden auf «entschiedenen Widerstand» der Liberalen stoßen. Schon zu dieser Zeit blockierte auch die SPD mit dialektischen Tricks und schalmeienden Medien alle Maßnahmen. Hamburgs SPD-Innensenator Rolf Lange: «Keine materiellen Einschränkungen.» Hessens SPD-Innenminister Horst Winterstein: »Ein Begrenzung ist geschichtslos und unmenschlich.«

Er war wahrscheinlich der letzte Deutsche.

1987 orakelte der damals noch konservative CDU-Politiker Jürgen Todenhöfer: »Wahrscheinlich sogar mehr als die Hälfte [der Bevölkerung] fühlen sich von der CDU nicht mehr vertreten (...). Sie werden eines Tages eine neue, rein konservative Partei schaffen.« Und weiter: »Konrad Adenauer wäre in der CDU von heute (...) eine einsame Figur am rechten Rand der Union.« Ähnlich postulierte ein Wulf Schönbohm, Planungschef der Bonner CDU-Zentrale, im Parteimagazin *Sonde*: »Themen und Begriffe wie Familie, Heimat, Vaterland, Pflichten, Tugenden, Leistung, Elite, Ordnung, innere Sicherheit gehören zu Markenzeichen der Union.« Und wieder greifte der *Spiegel* los und warnte vor »Populis-

Strauß und DDR-Parteichef Erich Honecker, hier auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1987, sollen sich gut verstanden haben. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0226-315, Rainer Mittelstädt, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia

mus statt Politik». Strauß betreibe mit Sätzen wie «Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein» und durch die Beschimpfung von Asylsuchenden als «Sozialhilfeschnorrer» pure Fremdenfeindlichkeit...

Erbtschleicher und Erbverwalter

Was wäre mit Strauß heute? Er stünde wohl unter «schärfster Beobachtung» der Verfassungsschützer – wie aktuell Petr Bystron, der AfD-Landesvorsitzende von Bayern. Obwohl dieser viel zäher ist als jener war: Bystron hatte nur die Identitäre Bewegung gelobt, die nichts anderes tut, als mit «intelligenten Aktionen» (Ex-*Spiegel*-Kulturchef Matthias Matussek) klare Rechtsbrüche von Merkels Allparteien-Regierung durch den Kakao zu ziehen. Alles völkisch, also Nazi, argwöhnt der Inlandsgeheimdienst. Die Inquisition der Gedankenpolizei schnüffelt längst sogar durch alte Volks- und Marschlieder der Soldaten, schmeißt Gassenhauer wie «Schwarzbraun ist die Haselnuss» auf den Scheiterhaufen falscher Gesinnung, beschlagnahmt Wehrmachtsfotos von hundertprozentigen Demokraten wie dem SPD-Kanzler Helmut Schmidt

Wie gesagt, der Bayer säße im Hochsicherheits-trakt! Schon Merkels Integrationsbeauftragte, eine Türkin namens Aydan Özoguz, würde keifend dafür sorgen. Oder die Berliner SPD-Senatsbeauftragte

Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei Bild. 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von Bild – als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte. Im Frühjahr 2016 ist sein Buch *Bild – Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung* erschienen.

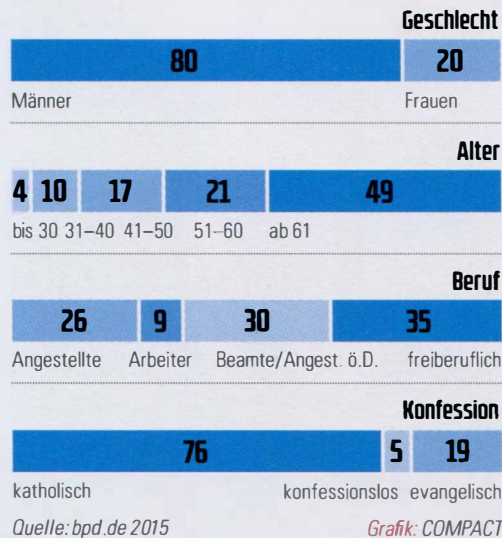
Sawsan Chebli, die stolz auf ihren libanesischen Vater ist, weil er nach 30 Jahren weder deutsch reden noch schreiben – wohl aber kassieren kann. Sie sorgt sich mehr um die Integration der Deutschen als um die Nähe ihrer beiden Brüder zum Islamistischen Mörderstaat. Und Spätzle-Osmane Cem Özdemir, der höhnisch den Begriff «Bio-Deutscher» erfand, glaubt eigentlich auch erst seit Erdowahns Dauerstaatsstreich in der Türkei an die Demokratie in Deutschland. Was CDU-Linkewie Volker Kauder, Pizza-Plauze Peter Altmaier und vor allem Moslem-Merkel alles nicht juckt, ebenso wenig wie die schamroten Wählervertreiber vom Schlag des Finsterlings Ralf Stegner, des Wendehalses Thomas Oppermann, des Facebook-Mielkes Heiko Maas, der Antifa-Patin Manuela Schwesig, ganz zu schweigen von «Kim Jong» Schulz.

«Es darf rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei geben.» Strauß

Franz Josef Strauß starb mit 73, wie er gelebt hatte – unter Dampf: morgens auf der Jagd beim Fürsten von Thurn und Taxis. Das Herz. Der Pilot, der seinen zweistrahligen Cessna-Jet mit dem letzten Tropfen Sprit auf dem vereisten Moskauer Flughafen gelandet hatte (mit fast allen bayerischen Großkopferten von Edmund Stoiber bis Theo Waigel an Bord!), war wahrscheinlich der letzte Deutsche. Auch wenn er im Zweifel eher weiß-blau (manchmal nur blau!) als schwarz-rot-gold war. Man wird ihn in Erinnerung behalten: als Flak-Offizier, Vertei-

Bayerisch. Männlich. Katholisch.

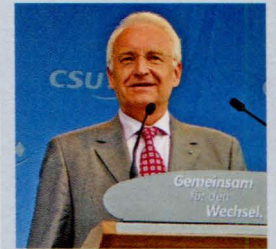
Zusammensetzung der CSU-Mitglieder.
Gesamtmitglieder der Partei 142.000, Anteil in Prozent



digungsminister, Finanzminister, Lateiner. Und als Sozialistenfresser. Was ihn nicht daran hinderte, das Überleben von Honeckers DDR mit einer Milliarde Westmark zu verlängern. Seine politische Maxime war schlicht: «Es darf rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei geben.»

Seine Erbschleicher wie Ministerpräsident Horst Seehofer und Innenminister Joachim Herrmann haben genau das verbockt: Rechts von der CSU gibt es jetzt die AfD. Mit zehn Prozent in Bayern, vielleicht mehr! Und ausgerechnet ein Migrant aus Tschechien, der erwähnte Bystron, gibt den Bajuwaren offenbar zurück, was sie seit Strauß nicht mehr hatten: Stolz auf die Heimat – auf Bayern und auf Deutschland. ■

Von Stoiber zu Seehofer



1990 Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erreicht die CSU mit Max Streibl an der Spitze 51,9 Prozent in Bayern (im Bundesdurchschnitt 7,1 Prozent).

1999 Edmund Stoiber wird Parteivorsitzender.

2002 Stoiber geht als gemeinsamer Kandidat von CDU und CSU in die Bundestagswahl, aber Rot-Grün behält die Mehrheit.

2003 Bei den Landtagswahlen in Bayern holt Stoiber mit 60,7 Prozent das zweitbeste Ergebnis aller Zeiten.

2007 Rücktritt Stoibers. Günther Beckstein wird Ministerpräsident, Erwin Huber Parteichef.

2008 Mit Spitzenkandidat Beckstein holt die CSU nur noch 43,4 Prozent bei den Landtagswahlen. Nun wird Horst Seehofer zum Ministerpräsidenten und Parteichef gewählt.

2011 Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg tritt nach Plagiatsvorwürfen bezüglich seiner Doktorarbeit von allen politischen Ämtern zurück.

2015/16 Die CSU fordert in der Asylkrise mehrfach eine Obergrenze und droht mit dem Bruch der Koalition, ordnet sich aber schließlich der Bundeskanzlerin unter.

Stoiber – berühmt für seine Stotterer. Foto: Christian «VisualBeo» Horvat, CC BY-SA 3.0, Wikimedia

Feindbild Strauß: Studenten während einer Solidaritätsdemonstration mit dem Spiegel am 30.10.1962 in Hamburg. Auch die übrige deutsche Presse stellte sich hinter das Nachrichtenmagazin. Foto: picture alliance / ASSOCIATED PRESS





Als Löwe gesprungen, als Bettvorleger gelandet

von Martin Müller-Mertens/Jürgen Elsässer

In der Asylkrise beweist Horst Seehofer Gespür für die Wut des Volkes. Das macht den bayerischen Ministerpräsidenten zu einer Stimme der schweigenden Mehrheit – aber am Ende steht er immer treu zur Kanzlerin.

Die Zähne fletschen kann Horst Seehofer recht gut. Nur beim Zubeißen hapert es. Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

«Zwischen Merkel und Seehofer passt kein Blatt mehr.»

CSU-Vorstands-
mitglied

Wie voller Sehnsucht harnte Horst Seehofer im Mai 2017 seines teuren Gastes. Als die Limousine der Kanzlerin endlich vorfuhr, schien es, als ver falle der Ministerpräsident in ein freudiges Tänzeln. Dabei sind der Bayer und die Ostdeutsche eigentlich alte Rivalen – doch eben auch Politiker. Ein Tête-à-Tête der beiden Parteichefs sollte die Klausurtaugung der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in München krönen. Lediglich auf der abschließenden Pressekonferenz standen die beiden Spitzenpolitiker nicht nebeneinander – angeblich, um ver fängliche Fotos zu vermeiden. Doch eine kleine Spitze auf seine neue beste Zweck-Freundin konnte sich der Bayer dann doch nicht verkneifen: «Die Frau Bundeskanzlerin hat auch für die CSU geantwortet – einer der seltenen Fälle.»

Ein hörbares Grummeln gegen die CDU pflegte die CSU schon immer zu kultivieren, ernsthafte Folgen hatte der Schwesternstreit fast nie. Nach Beginn der Asylinvasion schien es jedoch, als wür-

de die Rivalität zwischen Merkel und Seehofer tatsächlich eskalieren. Im Januar 2016 brachte er sogar einen Sturz Merkels ins Spiel. «Der Zeitpunkt ist noch nicht da, aber er wird kommen, wenn sich nicht bald etwas ändert.» Doch am Ende trug die CSU den Refugees-welcome-Blindflug der Rautenfrau eben doch mit. Im Frühjahr 2016 drohte der Freistaat mit einer Verfassungsklage gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – um dann doch nicht nach Karlsruhe zu ziehen. Zum Jahreswechsel 2016/2017 kokettierte Seehofer immerhin noch mit einem eigenständigen Bundestagswahlkampf und sogar dem Gang in die Opposition, sollte sich Merkel nicht auf eine Obergrenze von 200.000 Asylanten pro Jahr festlegen. Nach einem Versöhnungstreffen Anfang Februar lenkte der CSU-Chef artig ein: «Wir ziehen gemeinsam in diesen Wahlkampf.» Ein substantielles Zugeständnis der Kanzlerin bei der Obergrenze konnte Seehofer nicht vorweisen. Im Gegenteil: «Ich habe nicht die Absicht, hier die Position zu ändern», so Merkel in München.

Im Mai 2017 zog der Bayer erneut die Obergrenze aus dem Zylinder und machte sie zur Bedingung für eine Neuauflage der Koalition. Aber noch immer deutet nichts darauf hin, dass die Kanzlerin in

diesem Punkt nachgibt. Dennoch sagte ein CSU-Vorstandsmitglied nach dem Unionsgipfel der beiden: «Zwischen Merkel und Seehofer passt kein Blatt mehr.»

Diese Mischung aus vollmundigen Forderungen und stillem Einlenken erinnert an den Januar 2014. Mit den Worten «Wer betrügt, fliegt» verlangte die CSU auf ihrer traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth Härte gegen die damals schon massiv zunehmende Masseneinwanderung. Konkret ging es um Wiedereinreisesperren bei Sozialbetrug und die Streichung von Kindergeld für Ausländer in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts. Der Mainstream von Bionade-Bourgeoisie bis hin zur Multi-kulti-CDU kreischte vor Entsetzen. Im Kabinett konnten sich die Christsozialen damals mit keiner ihrer Forderungen durchsetzen. Und auch in Bayern fliegt bis heute kaum ein Scheinasylant raus.

König von Bayern

Seit 2008 ist Horst Seehofer Ministerpräsident des Freistaates – und daran dürfte sich so schnell nichts ändern. Ein ursprünglich angekündigter Rückzug ist vom Tisch – er bleibt CSU-Chef und wird auch zur Landtagswahl 2018 als Spitzenkandidat ins Rennen gehen. Seine einstige Kronprinzessin Ilse Aigner ließ er 2014 abblitzen, als sie die Energiewende auf Pump finanzieren wollte. Auch seinen Finanzminister Markus Söder will Seehofer partout nicht als Nachfolger, beide verbindet eine offene Feindschaft. Er wisse, dass dessen Ehefrau «Riesiges aushalten» müsse, giftete der Ministerpräsident zu Söders 50. Geburtstag im Januar 2017. Einzig Innenminister Joachim Herrmann hätte sich wohl zum potentiellen Königsmörder aufschwingen können – doch Seehofer lancierte ihn auf die Bundestagsliste. In Berlin gilt er als aussichtsreicher Nachfolger von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, den Merkel während des Höhepunkts der Asylkatastrophe praktisch entmachtete hat.

Seehofer ist der König von Bayern. Im Freistaat herrscht zwar nicht der demokratische Sozialismus, sondern der demokratische Monarchismus, aber die Staatspartei kann man auch als KPcSU buchstabieren. Zwar schwächelte diese zwischenzeitlich und fiel bei der Wahl 2008 unter die absolute Mehrheit, aber unter König Horst ging im September 2013 wieder alles glatt. 2017 verheißen ihm die Sonntagsumfragen eine erneute Alleinregierung nach der nächsten Landtagswahl – die SPD käme derweil auf gerade einmal 14 Prozent.

Nun steht Seehofer im Zenit seiner Macht, in einer Reihe mit den ganz Großen der Parteigeschichte, mit Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber. Der erste machte aus dem Agrarland eine Rüstungsschmie-

de und trieb Helmut Kohl vor sich her. Dem zweiten gelang «mit Laptop und Lederhose» der Hightech-Durchbruch. Und er war 2002 der letzte in der Union, der Angela Merkel von der Macht fernhalten konnte.

Auf den ersten Blick sind die Unterschiede zwischen den Dreien beträchtlich: Strauß war ein Volks-tribun, der im Duktus eines Catilina gegen die «Ratten und Schmeißfliegen» der Linken wetterte und promillegeschwängerte Bierzelte mit Lateinzipaten und Blasmusik zur Raserei bringen konnte. Stoiber hingegen war alles andere als ein Redner. Legendär waren vielmehr seine Verhaspler – Harald Schmidt zehrte jahrelang davon. Seine Macht verdankte Stoiber nicht Rhetorik und Charisma, sondern weitgespannten Amigo-Netzwerken. Dass die Sozis immer gegen diese Vettern-Wirtschaft wetterten, hat ihnen wenig genützt – denn diese Seilschaften steckten sich nicht in erster Linie selbst die Taschen voll, sondern arbeiteten zum Nutzen des Landes.

Münchner Seismograf

Seehofers Thron steht fest. Er zieht die Menschen als gütiger Landesvater in seinen Bann. Sein Nachteil gereicht ihm gleichzeitig zum Vorteil: Seine politischen Visionen sind vage. Er führt das Volk nicht, sondern er wird von ihm geführt. Er ist nicht Steuermann, sondern Seismograf. «Drehhofer» spottet die Opposition, aber damit kommen sie gerade nicht gegen ihn an. Dass er Stimmungen aufgreift und seine Segel in den Wind dreht – legendäres Beispiel: Studiengebühren – gereicht ihm nämlich zum Vorteil, genauso wie bei Angela Merkel, die auf den ersten Blick ähnlich windschnittig auf den Mei-



COMPACT 2/2014. Foto: COMPACT

«Drehhofer» spot-tete die Opposition.

Horst Seehofer und Ilse Aigner 2017 beim Nockherberg-Singspiel. Vor-sicht: Zu sehen sind die Politiker mit ihren Darstellern Christoph Zren-ner und Angela Ascher. Foto: picture alliance / Tobias Hase/dpa



Seehofers Lebensweg

Der 1949 in Ingolstadt geborene Horst Lorenz Seehofer trat 1971 in die CSU ein und war zwischen 1994 und 2008 stellvertretender Parteivorsitzender. Anschließend folgte er Erwin Huber auf dem Spitzenposten der Christsozialen. Zwischen 1980 und 2008 gehörte er dem Bundestag an. 1989 bis 1992 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, anschließend bis zum Ende der Regierung Kohl im Herbst 1998 Bundesminister für Gesundheit und von 1998 bis 2004 Vizevorsitzender der Unionsfraktion. 2005 kehrte er als Landwirtschaftsminister in die Bundesregierung zurück. Das Amt in Berlin gab er 2008 auf, um bayerischer Ministerpräsident werden zu können. In München löste er Günther Beckstein ab, der nach dem Debakel bei den Landtagswahlen am 28. September 2008 – die CSU verlor 17,3 Prozent und die absolute Mehrheit – zurückgetreten war. Der Politiker ist seit 1985 in zweiter Ehe mit Karin Seehofer verheiratet und hat aus dieser Beziehung drei erwachsene Kinder – sowie eine 2007 geborene uneheliche Tochter.

In einem Münchner Bierzelt Ende Mai 2017: Merkel hielt ihre berühmte Anti-Trump-Rede. Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

nungswellen surft. Aber es gibt einen großen Unterschied zwischen ihr und ihm: Merkel ist das Medium der veröffentlichten Meinung, letztlich die Bauchrednerin von Friede Springer. Seehofer hingegen ist das Medium der öffentlichen Meinung, letztlich der Lautsprecher der Stammtische. Anders gesagt: Sie steht für den Mainstream, er für die Mehrheit. Viele denken, das sei dasselbe, aber das genau ist Mainstream-Propaganda.

Ob diese strategische Differenz eine persönliche Feindschaft erzeugt hat oder umgekehrt erst wuchs, weil die Chemie nicht stimmte – wer will das sagen. Die Feindschaft zwischen beiden ist jedenfalls herzlich. Einmal schrieb Seehofer an einem Theaterstück mit, in dem sein Alter Ego zur Beichte geht. Als der Priester fragt, ob er manchmal auch sündige Gedanken beim Anblick von Angela Merkel hege, antwortet der Reuige: «Vater, ich habe schon vieles angestellt, aber Wunder kann ich nicht vollbringen.» Das war im Jahr 2004, nachdem er den Fraktionsvize hatte abgeben müssen, weil er in der Gesundheitspolitik Merkels Kopfpauschale nicht unterstützte.

Die große Revanche

Für Seehofer spricht, dass ihn die ganzen Tiefschläge nicht demoralisiert haben. Am schlimmsten war ja nicht der von der jetzigen Kanzlerin erzwungene Rückzug 2004. Schon zwei Jahre davor war er nicht nur politisch, sondern nach einer Herzmuskelentzündung sogar klinisch fast tot gewesen. Und 2006, als es um die Nachfolge Stoibers ging, lancierte die Boulevardpresse die Geschichte von seiner Geliebten und dem Kind. Damit war er aus dem Rennen. Seine Ehe hat er gerettet, immerhin. Wer das für eine kleine Leistung des Paares hält, sollte nicht im Glashaus sitzen. Doch über Jahre ist kein

Tag vergangen, an dem die linksliberale Journaille nicht mit Steinen warf. «Auf Außenstehende wirkt das Ehepaar Seehofer als kühle Zweckgemeinschaft», höhnte die *Süddeutsche* im Mai 2010.

«Auf Außenstehende wirkt das Ehepaar Seehofer als kühle Zweckgemeinschaft.»

Süddeutsche Zeitung

Seehofer kommt von ganz unten. Als Kind eines Lastwagenfahrers wuchs er in Ingolstadt unter ärmlichsten Verhältnissen auf. Dann besuchte er die Realschule und arbeitete als Laufbursche im Landratsamt. Den Dünkel der Akademiker und Reichen hat er nie ausgebildet – deshalb weiß er, was die Arbeitenden und Fleißigen denken. Freilich ist er Politiker, und da heißt es Lavieren. In der Euro-Frage piffte er den populären Peter Gauweiler, den frühen Kritiker des «Esperantogeldes», immer wieder zurück. 2015 warf dieser nimmermüde Quertreiber sein Bundestagsmandat hin. Vermutlich dachte der CSU-Chef, dass an dieser Front kein Durchkommen ist. Aber nach Guerillaart griff er an, sobald beim Gegner eine Flanke ungeschützt war: Die Durchsetzung der Autobahnmaut gegen das öffentliche Beharren Merkels vor der Wahl, diese werde nicht kommen, ist sein bislang größter aber letztlich auch einziger Triumph gegen die alte Rivalin. Dagegen liefen die Eurokraten in Brüssel und Berlin Sturm, die gerne hätten, dass der ganze in Deutschland erarbeitete Reichtum – und dazu gehört auch unsere Verkehrsinfrastruktur – für den Rest der Welt gratis zur Verfügung stehen soll. ■



SPD

Von der alten Arbeiterpartei
zur Asyl- und Banker-Lobby





Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!

— von Tino Perlick

150 Jahre SPD, von August Bebel über Willy Brandt zu Martin Schulz – das heißt auch: vom Marxismus zum Bankierssozialismus, vom politischen Arm der Arbeiterbewegung zur antideutschen Globalistenclique.

Willy Brandt 1965 bei einer Wahlveranstaltung in Frankfurt. Nach der Neuwahl des Bundestages blieb die SPD zunächst in der Opposition. Das Regierungsbündnis aus Union und FDP zerbrach allerdings ein Jahr später. In der daraufhin gebildeten Großen Koalition wurde Brandt Außenminister. Foto: picture alliance/Roland Witsch

«Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.»

SPD-Wahlspruch 1972

Das Grab der SPD ist 16 Meter tief. So weit unter der Erde liegt das Archiv der sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Hier findet man die Geschichte der ältesten Partei Deutschlands. Totenmasken von Urgesteinen wie Fritz Erler und Gustav Heinemann erinnern an die früheren Ideale der einstigen Arbeiterpartei.

Lehnte noch ein Kurt Schumacher nach dem Zweiten Weltkrieg multilaterale Institutionen wie den Europarat als «konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch» ab, wird die SPD heute von EU-Technokraten geführt. Erzielte ein Willy Brandt noch 1972 mit dem Spruch «Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land» das beste SPD-Ergebnis aller Zeiten, beschimpft ein Sigmar Gabriel heimatliebende Landsleute heute als «Pack». Wusste ein Helmut Schmidt noch, die «soziale Sicherheit ist das Vermögen der ‚kleinen Leute‘», verlangen heute ausgerechnet seine Erben, dass wir unseren vermeintlichen Wohlstand mit Menschen aus aller Welt teilen.

Von Bismarck zu Hitler

Ein exaktes Entstehungsdatum hat die SPD nicht. Sie selbst beruft sich auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) am 23. Mai 1863 in Leipzig durch Ferdinand Lassalle, einem der Wortführer der frühen deutschen Arbeiterbewegung. Seine Idee des Sozialismus ist preußisch-nationalstaatlich orientiert. Jedoch sind «Arbeiterkaiser» August Bebel und viele weitere Schlüsselfiguren von der durch Karl Marx und Friedrich Engels dominierten internationalistischen Lehre geprägt. Dieser Doppelcharakter zeigt sich auch, als die ADAV sich 1875 mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschließt. Einerseits fordert die Vereinigung «Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit», andererseits aber auch die «Verbrüderung aller Menschen».

1878 zwingt Reichskanzler Otto von Bismarck die Revoluzzer mit dem «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie»

in den Untergrund. Als der Erlass zwölf Jahre später aufgehoben wird, kehren sie als Sozialdemokratische Partei Deutschlands stärker denn je zurück. 1913 zählt die SPD eine Million Mitglieder. Im Folgejahr stimmt die SPD-Reichstagsfraktion den Krediten zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs zu. Dass Arbeiter auf Arbeiter schießen sollen, ist für den linken Flügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unvorstellbar. 1917 spalten sie sich ab, gründen zuerst die Unabhängige Sozialdemokratische und 1919 dann die Kommunistische Partei Deutschlands (USPD beziehungsweise KPD).

Am 9. November 1918 ist es der SPD-Parteivor-sitzende Philipp Scheidemann, der den Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreichs ausruft und die Republik proklamiert. SPD-Reichspräsident Friedrich Ebert, der erste Nichtadlige an der Spitze eines deutschen Staates, lässt 1923 den Hitlerputsch niederschlagen – setzt die Reichswehr aber auch gegen linke Revolutionäre ein.

Der Versailler Vertrag bewegt Scheidemann, 1919 von seinem Amt als Regierungschef zurückzutreten. «Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt?», fragt er vor der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Dennoch unterzeichnet sein Außenminister Hermann Müller mit Eberts Segen schließlich das Siegerdiktat. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten stimmt die SPD am 24. März 1933 als einzige Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz – die Kommunisten waren schon verboten. «Freiheit und Leben kann man uns nehmen», so der Parteivorsitzende Otto Wels. «Die Ehre nicht.»

Auf dem Weg zur Volkspartei

1946 werden in der Ostzone SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereinigt. In den Westsektoren findet zeitgleich eine Urabstimmung über die «sofortige Verschmelzung» mit den Kommunisten statt. Die SPD-Mitglieder lehnen diese mit 82 Prozent ab. Lautester Gegner der SED ist Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD in der Bundesrepublik.

«Und ich meine, so sehr wir uns dagegen wehren, den totalitären Staatskapitalismus auf uns übertragen zu lassen, so sehr wehren wir uns auch gegen die Annahme des free enterprise», so Schumacher 1947. «Europa steht und fällt mit der Gleichzeitigkeit von Demokratie und Sozialismus.» Bei den ersten Wahlen der Bundesrepublik 1949 unterliegt der Kämpfer für die deutsche Einheit dem CDU-Kandidaten Konrad Adenauer mit 29 zu 31 Prozent. Als Letzterer das sogenannte Petersberger Abkommen unterzeichnet – ein Bekenntnis zur Westintegration – schimpft Schumacher ihn den «Bundeskanz-

ler der Alliierten». Als Strafe wird er für 20 Sitzungstage aus dem Bundestag ausgeschlossen.

Im Godesberger Grundsatzprogramm verzichten die Genossen 1959 erstmals darauf, den Marxismus als ideengeschichtliche Wurzel zu benennen. Der Wille der SPD-Mehrheit, von einer sozialistischen Arbeiter- zur Volkspartei zu werden, findet im Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zur Westintegration Deutschlands, einschließlich NATO-Zugehörigkeit, seine Entsprechung.

Der erste SPD-Kanzler

Mit Willy Brandt kann die Partei nach der Bundestagswahl 1969 erstmals einen Kanzler stellen. Die transatlantische Presse hatte dies zu verhindern versucht, indem sie den Lübecker als unehelichen Bastard darstellte, der sich während der Kriegsjahre im Exil versteckt hätte. Denn der Sozialdemokrat will aus der Front des Kalten Krieges ausscheren und fordert nicht weniger als die Aufgabe der westlichen «Politik der Stärke» zugunsten einer Entspannungspolitik mit dem Osten. Seinen Grundsatz «Wandel durch Annäherung» unterstreicht er am 7. Dezember 1970 mit dem weltweit beachteten Kniefall von Warschau.

Brandts sozialliberale Regierungskoalition sorgt für hohe Sozialleistungen und führt das Bafög ein. Als 1972 der RAF-Terror die Republik erschüttert, unterzeichnet er den sogenannten Radikalerlass, der den Öffentlichen Dienst von linken wie rechten Extremisten säubern soll. Faktisch sind fast nur Kommunisten und andere Linke von den Berufsverboten betroffen. In der Partei brodelte es. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner sieht im angestrebten Schutz der freiheitlichen Grundordnung «Gesinnungsschnüffelei» und den ersten Schritt zu deren Beseitigung.



COMPACT 12/2013 beschäftigte sich mit dem linken Patrioten Willy Brandt. Foto: COMPACT

Kurt Schumacher schimpft Adenauer den «Kanzler der Alliierten».

Egon Bahr war ab 1960 Sprecher der von Brandt geführten West-Berliner Regierung. Während der Kanzlerschaft Brandts entwickelte er maßgeblich die Neue Ostpolitik. 2014 war Bahr Redner auf der COMPACT-Friedenskonferenz. Foto: picture-alliance / dpa

Schumacher, Brandt, Schmidt

19.4.1945 Neugründung der SPD in Hannover.

20.8.1952 Tod des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher. Erich Ollenhauer wird sein Nachfolger.

15.11.1959 Verabschiedung des Godesberger Programms.

1.12.1966 SPD und CDU regieren auf Bundesebene erstmalig in einer Koalition.

21.10.1969 Koalitionsregierung zwischen SPD und FPD unter Kanzler Willy Brandt.

10.12.1971 Brandt erhält Friedensnobelpreis für seine Entspannungspolitik.

19.11.1972 Bestes Wahlergebnis der SPD aller Zeiten 45,8 Prozent.

7.5.1974 Rücktritt Brandts wegen Spionage-Affäre (Guillaume-Affäre), Helmut Schmidt übernimmt.

17.9.1982 Nach dem Austritt der FDP-Minister aus der Koalition zerfällt die sozialliberale Regierung – die Union unter Kanzler Helmut Kohl übernimmt mithilfe der FDP.

Durch seinen engsten Berater Egon Bahr erfährt die deutsche Öffentlichkeit später, dass Brandt wie seine drei Vorgänger nach Amtsantritt einen «Unterwerfungsbrief» (O-Ton Brandt) gegenüber den Besatzungsmächten unterzeichnen musste. Doch nicht nur seine Ostpolitik zeigt, dass Brandt nicht gewillt ist, sich von den Alliierten dreinreden zu lassen. So erteilt er den USA eine klare Absage, deutsches Territorium zur Unterstützung ihrer globalen Militärpolitik zu nutzen. Während des Nahost-Krieges 1973 will Brandt nicht hinnehmen, dass «vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus – ohne dass man die Bundesregierung auch nur vollständig informiert, geschweige denn vorher fragt – über amerikanische Materialien verfügt wird, zu Zwecken, die eben nicht Teil der Bündnisverantwortung sind». Tonbandaufnahmen aus dem Weißen Haus belegen, dass sich Präsident Richard Nixon und Außenminister Henry Kissinger im selben Jahr wünschen, eine Geschwulst an der Kehle des eigenwilligen Regierungschefs wäre bössartig.

1974 stürzt Brandt über eine Spionage-Affäre. Sein Privatsekretär Günter Guillaume ist ein Spitzel der Stasi. Der US-hörige Bundesnachrichtendienst, dem Guillaumes Machenschaften bekannt gewesen waren, hatte Brandt ins Messer laufen lassen.

Die verpasste Friedensbewegung

Nachfolger Helmut Schmidt, im Unterschied zu Brandt ehemaliger Wehrmachtsoffizier, kämpft entschlossen gegen den linken Terror. Seine Devise im Deutschen Herbst 1977 lautet: Der Staat dürfe den Gewalttätigen der RAF keinerlei Konzessionen machen. Im Falle eines Falles will Schmidt auch sein eigenes Leben für Staat und Nation hingeben: Schon 1975, nach dem terroristischen Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm, geben er und seine Frau Loki beim Kanzleramtschef zu Protokoll, dass sie im Falle einer Entführung durch

die RAF nicht ausgetauscht werden wollen. Diesem Grundsatz entsprechend opfert er auch den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer: Er lehnt alle Verhandlungen mit dessen Entführern ab, die ihn schließlich im November 1977 ermorden. Fast gleichzeitig gelingt der Eliteeinheit GSG9 die Erstürmung einer von Palästinensern entführten Lufthansa-Maschine – einer der größten Triumphe des Sozialdemokraten.

Trotzdem entfremden sich der Kanzler und seine Partei, und zwar vor allem in der Außenpolitik. Bilderberger Schmidt treibt den NATO-Doppelbeschluss voran, der im Dezember 1979 in Brüssel verabschiedet wird und neue atomare Mittelstreckenraketen nach Deutschland bringt. Dabei übersieht er, dass sich das Kräfteverhältnis in der Partei drastisch zugunsten der Linken verschoben hat.

1986 wird Schmidt schreiben, er habe den Zweck verfolgt, «den Sowjets das Bewusstsein der unabdinglichen Überlegenheit bei Mittelstreckenwaffen zu nehmen und sie zu Verhandlungen in diesem Bereiche zu bewegen».

«Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.» Franz Müntefering

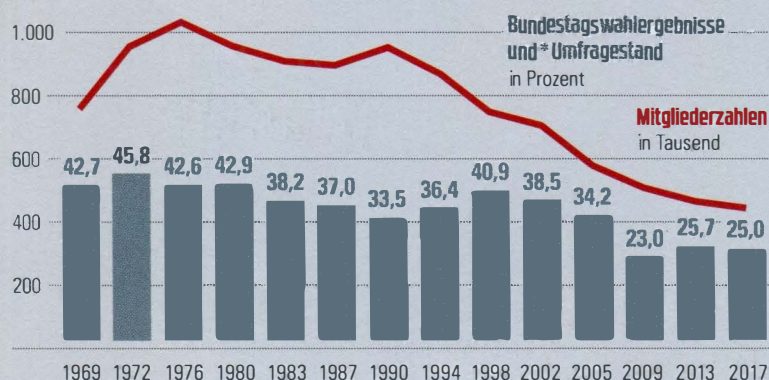
Viele Sozialdemokraten, darunter neben Brandt auch dessen «Enkel» Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine, sympathisieren mit der Friedensbewegung, die ab 1979 gegen den Doppelbeschluss protestiert. Im Herbst 1983 stimmt die SPD auf einem Sonderparteitag endgültig über ihre diesbezügliche Haltung ab. Von 400 Delegierten sind gerade einmal 13 dafür. Die sozialliberale Regierung war ein Jahr zuvor bereits zerbrochen – auch wegen dieser innerparteilichen Querelen. Im Schatten der angeschla-

Bild rechts: Helmut Schmidt bei seiner zweiten Verteidigung als Kanzler 1976. Foto: picture-alliance / dpa



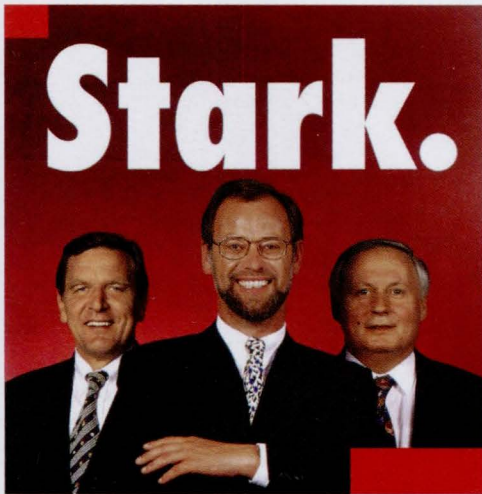
Sozen im Sinkflug

Ob Wahlergebnisse oder Mitgliederzahl: Bei den Sozialdemokraten ging es konsequent nach unten.



Quelle: wahlrecht.de, statista

Grafik: COMPACT



Mit der sogenannten Troika – Rudolf Scharping als Kanzlerkandidat sowie Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder – zog die SPD 1994 in den Wahlkampf. Foto: SPD

genen SPD schreiben sich die neu formierten Grünen Frieden und Ökologie auf die Fahne. SPD-Mitglied Günter Grass wird Schmidt rund 30 Jahre später als deren «Gründungsvater» bezeichnen.

Der große Verrat

Nach der Maueröffnung kann Willy Brandt – immerhin noch Ehrenvorsitzender der SPD – seine patriotische Grundhaltung nicht in der Partei durchsetzen: Mit Lafontaine wird stattdessen ein betont einheitskritischer Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1990 nominiert, der gegen den Christdemokraten Helmut Kohl keine Chance hat.

In den 1990er Jahren gibt die SPD, angetrieben von Schröder als «Genossen der Bosse» und gegen den Widerstand Lafontaines, ihre sozialen und entspannungspolitischen Restprinzipien auf – vordergründig, um die sogenannte Neue Mitte zu umschmeicheln. 1998 übernimmt die Sozialdemokratie nach 16 Jahren wieder Regierungsverantwortung. Ein Jahr später legt Brioni-Kanzler Schröder gemeinsam mit dem sozialdemokratischen britischen Premierminister Tony Blair ein Modernisierungskonzept vor, das die Grundfeste der Partei einreißt: «Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muss reformiert werden», heißt es darin. «Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.» FDP-Chef Wolfgang Gerhardt kommentiert neidisch, die Kritik am «traditionellen sozialdemokratischen Weg zur sozialen Gerechtigkeit» hätten auch die Freide-mokraten nicht besser formulieren können.

Im selben Jahr verabschiedet die SPD auf einem Sonderparteitag mit 80 Prozent der Stimmen die Agenda 2010, also die Errichtung des Hartz-IV-Regimes, die Mutation des Arbeitslosengeldes zur

Sozialhilfe, den Ausbau des Billigjobsektors. In der Folge verlassen 100.000 Mitglieder die Partei. Ein Teil von ihnen, vor allem Gewerkschafter, gründen ein Jahr später die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG), der sich 2005 auch Lafontaine anschließt. Die SPD-Spitze treibt den Aderlass mit markigen Sprüchen voran. «Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen», erklärt SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering 2006, nachdem die Partei zum Juniorpartner der Merkel-CDU degradiert wurde.

Entdeutschung der Volkswirtschaft

Parallel zum Abbau des Sozialstaats werden unter Rot-Grün auch die verteidigungspolitischen Richtlinien revidiert. «Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt», behauptet SPD-Verteidigungsminister Peter Struck am 4. Dezember 2002. Schon drei Jahre zuvor hatte die rot-grüne Koalition im NATO-Verband Jugoslawien überfallen – völkerrechtswidrig, wie Schröder 2014 salopp zugeben wird. Immerhin: Bei der US-Aggression gegen den Irak 2003 sagt Schröder Nein – erlaubt dem Großen Bruder aber, anders als Brandt 1973, den Missbrauch deutscher Stützpunkte für den Nachschub an die Front.

Als Juniorpartner in der Großen Koalition outen sich die Genossen endgültig als Bankierssozialisten. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im September 2008 rettet Finanzminister Peer Steinbrück die Pleitebanken Hypo Real Estate und Commerzbank mit dem Geld des Steuerzahlers. «Wir müssen im Zweifel auf eine Urlaubsreise verzichten, um für später vorzusorgen», fordert Steinbrück von den Bürgern.

Besonders dramatisch sind die Konsequenzen der 2004 umgesetzten SPD-Steuerreform, die Gewinne durch Unternehmensverkäufe steuerfrei macht: Der Ausverkauf der vorher eng verflochtenen Wirtschaft («Deutschland AG») beginnt. Während die Staatskasse unter den Einbußen leidet, kaufen angloamerikanische Heuschrecken massenhaft deutsche Firmen auf. Innerhalb weniger Jahre wechselt die Aktienmehrheit der DAX-Konzerne in ausländischen Besitz über. Ob Mittelständler, Wohnungsunternehmen oder öffentliche Infrastruktur – es gibt nichts, was nicht zu «optimierbaren» Investments erklärt werden kann.

Sämtliche Ansprüche, soziale Ungleichheit zu bekämpfen, hinweggefegt, verfolgt die SPD heute aggressiv den einzigen nicht verratenen Aspekt ihres Grundsatzprogramms von 1875: die «Verbrüderung aller Menschen» auf internationaler Ebene. Auf die Entdeutschung der Volkswirtschaft soll jetzt die Entdeutschung des Gesamtvolks folgen. Refugees welcome! ■

Schröder, Lafontaine, Schulz



27.9.1998 Rot-grüne Mehrheit bei der Bundestagswahl. Gerhard Schröder wird Kanzler.

24.3.1999 Schröder rechtfertigt in einer TV-Ansprache den Kriegseintritt in Jugoslawien.

2003 Die rot-grüne Regierung verabschiedet die Agenda 2010 – ein neoliberales Sozialabbau-Programm.

2005 Hunderte Gewerkschafter und auch der ehemalige Parteichef Oskar Lafontaine spalten sich als Wahlalternative soziale Gerechtigkeit (WASG) von der SPD ab und fusionieren später mit der PDS.

2009 Bei der Bundestagswahl 2009 fährt die SPD mit Frank-Walter Steinmeier mit 23 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis aller Zeiten ein.

2013 Bei der Bundestagswahl erreicht die SPD mit Peer Steinbrück 25,7 Prozent.

19.3.2017 Der ehemalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz wird mit 100 Prozent der Mitgliederstimmen zum SPD-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2017 gekürt.

COMPACT 5/2015.
Foto: COMPACT

Auf die Entdeutschung der Volkswirtschaft soll die Entdeutschung des Gesamtvolks folgen.

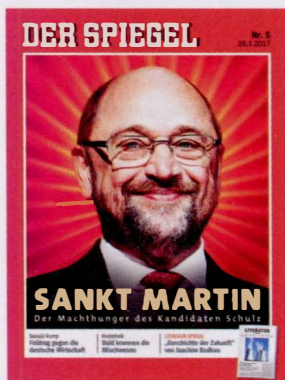
Der Schulz-Defekt

— von Martin Müller-Mertens

Der Hype um den SPD-Kanzlerkandidaten war schnell vorbei. Die Bürger haben erkannt: Der selbsternannte Vorkämpfer für soziale Gerechtigkeit ist unglaublich: Mit geschätzt 322.000 Euro Jahreseinkommen ließ es sich der Sozi in Brüssel und Straßburg gutgehen.

«Ich habe alles
getrunken, was ich
kriegen konnte.»

Martin Schulz



Die linksliberalen Medien im Schulz-Rausch. Der Kater kam schnell... Fotos: Der Spiegel, Stern

Mit versteinerten Mienen standen die SPD-Granden auf der Bühne der Berliner Parteizentrale. Einen Tag zuvor, am 14. Mai 2017, hatten die Wähler in Nordrhein-Westfalen den Sozialdemokraten das schlechteste Ergebnis aller Zeiten beschert. Nun trat ein ausdruckslos blickender Martin Schulz ins Blitzlichtgewitter der Fotografen. Es war eine «wirklich krachende Niederlage», gab sich der Kanzlerkandidat zerknirscht. Bereits bei den Wahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein hatte die Partei Federn lassen müssen. Der Schulz-Express in Richtung Kanzleramt war jäh entgleist.

Dabei hatte es am 29. Januar so hoffnungsvoll begonnen. Wie ein Cäsar schritt Schulz damals auf jene Bühne, von der er knapp vier Monate später das Debakel an Rhein und Ruhr erklären musste. Rund 1.000 Claqueure verwandelten damals das vielstöckige Atrium im Willy-Brandt-Haus in eine Arena. Nur vom 3,40 Meter hohen Denkmal des namensgebenden Übervaters überragt, verkündete der langjährige EU-Parlamentspräsident eine 58-minütige Heilsbotschaft an die sozialdemokratischen Herzen: seine Herausforderung an Angela Merkel. Am 19. März 2017 wählte ein außerordentlicher Parteitag Schulz mit 100 Prozent der gültigen Stimmen zum Vorsitzenden. Sein Bild mit den in die Höhe gereckten Daumen vor stehend applaudierenden Delegierten schmückt bis heute die Titelseite von Schulz' Onlinepräsenz. Tatsächlich schien es, als hätten die angeschlagene SPD mit ihrer neuen Galionsfigur den Nerv der Wähler getroffen. In Umfragen kletterte sie zeitweise auf über 30 Prozent, verzeichnete zwischen Jahresbeginn und Ende März 14.203 Parteieintritte.

Sausack von Würselen

Der Schulz-Hype der ersten Monate 2017 stellt sich im Rückblick lediglich als rauschende Ballnacht mit schmerzhaftem Erwachen dar. Dennoch dürfte der 61-Jährige zufrieden auf eine Karriere schauen, die ihm nicht in die Wiege gelegt war. Für die Schule, zuletzt das katholische Heilig-Geist-Gymnasium, entwickelte Schulz wenig Neigung. Nach zweimaligem Sitzenbleiben verließ er sie 1974 mit der elften Klasse. Wohl mehr aus Not, denn aus tatsächlichem Interesse begann Schulz 1975 eine Lehre als



Buchhändler. Etwa zu dieser Zeit griff er zur Flasche. «Ich habe alles getrunken, was ich kriegen konnte. Ich war ein Sausack», gesteht er im Rückblick. 1980 wollte er sich das Leben nehmen, angeblich hielten der Bruder und ein Bekannter ihn ab.

Nun beschloss Schulz, ein neues Leben zu beginnen, ist seither abstinent. Bereits als 19-Jähriger war er der SPD beigetreten. 1984 zog er als geläuterte Nachwuchshoffnung für seine Partei in den Stadtrat von Würselen ein. 1987 avancierte er zum Bürgermeister der etwa 35.000 Einwohner.

Häuptling vom Stamme Nimm

Die Kleinstadt bei Aachen war nur ein Vorspiel: 1994 gelang dem Kommunalpolitiker der Sprung in das EU-Parlament. Im Straßburger Glaspalast fiel der Neuling zunächst vor allem durch Verbalausfälle auf. 2003 verglich ihn der – allerdings ebenfalls schillernde – italienische Premier Silvio Berlusconi daher mit einem Kapo in einem NS-Konzentrationslager. Dennoch blieb Schulz der breiten Öffentlichkeit in Deutschland weitgehend unbekannt – bis zum Jahre 2004. Die Diäten der Abgeordneten variierten damals nach deren Herkunftsländern. Als der SPD-Parlamentarier Willi Rothley eine Vereinheitlichung der Bezüge vorschlug – allerdings verbunden mit einer deutlichen Anhebung – wetterte Schulz empört gegen diese Pläne. Rothley verließ daraufhin die SPD-Gruppe und warf seinem



Kollegen vor, «unterstützt von der deutschen Boulevard-Presse massiven Druck auf die Bundesregierung ausgeübt» zu haben. Die lautstark vorgetragene Sorge um das Steuergeld machte Schulz auf einen Schlag bekannt.

«Er platzierte seine Genossen auf allen Entscheidungsebenen der Verwaltung.» IDAF

War der damals 48-Jährige ernsthaft entrüstet über die Selbstbedienungsmentalität der Straßburger Sesselwärmer – oder witterte er die Chance zur eigenen Profilierung? Zumindest stieg Schulz kurze Zeit danach zum Fraktionschef der EU-Sozialisten auf. Später, insbesondere nach seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten 2012, gehörte Bescheidenheit jedenfalls nicht mehr zu den Tugenden des Karrierepolitikers, wie der Parteienforscher Hans Herbert von Arnim berechnete. 2014 kassierte Schulz demnach pro Monat 8.252 Euro zu versteuerndes Monatseinkommen. Hinzu kam eine allgemeine Kostenpauschale von 4.299 Euro – die nach Angaben von Arnims auch privat verwendet werden durfte. Obendrauf klimperten 304 Euro pro Sitzungstag im Geldbeutel, die dem Präsidenten, im Gegensatz zu einfachen Abgeordneten, jedoch nicht nur in

den Plenarwochen, sondern generell für jeden Kalandertag zustehen – insgesamt 110.960 Euro pro Jahr –, obendrauf kamen monatlich eine Residenzzulage von 3.663 und eine Repräsentationszulage von 1.418 Euro. Hinzu gesellten sich Reisekosten zwischen den EU-Zentralen Brüssel und Straßburg sowie seinem Wohnort Würselen, vom Steuerzahler finanzierte Dienstwagen und die kostenlose Nutzung der Bundestags-Infrastruktur in Berlin. Das durch von Arnim angenommene Jahreseinkommen belief sich damit auf zirka 322.544 Euro.

Kopf einer roten Bonzokratie

Nicht nur das Salär des Sozialdemokraten war fürstlich. Auch gab sich der angebliche Volksvertreter gerne eine staatsmännische Aura. Seine einstige Position an der Spitze der Straßburger Schwatzbude firmierte lange als «Versammlungsleiter» – erst unter Schulz' Ägide erhielt es den wohlklingenden Namen «Parlamentspräsident». Selbst das jeder substantiellen SPD-Kritik unverdächtige Onlinemagazin *Bento* sprach von einem Amt, das «er selbst erfunden» hat. Für einen repräsentativen Hofstaat sorgten nach unterschiedlichen Angaben 35 bis 38 Untergebene, darunter ein Kammerdiener.

Schwerer als Kritik an Schulz' feudalen Allüren wiegen jedoch andere Vorwürfe: «Er platzierte seine Genossen auf allen Entscheidungsebenen der Verwaltung», heißt es in einer Darstellung des In-

So sehen Verlierer aus: Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Martin Schulz. Foto: picture alliance / NurPhoto



COMPACT 3/2017. Zu diesem Zeitpunkt sahen die Umfragen Schulz als ernsthaften Herausforderer Merckels. Foto: COMPACT

Legal, illegal, transnational

Vieles spricht dafür, dass der heutige Kanzlerkandidat die Dystopie eines Brüsseler Superstaates aus voller Überzeugung vertritt. Insbesondere nach Ausbruch der Eurokrise geriet sich der Parlamentschef als Hardliner – forderte Eurobonds, die etwa für griechische Staatsschulden vor allem deutsche Steuerzahler in Haftung genommen hätten. Außerdem unterstützte er sowohl den Euro-Rettungsschirm als auch die Geldvermehrungspolitik der Europäischen Zentralbank. Die Stunde der «transnationalen Demokratie» habe geschlagen, predigte der Eurokrat 2013 in der Jugendakademie von Bad Segeberg. Ende 2016 gehörte er zu den Initiatoren einer sogenannten Digitalcharta über Rolle und Grenzen der Online-Kommunikation in Europa. Umhüllt vom Pathos zitierter Menschenrechte «lauern Zensurphantasien», analysierte die *Legal Tribune Online*. Schulz' Vision illustriert seine Mitgliedschaft im Verein Europa-Union Deutschland, der sich für eine als «föderales Europa» verbrämte EU-Diktatureinsetzt.

Hilft nur noch ein Stoßgebet?
Schulz mit Steinmeier, Gabriel und der damaligen SPD-Generalsekretärin Katarina Barley im Januar 2017.
Foto: picture alliance / Kay Nietfeld/dpa

stituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie (IDAF) vom Januar 2017. Der gut dotierte Posten des persönlichen Assistenten ging nach Angaben der *Rheinischen Post* an Schulz' Jugendfreund Herbert Hansen. Dieser werde «von Parlamentsgeldern bezahlt, leitete aber das SPD-Reisebüro SPDition in seinem Wahlkreis», so die IDAF-Darstellung.

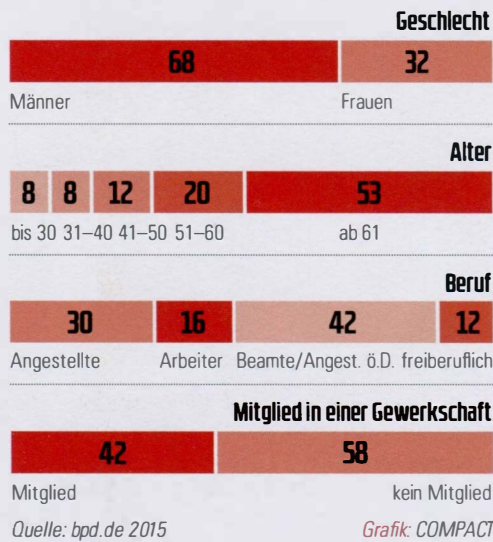
Besonders im Vorfeld der EU-Wahl 2014 – bei der Schulz vergeblich das Amt des Kommissionspräsidenten anstrebte – geriet der Aufsteiger in die Kritik. Nach Vorwürfen des Haushalt-Kontrollausschusses habe er die Parlamentsverwaltung für seinen Wahlkampf missbraucht. Zudem wären bei mehreren seiner Vertrauten für die Zeit nach einem Wechsel in die Exekutive lukrative Posten vorgesehen. «Die EU kritisiert Klientelpolitik auf der ganzen Welt, und das Prinzip muss in Bezug auf die Verwaltung des EU-Parlaments ebenfalls beobachtet werden», kommentierten die Haushaltsprüfer ihre – von Schulz' Büro bestrittenen – Vorhaltungen. Einem weiteren engen Mitarbeiter gönnte Schulz nach *Spiegel*-Angaben offenbar etwa zur selben Zeit per Präsidentenerlass ein Gehaltsplus, dass sich allein 2015 auf 24.000 Euro belief.

Geld für die Getreuen

Mit Blick auf Schulz' im Dezember 2016 endende Amtszeit in Straßburg stand die Versorgung seiner Günstlinge anscheinend erneut auf der Tagesordnung: Im Juni 2016 wechselte der bisherige Kabinettschef Markus Winkler auf den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs des Parlaments. Zugleich wurde dieser Job erkennbar aufgewertet. Auffallend dabei war, dass das Parlamentsbüro den entsprechenden Antrag erst wenige Minuten vor seiner entsprechenden Sitzung erhalten haben soll.

Es war einmal eine Arbeiterpartei...

Zusammensetzung der SPD-Mitglieder.
Gesamtmitglieder der Partei 438.829, Anteil in Prozent



Offenbar kein Einzelfall: Schulz habe «einen Plan entworfen, um mehrere Adjutanten aus seinem eigenen Kabinett in obersten administrativen Posten der Versammlung unterzubringen», schrieb das Magazin *Politico* im Mai 2016. In dem Artikel wurden unter anderem die damalige Protokollchefin Monika Strasser, Ex-Pressesprecher Markus Engels sowie Beraterin Sonia Wollny genannt. Jener Engels hatte sich nach *Spiegel*-Recherchen als Presseattaché des EU-Parlaments mit Dienstort Brüssel zudem ab 2012 vorwiegend in Berlin aufgehalten – was ihm allein im ersten Jahr Gehaltszuschläge von 16.621,47 Euro eingebracht haben soll. Zudem seien die früheren Schulz-Berater Alexandre Stutzmann, Maria José Martínez Iglesias und Lorenzo Mannelli mittlerweile auf Direktorenposten in der Parlamentsverwaltung mit einem Jahresgehalt von etwa 180.000 Euro platziert worden. Im Februar 2017 kündigte das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) an, Hinweise auf Unregelmäßigkeiten während der Ägide von Schulz zu prüfen.

Möglicherweise zeigte sich Schulz nicht nur seinen eigenen Fahrensleuten gegenüber hilfsbereit. Im Sommer 2014 erhob die frühere rumänische Justizministerin Monica Macovei schwere Vorwürfe gegen den SPD-Politiker. Dabei ging es um einen Antrag der Bukarester Antikorruptionsbehörde vom Dezember 2013, die Immunität des EU-Abgeordneten Ovidiu Silaghi aufzuheben. Dem Christdemokraten warfen die Ermittler vor, als Verkehrsminister 2012 insgesamt 200.000 Euro Bestechungsgelder angenommen zu haben. Nach Darstellung Macoveis leitete Schulz den Antrag jedoch nicht an den zuständigen Ausschuss weiter – jedenfalls gab dieser bis zum Ende der Legislaturperiode keine Stellungnahme ab. Schulz schütze «korrupte Politiker vor der Justiz», so die verärgerte Ex-Ministerin. ■



Das sind Fakten, keine Hetze!

Der rote Raffzahn

Die Agenda 2010 – ausgearbeitet vom jetzigen Bundespräsidenten Steinmeier, des Ex-Kanzlers Schröder Bürochef – will er auf den Kopf stellen. Am liebsten ganz abschaffen. Ohne diese Agenda ginge es Deutschland heute wirtschaftlich nicht so gut. Abschaffung? Das fordert die LINKE mit Teilen der SPD. Kandidat Schulz demütigt unseren Bundespräsidenten. Nachtigall ich hör

Will Bundespräsident Frank-Walter Steinmeiers Agenda 2010 abschaffen und damit Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg. Eine Demütigung des neuen Bundespräsidenten.



Dir trapsen ... Rot-Dunkelrot-Grün ist das Ziel. Kandidat Martin Schulz und seine erste innenpolitische Forderung!

Enthüllungen über den Kandidaten Martin Schulz

Seine Zeit als Bürgermeister, sein Stolz, daß er die Schule „geschmissen“ hat, sein Kampf gegen den Alkohol. Seine Eitelkeit. Seine Kom-

plexe. Alles über den SPD-Kandidaten Schulz lesen Sie in dieser **kostenlosen** Helmes-Broschüre.

Peter Helmes



**Genosse M. Schulz
Der rote Raffzahn**

Von wegen leben wie ein „kleiner Mann“

Er sagt **Einer von uns**, verzichtet großzügig auf EU-Geld, kassiert aber monatlich rund 18.000 Euro aus anderer Quelle. **Keiner von uns**. Hat er noch weitere „Nebeneinkünfte“? So war Schulz in einem Film-Dokument zu sehen: Er unterschreibt im EU-Parlament die Anwesenheitsliste, doch reist sofort ab aber kassiert für seine Unterschrift 262 Euro steuerfreies Sitzungsgeld. Das machte auch ein österreichischer Sozi. Der wurde gefeuert, Schulz „geadelt“: Krone des EU-Parlamentspräsidenten. Die Liste der Schulz-„Nebeneinkommen“ ist üppig. Von wegen **Einer von uns**.

Peter Helmes (CDU), konservativer Autor, hat zu diesem Thema jetzt eine Broschüre veröffentlicht, die Sie kostenlos bei uns bestellen können. Der Titel: „Der rote Raffzahn.“

Erfolgs-Autor Peter Helmes zeigt den Kandidaten Schulz – wie er wirklich ist.



Kostenlose Broschüre mit diesem Bestell-Coupon

Ich bestelle kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung die neue Broschüre von Peter Helmes

**Genosse M. Schulz
Der rote Raffzahn**

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____

Bitte einsenden an:

Die Deutschen Konservativen e.V.

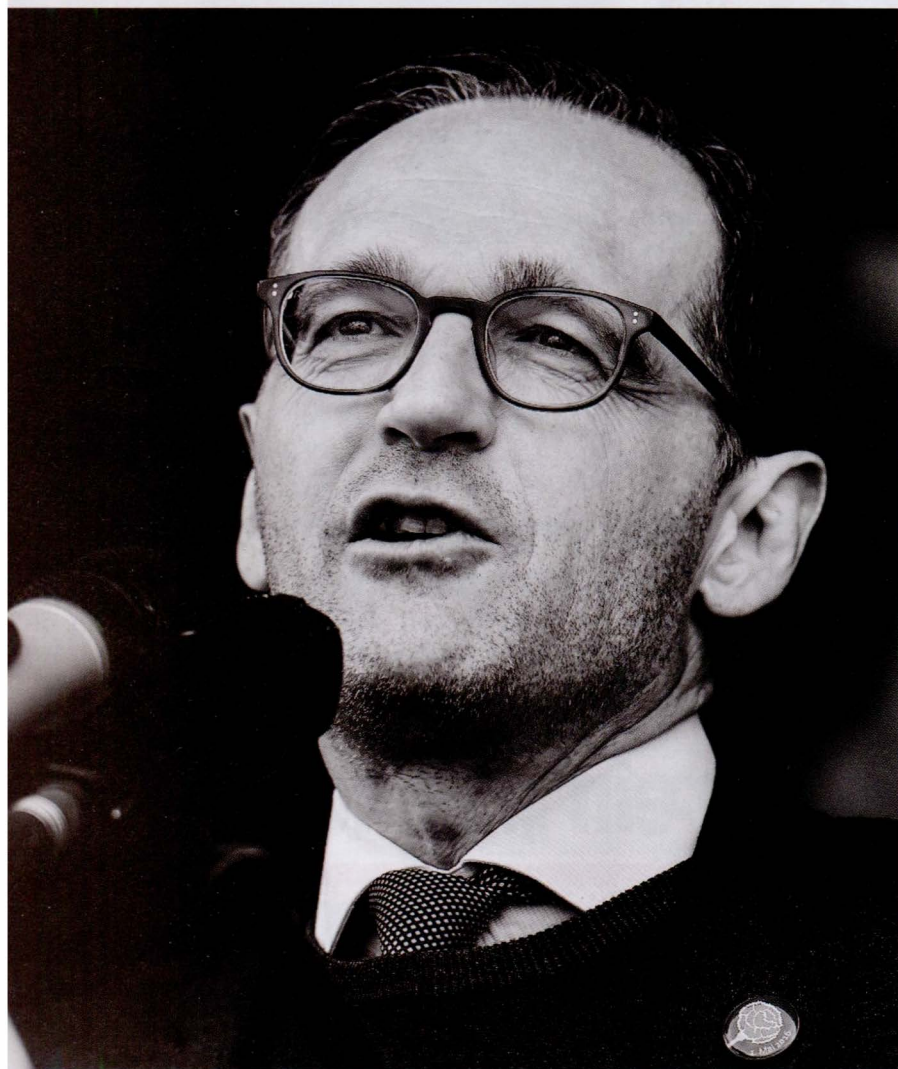
CO

Postfach 76 03 09 · 22053 Hamburg · Fax: 040 / 299 44 60
E-mail: info@konservative.de · www.konservative.de

Wollt Ihr den totalen Maas?

_ von Jürgen Elsässer

Kann man einen Sozialdemokraten mit einem abgewandelten Goebbels-Zitat als Wegbereiter des neuen Faschismus denunzieren? Der Bundesjustizminister gibt dem neuen Totalitarismus jedenfalls das passende Gesicht.



Die Augen eines Täters? Heiko Maas am 1. Mai 2016 in Zwickau. Ein paar Minuten später muss der Minister vor der Wut der Bürger Reißaus nehmen. Foto: picture alliance/dpa

Ist der Faschismus heutzutage nicht mehr braun, sondern rot? Die Linken aller Couleur bestreiten das wutentbrannt. Das ist logisch, denn andernfalls dürften sie nicht länger gegen AfD-Veranstaltungen randalieren, sondern müssten die Scheiben ihrer eigenen Büros einschmeißen. Aber ein nüchterner Blick in die Geschichtsbücher sollte sie eines Besseren belehren. Benito Mussolini, der den Faschismus erfand, war bis zum Ersten Weltkrieg ein bekannter Politiker der Sozialistischen Partei und gehörte sogar auf deren radikalem Flügel an. Adolf Hitler marschierte 1919 für die Münchner Räterepublik. Joseph Goebbels gefielen die russischen Bolschewiki, er träumte von einem «deutschen Lenin».

Zwei bekannten Linken ist selbst aufgefallen, dass ihre Bewegung ein Janusgesicht hat. Der eine ist der britische Schriftsteller George Orwell. Begeistert kämpfte er im Spanischen Bürgerkrieg (1936 – 1939) als Interbrigadist für die rote Revolution – bis er und seine trotzkistischen Freunde von Stalins Geheimpolizei verfolgt wurden. In der *Animal Farm* beschrieb er einen diktatorischen Schweinestall, wo einige Genossen gleicher als alle anderen sind. Seine Dystopie *1984* entstand 1948, als die Regierung in London von der Labour Party übernommen worden war. Der totale Überwachungsstaat wird von einer Einheitspartei kontrolliert, deren Ideologie der Engsoz – der englische Sozialismus – ist.

Faschismus entsteht, wenn sich die Hochfinanz mit rechten oder linken Extremisten verbündet.

Der andere Kronzeuge ist der italienische Romancier Ignazio Silone, von dem sein Gesprächspartner, der Schweizer Journalist François Bondy, den Satz überliefert hat: «Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.» Tatsächlich schilderte Silone, obwohl ihn die Kommunisten als Schriftsteller-Ikone vereinnahmten, in seinen Büchern immer Charaktere, die von Zweifeln oder Verrat gezeichnet waren und zwischen den politischen Lagern schwankten – auch ihm selbst wird das nachgesagt. Offensichtlich erahnte er in dem zitierten Diktum, dass es Querdenken unter der kommenden Herrschaft der politisch Korrekten ähnlich schlecht ergehen könnte wie unter dem Duce.

Die Banalität des Bösen

Wollte man heute das Leben Adolf Eichmanns neu verfilmen und suchte ein passendes Gesicht, so hätte Heiko Maas beim Casting gute Chancen. Damit soll der Oberzensor der Bundesrepublik nicht mit dem Organisator der Endlösung verglichen werden, das wäre bei aller Polemik unfair, und es geht auch nicht um physiognomische Ähnlichkeiten, obwohl diese tatsächlich – siehe das Titelbild dieser COMPACT-Ausgabe – frappierend sind. Vielmehr wäre einer bestimmten charakterlichen Disposition auf den Grund zu gehen, die den einen wie den anderen zum idealen Exekutor staatlicher Allmacht prädestinierte.

Die Banalität des Bösen untertitelte Hannah Arendt ihr Buch über Eichmann. Für sie war das Typische an diesem Nationalsozialisten, dass er, der die Züge nach Auschwitz schickte, selbst keinen Hass gegen Juden verspürte oder zumindest ausstrahlte. Er war kein glühender Fanatiker, sondern ein kalter Bürokrat. Diese Buchhalter-Mentalität kennzeichnet auch Maas. Alles Sozialdemokratische, das frühere Parteigranden wie Willy Brandt und Helmut Schmidt beseelt hat und das selbst noch beim Arbeiterkind Sigmar Gabriel bisweilen durchbricht, ist ihm fremd. Er ist auch kein Parteisoldat – denn er folgt nicht Anweisungen seines Vorsitzenden oder einer linken Programmatik –, sondern nur eine Charaktermaske der Macht.

Wer oder was aber ist «die Macht», die Maas die Restbestände der Demokratie abräumen lässt? An diesem Punkt hilft paradoxer Weise eine Definition weiter, die die Kommunisten in ihren besseren Zeiten für den Faschismus gefunden haben. Dieser sei «die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals», lautete die verbindliche Formel, die von allen KPs auf der Welt 1935 in Moskau verabschiedet wurde. Die heutige Linke will davon nichts mehr wissen, weil diese Definition, trotz des kaum verständlichen Parteichinesischs, einen wichtigen Gedanken formuliert: Die totalitäre Gefahr kommt vom Finanzkapital, nicht vom Volk.

Die große Rochade

Das Finanzkapital setzte in den 1930er Jahren auf Hitler: Die Wall Street schoss den Nazis Kapital zu, die Bank of England unterhielt glänzende Beziehungen zum Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht. Auch die Windsors, in deren Tresoren bis heute die Schätze kolonialer Raubzüge lagern, fanden die Nazis sehr schick. Doch dieselben Geldsäcke, die vor 80 Jahren für Nation und Rasse trommelten, machen heute auf One World und Multikulti. Der Grund liegt in der Ökonomie: Damals genügten zur Kapitalverwertung starke Nationalstaaten, die die Profitmacher vor Revoluzzern schützten; diesen Schutz garantierte die NSDAP, jedenfalls nach Ausschaltung ihres linken SA-Flügels. In der heutigen Zeit können die immensen Vermögen jedoch nur noch auf dem Weltmarkt rentabel eingesetzt werden – die Nationen sind ein Hindernis geworden und müssen zerstört werden. Zur Propagierung und Durchsetzung dieses Globalismus kann das internationale Finanzkapital aber nicht mehr, wie damals, die Rechten instrumentalisieren, da die an Volk und Heimat hängen. Stattdessen setzen die Rothschilds und Rockefellers auf die Linken, die seit der Hippie-Revolution 1968 ihren früheren Patriotismus vergessen haben.

Faschismus entsteht, wenn sich die Hochfinanz mit Extremisten verbündet, die jeden Andersdenkenden von der Straße prügeln. Ob diese Extremisten sich auf Hitler oder auf Marx oder auf den Propheten Mohammed berufen, ist völlig egal – Hauptsache, sie teilen in der jeweiligen Epoche die Ziele ihrer Geldgeber. Für die Gegenwart gilt jedenfalls: Die Forderung nach offenen Grenzen ist das einigende Band zwischen den autonomen Steinewerfern, den Linksparteien und den Gangstern in Nadelstreifen. Sie alle sind wurzellose Kosmopoliten, die im Volk nichts anderes als «das Pack» (Gabriel) sehen.

Maas hätte beim Casting für einen Eichmann-Film gute Chancen.

Im Oktober 2015 skizzierte Maas seine Strategie gegen diesen Feind: «Volksverhetzung, Aufforderung zu Straftaten und Bedrohungen gehören nicht ins Netz oder auf die Straße, sondern vor einen Richter. Die Radikalisierung, die bereits das Bürgertum aus der AfD getrieben hat, erfasst nun auch Pegida. Wer noch einen Funken Anstand im Leib hat, der kann (...) bei Pegida nicht mehr mitmarschieren. Wer es dennoch tut, ist kein Mitläufer mehr, sondern trägt moralische Mitverantwortung für die Gewalt, die von dieser Hetze ausgeht.» Jeder Demonstrant ist also ein Helfershelfer von Gewalttätern – und die AfD nur noch eine Zusammenrottung jenseits des Bürgertums? Maas weiter: «In wehrhaften Demokratien gilt: keine Freiheit den Feinden der Freiheit.» Im Klartext bedeutet das: Pegida und AfD müssen mit weiteren Verbotsmaßnahmen rechnen. Die «wehrhafte Demokratie», die Maas will, duldet keine Opposition. ■

Der neue Rassismus



Droht die Wiederkehr der finsternen Kapitel unserer Geschichte? Alarmierend ist jedenfalls die Wiederkehr eines kranken Biologismus, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen: Während die Nürnberger Gesetze zur sogenannten Reinhaltung des Blutes den «Ariern» jede Vermischung verboten, forderte Wolfgang Schäuble – im Juni 2016 in der *Zeit* – geradezu diese Vermischung, weil die Deutschen ansonsten «in Inzucht degenerieren». Der Christdemokrat nahm damit zwei zentrale Begriffe der Nazis wieder auf – und kein Aufschrei war zu hören. Soll heißen: Wenn sich Rassismus gegen das eigene Volk richtet, geht das schon in Ordnung.

COMPACT 7/2016. Foto: COMPACT

Im Januar 2017 sprengten rund 400 Krakeler einen Auftritt des sachsen-anhaltinischen AfD-Landeschefs André Poggenburg an der Universität Magdeburg.
Foto: Screenshot Youtube



WELTOFFE



«Ich habe den Niedergang der Sozis miterlebt»

— Guido Reil im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ein Sozialdemokrat von altem Schrot und Korn: Der Essener kommt aus einer Bergbaufamilie, arbeitete viele Jahre als Steiger in der letzten Zeche des Potts und wurde vor diesem Hintergrund fast zwangsläufig SPD-Mitglied. Über zwanzig Jahre hielt er den Genossen die Stange und war einer ihrer Vertreter im Stadtrat. Im Jahr 2015 zog er die Reißleine und trat zur AfD über.

Tick, Trick, Track, Daisy, Dagobert und Daniel Düsentrieb: Auch auf der Fahrt gegen die Wand geht es für die Entenhausener SPD-Führung stur nach vorne. Foto: picture alliance/dpa

Der Nationalstolz bei den alten Sozis, der war immer da.

Sie waren jahrzehntelang in der SPD. Wie kam es dazu?

Mein Vater und mein Opa waren stolz darauf, dieses Land mit aufgebaut zu haben. Die hatten schon gute Gründe, in der SPD zu sein, und die SPD wurde auch lange Zeit gebraucht. Es war die älteste Partei in Deutschland, und ich glaube, die hat einen ganz wichtigen Beitrag in der Geschichte geleistet.

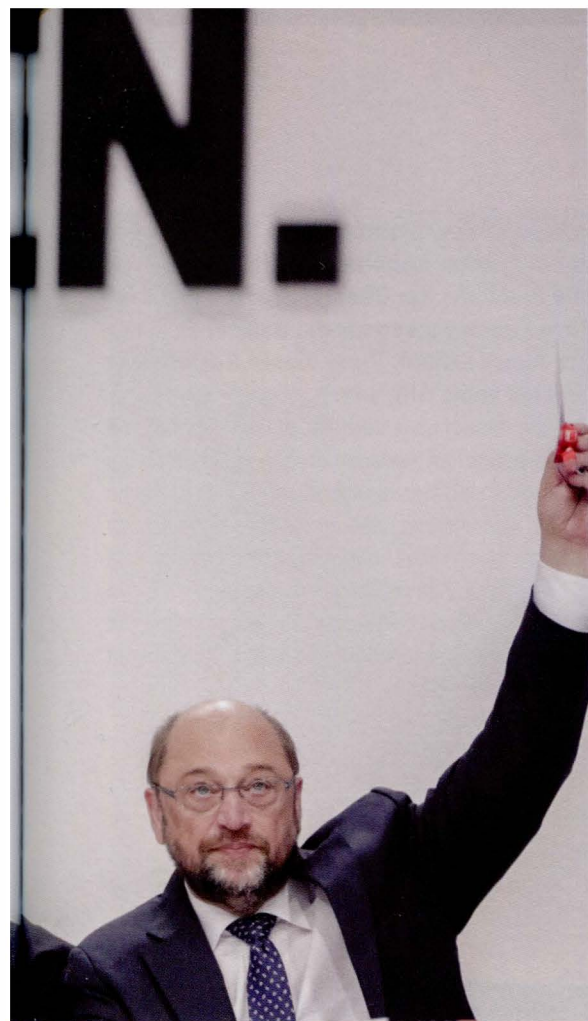
Aber die SPD hat sich mit der Politik, die sie die letzten zehn Jahre gemacht hat, völlig überlebt. Denn für ihr Klientel, die kleinen Leute, und für die Arbeitsplätze setzen sie sich überhaupt nicht mehr ein, in keiner Weise, die haben sie verraten und verkauft, die haben sie im Stich gelassen – so empfinde ich das.

Und meine Heimat, das Ruhrgebiet, das ist ja die Herzkammer der Sozialdemokraten, das haben sie auch im Stich gelassen. Wenn man sich die Entwicklung mit offenen Augen ansieht und dabei nicht anfängt zu schreien – also ich hab mich immer gefragt, wo bleibt der Aufschrei der Sozialdemokratie. Denn das Ruhrgebiet geht vor die Hunde. Die haben da immer gesprochen vom Strukturwandel, da hat kein Strukturwandel stattgefunden – da hat Deindustrialisierung stattgefunden: Gelsenkirchen, die Stadt, in der ich geboren bin, hat heute die höchste Arbeitslosenquote in Deutschland. Und in anderen Ruhrgebietsstädten sieht's nicht viel besser aus, und wir in Gelsenkirchen haben die meisten armen Kinder in Deutschland.

Es war einmal

Als Sie in die SPD eingetreten sind, gab es da noch patriotische Traditionen?

Mein Opa war bis zum Ende seines Lebens auch Preuße, der hat sich nie als Nordrhein-Westfale gefühlt, der war Preuße, das hat er mir mit auf den Weg gegeben.



so geworden sind und dann angefangen haben, für die Partei zu arbeiten – da sind sie in den Geschäftsstellen, dann waren sie Mitarbeiter von Abgeordneten, dann waren sie Referenten, und dann wurden sie irgendwann selbst zum Abgeordneten. Aber die haben sich über zehn, 20 Jahre hochgedient. Sie haben nie gearbeitet, ihr Studium haben sie in der Regel gar nicht abgeschlossen, da gibt es ganz viele Beispiele. Das beste ist ja [die SPD-Bundestagsabgeordnete] Petra Hinz, die hat ihr Studium gar nicht angefangen, die hat ihr Abitur und ihr Jura-Studium total erfunden. Die sind alle rundgelutscht, sind alle austauschbar, ohne Ecken und Kanten, die sprechen keine klare Sprache.

Die Funktionäre haben nie gearbeitet, selbst ihr Studium haben sie oft nicht abgeschlossen.

Sie hatten auf Arbeit bestimmt viel Kontakt mit ausländischen Kollegen. Wie sind Sie mit denen ausgekommen?

Also ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin mein ganzes Leben mit Türken zusammengewesen, das waren auch Moslems, und die hab ich früher als positiv empfunden. Das waren meine besten Freunde. Da hat die Religion auch gar keine Rolle gespielt, die waren anders drauf. Das hat sich komplett geändert in den letzten Jahren. Die werden ständig religiöser und die werden ständig nationaler. Und dann wird denen vorgebetet, zum Beispiel von [dem islamischen Moscheenverband] DITIB, der von Erdogan gelenkt wird. Da hat sich eine Gruppendynamik entwickelt und ein unheimlicher Nationalstolz, den ich an meinen Türken, mit denen ich gearbeitet

Also der Nationalstolz bei den alten Sozis, der war immer da, da war keiner böse auf sein Land, ganz bestimmt nicht. Und Helmut Schmidt, ein Mann, den ich unheimlich bewundere – er war für mich der größte Kanzler –, hat sich schon in den 1980ern sehr deutlich zur Asylproblematik und bis zum Ende seines Lebens sehr deutlich zum Islam geäußert. Der hat wirklich Aussagen gemacht, für die er heute als Nazi hingestellt würde.

Ich hab den extremen Niedergang der Sozis miterlebt, vor allen Dingen, seit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft an die Macht gekommen ist, mit ihrer guten Freundin, mit der [grünen Politikerin] Sylvia Löhrman – mit sozialdemokratischer Politik hatte das nichts mehr zu tun. Eigentlich würde sich [der langjährige NRW-Ministerpräsident] Johannes Rau im Grabe umdrehen, wenn der sehen würde, was Hannelore Kraft aus seinem Land gemacht hat.

Funktionäre ohne Bodenhaftung

Was hat denn aus Ihrer Sicht den Umschwung zum Schlechten verursacht?

Der Kompass ist tatsächlich völlig umgekippt. Die Erklärung ist ganz einfach: Das Establishment der SPD – die, die was zu sagen haben –, die haben mit Arbeitern nichts mehr zu tun. Wenn man die mal fragt, was die für eine Arbeiterbiografie haben, dann sagen die: Ja, im Studium... In der Regel sind diese Funktionäre Leute, die mal irgendwann angefangen haben zu studieren und relativ schnell Ju-

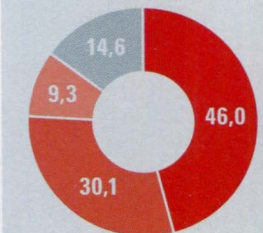
Das Geld der SPD

Einnahmen der SPD
im Jahr 2014.

insgesamt

161,8 Millionen

davon in Prozent



■ Mitgliedsbeiträge
■ staatliche Mittel
■ Spenden
■ sonstige Einnahmen

Quelle: Deutscher Bundestag

Grafik: COMPACT

Elsässer und Reil im Mai 2017 in
Leverkusen. Foto: MeR/COMPACT



Selbst die Türken sind entsetzt, wenn wir da alles reingelassen haben.



Das waren noch Zeiten... SPD-Plakat von 1924. Foto: SPD

tet hab, gar nicht kannte. Aber viele türkische Kollegen sehen die aktuelle Lage ähnlich wie wir. Die sagen: Ich habe Angst um meine Söhne, wenn die am Wochenende rausgehen. Sie sehen zwei große Gefahren: Dass die sich islamisch radikalisieren, in irgendeiner Hinterhofmoschee, oder dass sie in die Kriminalität abrutschen. Dabei muss man sehen: Das sind Kinder mit Abitur. Und trotzdem finden sie keinen Job und geraten auf die schiefe Bahn. Und vor dem Hintergrund frage ich mich: Wie wollen wir die Leute integrieren, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen und noch nicht mal Deutsch sprechen? Die, die an den Schalthebeln sitzen, die wissen das. Mir hat ein SPD-Minister schon im November 2015 gesagt, maximal zehn Prozent der Flüchtlinge sind in Arbeit vermittelbar – und zwar nicht kurzfristig, sondern langfristig. Als ich mich dann aufgeregt habe, warum wir Sozialdemokraten das trotzdem mitmachen, hat er mir gesagt: Das hat drei Gründe. Erstens, wir haben auch keine Lösung. Zweitens, wir dürfen die Bevölkerung nicht verunsichern. Und drittens: Wir dürfen die Rechten nicht stark machen. Das kann niemals klappen! Diese ganze Politik wird uns um die Ohren fliegen. Und da habe ich noch nicht über Kriminalität gesprochen. Da habe ich nur die rein wirtschaftlichen Probleme der Integration aufgezeigt.

Ich habe den Einruck, dass die Gastarbeiter der ersten Generation, selbst die Türken, die Probleme der Offenen Grenzen viel deutlicher aussprechen als die Deutschen mit ihrer Ängstlichkeit. Viele dieser Gastarbeiter wählen heute AfD, oder?

Da stimme ich ganz deutlich zu. Vor allem meine osteuropäischen Kollegen drehen völlig durch bei dem, was sich hierzulande abspielt. Selbst meine Türken sind entsetzt, wenn wir da alles reingelassen haben – denn diese Leute waren oft vorher ein, zwei Jahre in der Türkei und haben dort schon Sch*** gemacht. Die haben dort Arbeit und Wohnung gehabt und haben das aufgegeben, weil es in Deutschland mehr zu holen gibt.

Stationen einer Entfremdung

Zum offenen Zerwürfnis mit der der SPD kam es erst vor zwei Jahren. Warum?

Ich habe im September 2015 [dem Monat der Grenzöffnung durch die Bundeskanzlerin] gesehen, dass – nach all den Problemen, die es schon gab – plötzlich noch einmal eine Million Männer aus dem Nahen Osten kommen, die angeblichen Flüchtlinge... Und viele ausgerechnet in meinen Stadtteil in Essen, wo wir schon eine Immigrantenquote von 40

Anzeige

26 Jahre SPD, jetzt AfD.

Guido Reil

**„Ich bin dabei,
weil die SPD die Interessen
der kleinen Leute
nicht mehr vertritt.“**

jetztAfD.de

Alternative
für
Deutschland



Prozent hatten, bei den Kindern waren es schon 70 Prozent. Und da wird ein großes Flüchtlingsdorf aufgebaut, und noch mal 700 Flüchtlinge kommen dazu... Und dann hab ich gesagt: Jetzt ist Schluss mit lustig, jetzt ist endgültig Schluss. Da haben sich auch andere tierisch aufgeregt bei mir in der SPD-Fraktion. Aber keiner hat was gesagt! Wenn man über die Standorte von Flüchtlingsheimen diskutiert, dann ist das immer so, dass ein Betroffener wie ich sich aufregt – und alle anderen machen drei Kreuze unterm Tisch... Hinterher ist das Interessante, da klopfen die Dir auf die Schulter: Ja, hast ja Recht gehabt, wir wissen das ja, das kann ja alles nicht funktionieren, aber wir können ja nichts ändern, wir können ja nichts machen.

In dieser Situation, Ende 2015, hab ich über Weihnachten ein Gespräch geführt mit meiner Familie, mit meiner Frau – ihnen im Prinzip meine Entscheidung mitgeteilt, dass ich es offen sagen werde, dass ich jetzt ein Interview geben werde und die Sache mal anstoßen werde. Das hab ich dann tatsächlich getan. Am 4. Januar hab ich der WAZ ein Interview gegeben mit dem Titel: «Integration arabischer Flüchtlinge scheitert». Mit dem Interview bin ich bundesweit bekannt geworden, und es hat eine Riesenwelle gegeben, vor allen Dingen eine

1955 begann die Anwerbung von Gastarbeitern, ab 1961 auch aus der Türkei.

Foto: Sascha Kohlmann, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Riesenwelle an Zustimmung. Die einzigen, die nicht zugestimmt haben, waren das Establishment meiner Partei und die Jusos. Also die Jusos waren die ersten, die mich als Faschisten bezeichnet haben... Dann hat die WAZ eine Online-Umfrage gemacht, und ich hatte eine Zustimmung von 96 Prozent.

Die Jusos waren die ersten, die mich als Faschisten bezeichnet haben.

Da wurden viele wach, viele munter! Dann haben wir zur Demo aufgerufen. Da ging's noch nicht mal grundsätzlich um die Frage, ob wir Flüchtlinge wollten, sondern nur, wie die verteilt sind in der Stadt. Da schritt Hannelore Kraft ein und schickte den SPD-Generalsekretär vorbei, um mich da auszubremsen. Das Aufbegehren der SPD-Basis war da, aber es wurde von oben weggeburstet. ■

Willy Brandt in Silber

DEUTSCHE
WIR KÖNNEN STOLZ SEIN
AUF UNSER LAND.



«Die Konservativsten, das waren immer die Sozis. Wenn Sie jemals eine bestimmte Zeit im Ruhrgebiet gelebt hätten wie ich, und Sie wären in eine Wohnung reingekommen, dann hätten Sie gesehen, wie konservativ Arbeiter sind: Da stand eben ein Silberrahmen, der einzige, den die Leute sich leisten konnten, und in dem war eben das schöne Portrait von Willy Brandt. Das war der Pott, das waren Arbeiter, und die waren konservativ. Die wollten Deutschland, nicht das braune und auf keinen Fall das rote Deutschland. Sie wollten einfach Sozialdemokraten und konservativ sein: Ich will mein Bier, ich will mein Auto, meinen Zaun, meinen Vorgarten und Feierabend.» (Peter Bartels, Anfang der 1990er Jahre Chefredakteur der Bild, über eine der wichtigsten Käufergruppen seiner Zeitung im Gespräch mit COMPACT, 2016)

SPD-Wahlplakat 1972.

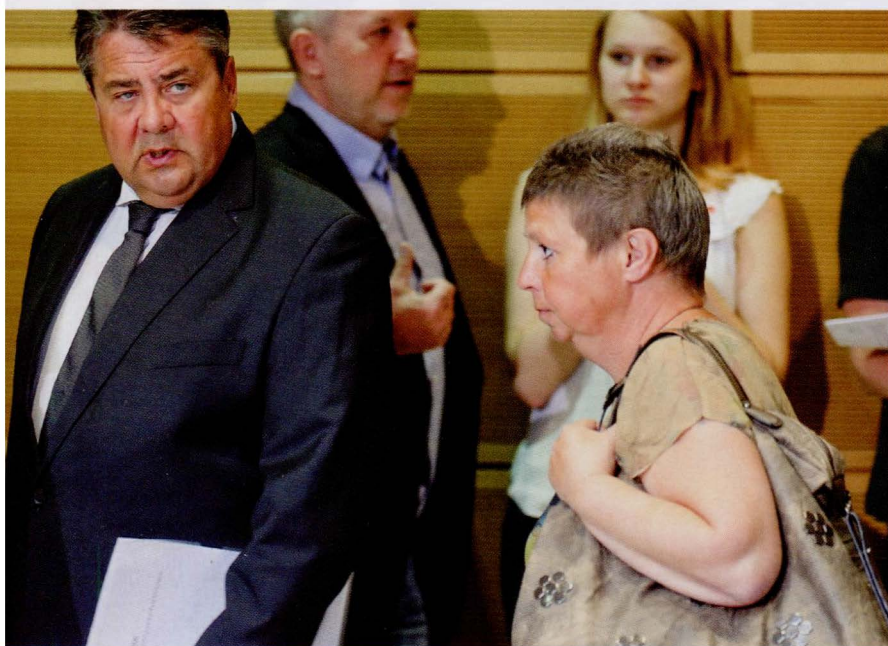
Foto: willy-brandt.de

_ Stark gekürztes Typoskript einer COMPACT-Veranstaltung am 8. Mai in Leverkusen mit Guido Reil und Jürgen Elsässer. – Von Guido Reil ist im April das Buch Wahrheit statt Ideologie: Was mir auf der Seele brennt erschienen (Berns, 19,80 Euro)

Kein Fußbreit den Neosozis!

_ von Jürgen Elsässer

Die ehemalige Arbeiterpartei SPD wird heute von Funktionären beherrscht, die außer Antifa und Frauenquote nichts gelernt haben. Sie sitzen im rosaroten Elfenbeinturm und wollen dem Volk Vorschriften machen.



Die «SPD-Putzfrau» Susanne Neumann forderte 2016 eine Rückkehr der SPD zum Volk. Foto: picture alliance/dpa

Je tiefer die SPD in den Umfragen rutscht, umso rigorosere greifen ihre Minister durch. Volkskommissarin Schwesig prügelt die Frauenquote durch, Parteigenossin Nahles verkündet den Ukas zum Mindestlohn, Umweltministerin Hendricks führt einen heldenhaften Kampf gegen Kohlekraftwerke, stromstarke Staubsauger und andere Feinde des Sozialismus. Da dieser ganze Murksismus bei den Wählern nicht ankommt, trommelt die SPD umso energischer für offene Grenzen: Die Verluste in der deutschen Arbeiterschaft sollen durch Kreuzchen dankbarer Migranten ausgeglichen werden.

Die drei Genannten sind kein Einzelfall: In der ältesten deutschen Partei geben heute Pfarrers-töchter, Apparatschiks und Absolventen der Antifa-Klippschule den Ton an. Diese Neosozis haben noch nie einen ehrlichen Beruf ausgeübt, aber wollen anderen gerne Vorschriften bis ins Privatleben hinein machen. Die Betrogenen sind die Fleißigen und Ehrlichen in unserer Gesellschaft, also genau jene «arbeitenden Klassen», für welche die Sozialdemokratie früher gekämpft hat. Zwar erinnert die ganze Gesetzeshuberei für Firmen und Privathaushalte verdammt an die Planwirtschaft seligen Angedenkens, aber bei näherer Betrachtung ist alles noch schlimmer: Die schärfsten Maßnahmen

des Sowjetkommunismus richteten sich immer gegen das Finanzkapital. Alle Banken waren verstaatlicht, die Geldmenge wurde kontrolliert. Wer mit der Wall Street kollaborierte, endete in Sibirien. Bei den Neosozis ist es genau andersrum: Die Wall Street genießt Narrenfreiheit. Es war Kanzler Schröder, und nicht sein Vorgänger Kohl, der die Heuschrecken der Cayman-Inseln auf Deutschland losließ. Es war Peer Steinbrück, der die Kavallerie gegen die Schweiz kommandieren wollte – aber die Kapitaloasen der City of London schonte. Heute bestimmt Goldman Sachs über den Euro, ihr Agent Mario Draghi verschießt das Konfetti-Geld aus allen Rohren seiner Bazookas. Wann immer die Bundesbank schüchtern opponiert, stärkt die SPD dem Italiener den Rücken.

Die bolschewistische Kontrollwut, die die Ministerinnen Schwesig und Nahles zur Überwachung von Mindestlohn und Frauenquote an den Tag legen, richtet sich allein gegen das produzierende inländische Unternehmertum, vor allem gegen den bodenständigen Mittelstand. Den kassiert der Fiskus über die kalte Progression gnadenlos ab, die bürokratischen Schikanen treiben tüchtige Handwerker in den Wahnsinn. Globalisierte Großkonzerne finden dagegen immer einen Trick, dem Finanzamt zu entgehen. Opel etwa führt keinen müden Euro ab, weil die US-Mutter General Motors alle Gewinne aus Rüsselsheim und Eisenach nach Detroit absaugt. Und kein Genosse weit und breit, der diese Vampire anklagt!

Die bolschewistische Kontrollwut richtet sich allein gegen das inländische Unternehmertum.

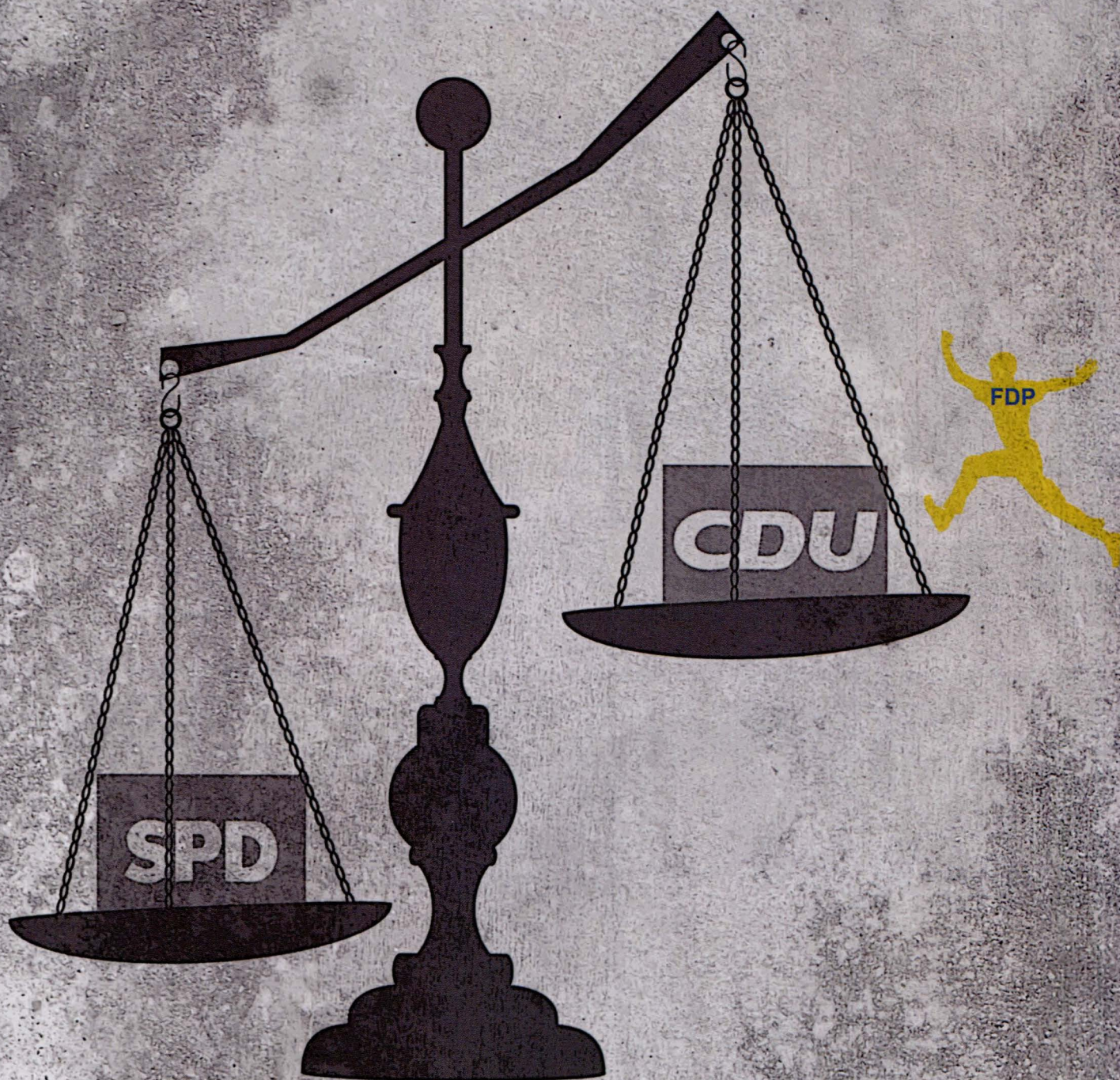
Arbeiter und arme Leute haben gar nichts von dem Mumpitz. So steht der Mindestlohn so lange nur auf dem Papier, wie die Schengen-Grenzen für ausländische Billiglöhner offen sind – denn diese firmieren trickreich als Selbstständige, unterbieten dadurch die inländischen Kollegen und stechen bei Ausschreibungen unsere Anbieter aus. Und die Deckelung der Kaltmieten nützt herzlich wenig, wenn Staat und Kommunen immer dreister bei Strom, Heizung, Wasser und Müll abkassieren. Sozialer Wohnungsbau ist schon lange out – lieber zieht der Staat Flüchtlingsbaracken hoch. Willkommen in den Slums von Berlin-Marzahn! ■



COMPACT 6/2014. Der heutige Bundespräsident Steinmeier war damals Außenminister. Foto: COMPACT

FDP

Das Ende des Liberalismus:
Das Elend des Christian Lindner





Nach allen Seiten offen

von Marc Dassen

Die FDP präsentiert sich vor der Bundestagswahl als frische Kraft. Doch den muffigen Geruch ihrer Geschichte als ewige Mehrheitsbeschaffer werden die Liberalen nicht los.

Ob das FDP-Logo in Guido-Gelb oder Lindner-Magenta erstrahlt, ändert nichts.

Ob sie sich Deutsche Fortschrittspartei nennt wie die liberale Vorgängerorganisation in ihren Anfängen nach 1861 oder FDP wie seit 1948, ob sie sich – wie in den 1970er Jahren – mit Punkten zwischen den drei Lettern schreibt (F.D.P.) oder nicht; ob sich ihre Parteigänger als «Freie Demokraten» oder als «Die Liberalen» bezeichnen, ob ihr Logo nun in Guido-Gelb oder Lindner-Magenta erstrahlt, es ändert nichts: Obwohl von 1949 bis 2013 durchgängig im Deutschen Bundestag vertreten, davon insgesamt über 40 Jahre in wechselnden Koalitionen in Regierungsverantwortung, hat die FDP drei chronische Leiden niemals abgeschüttelt: Verdammt dazu, immer bloß Juniorpartner, immer bloße Mehrheitsbeschafferin zu sein, konnte sie – erstens – den machtpolitischen Kinderschuhen nie richtig entwachsen und stumpfte deshalb –

zweitens – mit jeder substanzverzehrenden Koalition ein Stück mehr zu einer programmatisch fast beliebigen Klientel-Partei ab, wodurch sie – drittens – immer wieder zu einer theatralisch zelebrierten Neuerfindung ihrer selbst getrieben wird.

Partnerwechsel ohne Prinzipien

Von ihrer Rolle als Funktionspartei – also einer Dienerin für Union und SPD – hat sich die FDP nie emanzipiert. Sie blieb in ihrer Bedeutung zu klein und ihrem Profil zu unscharf, um den Schritt zur eigenständigen dritten Kraft zu schaffen. Ob mit den CDU-Vätern Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, den Sozialdemokraten Willy Brandt und Helmut Schmidt, dem ewigen Kanzler Helmut Kohl oder seiner anscheinend ebenso ewigen Amtsverweserin Angela Merkel: Immer haben die Freien Demokraten in ihren Koalitionen nach der Devise mitgemacht, die eigentlich erst durch einen Sozi, Franz Müntefering, zum geflügelten Wort wurde: «Opposition ist Mist» – also: Dabeisein ist alles. Das mag



Hans-Dietrich Genscher, Guido Westerwelle und der NRW-Landesvorsitzende Andreas Pinkwart im Wahlkampf 2009.
Foto: picture-alliance / Sven Simon

kurzfristig betrachtet – um endlich oben anzukommen und mitzumischen – Erfolge und vor allem Posten versprechen, doch mittel- und langfristig sind die ständigen faulen Kompromisse und das unaufhörliche Geschachere für die Wählerbindung ruinös, wie die FDP schmerzlich erfahren musste.

Zur richtigen Volkspartei hat man es bei Weitem nicht gebracht, zeitweise fehlen Alleinstellungsmerkmale und eigene Ideen gänzlich – etwa nach der Wiedervereinigung, als die nationale Aufgabe erledigt scheint und als Betätigungsfeld bloß noch die reine Lehre der Marktwirtschaft bleibt, oder nach dem Ende der sozialliberalen Phase unter Parteichef Hans-Dietrich Genscher, der die Koalition mit SPD-Kanzler Schmidt 1982 sprengt und sich Kohls Union andient, auf dessen 16-jährige Regentschaft dann wiederum eine tiefe Sinnkrise folgt. Jürgen Dittberner definiert in seinem Standardwerk *Die FDP* die Zeit zwischen 1990 und 1998 als die «verlorenen Jahre», in denen die Liberalen Teil der «Machtmaschine Kohl» wurden. Eine Phase,

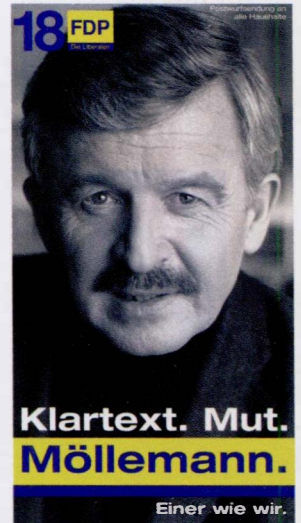
von der sie sich bis heute nicht kuriert haben... Eine Partei ohne unverhandelbaren Wesenskern, die nur zur Stabilisierung wackliger Mehrheitsverhältnisse dient, ist keine Partei, sondern eine Krücke.

Hätte Möllemann weiterleben dürfen, wäre er wohl AfD-Mitglied der ersten Stunde geworden.

Von Beginn an rivalisieren in der FDP unterschiedliche Strömungen, die sowohl linksliberale als auch nationalliberale Stimmungslagen in der Partei, besonders auf regionaler Ebene, widerspiegeln und programmatisch schwierig unter einen Hut zu bekommen sind. Die nationale Tradition ist vor allem in Nordrhein-Westfalen (wo Jürgen Möllemann seit den 1990er Jahren der große Zampanò ist) und Hessen verwurzelt, während in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg linksliberale Stimmen den Ton angeben. In den neuen Bundesländern hat die FDP ganz generell einen schweren Stand: Eine selbstständige reiche Bürgerschaft, ihre in Westdeutschland wichtigste Stammklientel, hat sich in Zeiten sozialistischer Planwirtschaft nicht herausbilden können.

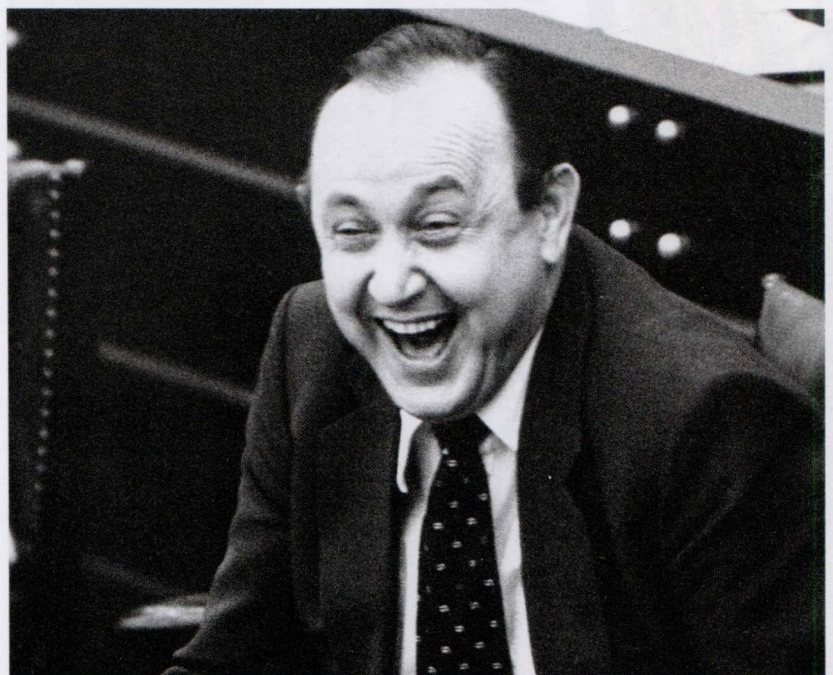
Westerwelle gegen Möllemann

Wenn der Erfolg ausbleibt, weil die Ideen fehlen, dann müssen Charisma und Köpfe den Makel wettmachen. Genscher schaffte das durch seine Omnipräsenz an der Spitze des Auswärtigen Amtes von 1974 bis 1992 – er ist bis heute der dienstälteste Außenminister der Bundesrepublik –, weil er



Jürgen Möllemann gilt als eigentlicher Erfinder des «Projektes 18» der FDP im Bundestagswahlkampf 2002. Statt 18 Prozent wurden nur 7,4 Prozent erreicht. Foto: FDP

Genscher war von 1969 bis 1974 Innenminister und zwischen 1974 und 1992 mit kurzer Unterbrechung Außenminister. Foto: picture alliance / Egon Steiner



Von der CDU zur SPD und zurück

Die FDP in der Bonner Republik

1948 Gründungsparteitag der FDP im hessischen Heppenheim. Theodor Heuss wird erster Parteivorsitzender und ein Jahr später erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1949–1959).

1949 Bei den ersten Wahlen zum Bundestag erhält die FDP 11,9 Prozent der Stimmen.

Februar 1956 Die FDP kündigt Koalition mit der CDU auf und geht erstmals in die Opposition.

1957 Reinhold Maier wird Parteichef.

1968 Hinwendung zum Linksliberalismus. Walter Scheel wird Parteivorsitzender.

1969 Beginn der sozialliberalen Koalition von FDP und SPD unter Bundeskanzler Willy Brandt.

1974 Hans-Dietrich Genscher löst Walter Scheel als Parteivorsitzender ab. Scheel wird Bundespräsident.

September 1982 Die sozialliberale Koalition von SPD und FDP zerbricht.

die Entspannungspolitik glaubwürdiger verkörperte als Kanzler Schmidt und diese dann auch noch in die Kohl-Ära hinüberrettete. Nach seinem unerwarteten Abtritt fehlte eine solche Persönlichkeit. Die vom späteren Generalsekretär und Partei-Primus Guido Westerwelle nach der Jahrtausendwende erträumten 18 Prozent auf Bundesebene waren jedenfalls nie ernsthaft in Reichweite. Die 7,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2002 sorgten trotz einem gehörigen Westerwelle-Hype inklusive Guido-Mobil für Katerstimmung.

Mit der Banken- und Eurorettungspolitik wurde die Marktwirtschaft ebenso verspottet wie der Mittelstand.

Verantwortlich für das Debakel wurde Möllemann gemacht, der kurz vor dem Urnengang entmachtete wurde, nachdem er in den Jahren zuvor versucht hatte, die FDP zu einer Sammlungspartei auch rechts-nationaler Kräfte zu machen und ihr damit ein eigenes, liberal-patriotisches Gepräge zu geben. Seine Kritiker warfen ihm eine Haiderisierung der FDP vor – ein Verweis auf den österreichischen Politiker Jörg Haider, der die frühere Schwesterpartei FPÖ auf nationalliberalen Kurs und damit im Jahr 2000 in die Regierungsverantwortung geführt hatte – und 2008, ähnlich wie Möllemann 2003, unter mysteriösen Umständen ums Leben kam. Der Münsteraner griff tatsächlich, wie sein steirisches Vor-

bild, populistische Themen wie innere Sicherheit, Identität, Integration und Multikulti auf und rüttelte sogar am deutschen Schuldskult. Dass er sich damit den Zorn des versammelten Establishments sowie den Dauerbeschuss des Zentralrats der Juden, angeführt vom eloquenten TV-Showmaster Michel Friedman, zuzog, dürfte wesentlich zu seinem Fall im Sommer 2002 beigetragen haben. Dass sich Westerwelle der Fronde gegen den ursprünglich populäreren Möllemann anschloss, dürfte auch mit den Erfahrungen der Partei der frühen 1950er Jahre zu tun haben: Damals wurden im Zuge der sogenannten Naumann-Affäre zahlreiche hochrangige ehemalige Nationalsozialisten in der FDP enttarnt. Die Informationen dazu hatte übrigens 1953 der britische Geheimdienst in Gestalt des Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick an die entsprechenden Stellen gegeben, was einem Kanzler Adenauer – damals kurz vor der Wahl – gut zupass kam, da es die wankenden Liberalen zurück in seine Arme trieb.

Verdammt zur Bedeutungslosigkeit

Ob die FDP auf einem nationalen Kurs erfolgreicher gewesen wäre, weiß niemand. Wahrscheinlich ist: Hätte Möllemann weiterleben dürfen, wäre er wohl AfD-Mitglied der ersten Stunde geworden. «Der Begriff "Rechtspopulismus" – wie der Begriff "rechts" überhaupt – ist ein Kampfbegriff aus dem Arsenal linker Fundamentalisten. Für diese Leute beginnt der Unmensch knapp rechts der Mitte», schreibt er 2003 in seinem Buch *Klartext. Für Deutschland*. Eine FDP als nationalliberale Kraft hätte die AfD womöglich überflüssig gemacht. Jene aber, die gegen Möllemann waren, setzten sich durch, taten seine Avancen nach rechts als Ver-

18 Prozent schaffte die FDP nicht. Jedoch brachte Westerwelle sie auf 14,6 Prozent im Jahre 2009. Foto: picture alliance / Ulrich Baumgarten



Als Genscher wurde der FDP-Politiker sogar zum Comic-Helden. Foto: Elefanten Press Verlag



Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet. Foto: Bild-Zeitung, Repro COMPACT

irrungen ab. Auch aktuell betont Parteichef Christian Lindner, sein «Liberalismus» sei das Gegenteil von «Populismus» – eine Abgrenzung als Kotau vor der Politischen Korrektheit.

Dass die FDP wieder zweistellig wurde, verdankt sie dem alten Möllemann-Freund Wolfgang Kubicki.

Die FDP bleibt Systempartei, bleibt Klientelpartei. Sie will zur Macht – und nicht im Sinne des Volkes Widerstand gegen die Mächtigen leisten, damals wie heute. War es das, was Genscher 1990 motivierte, bei der Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages den Siegermächten im Namen des deutschen Volkes zu erklären, dass «ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt» sei? War es der Wille zur Macht, der die Liberalen in der schwarz-gelben Merkel-Koalition ab 2009 zur Banken- und Eurorettungspolitik bewegte, die die Marktwirtschaft ebenso verspottete wie den Mittelstand, der dafür vom Fiskus zur Kasse gebeten wurde?

Sicher ist: Die Zweistelligkeit, die die FDP erstmals bei der Landtagswahl im Mai 2017 in Schleswig-Holstein wieder erreichte, verdankt sie nicht zuletzt dem dortigen Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki, einem alten Freund von Möllemann. Der spielt bei den Liberalen die gleiche Rolle wie Horst Seehofer in der Union: Mit Meckereien gegen Euro- und Asylwahn gibt er Balsam auf die Wunden der eigenen Stammwählerschaft – aber gegen die ständige Vertiefung dieser Wunden durch die eigene Parteiführung tut er nichts. So geht das Ausbluten weiter. ■

Höhenflüge und Abstürze

Freie Demokraten
FDP

Die FDP in der Berliner Republik

1994 Guido Westerwelle wird Generalsekretär der FDP.

1998 Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird abgewählt.

März 2003 Jürgen W. Möllemann tritt aus der FDP aus. Kurze Zeit später stirbt er beim Fallschirmspringen.

2009 Die FDP erzielt bei der Bundestagswahl ihr bestes Ergebnis seit ihrer Gründung (14,6 Prozent) und bildet mit der Union die Bundesregierung.

September 2013 Die FDP verpasst den Einzug in den Bundestag.

Dezember 2013 Christian Lindner wird zum Parteichef gewählt.

Mai 2017 Bei der Landtagswahl in NRW erreicht die FDP mit 12,6 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in diesem Bundesland.

Logo der FDP seit 2015. Foto: FDP

Die Mehrheitsbeschaffer

Als Juniorpartner war die FDP an den meisten Bundesregierungen beteiligt. Ihre Ergebnisse bei Bundestagswahlen blieben jedoch meist einstellig. Angaben in Prozent für 2017 Umfrage.



Quelle: wahlrecht.de, statista, wikipedia

Grafik: COMPACT



Hoffnung mit Dreitagebart

— von Marc Dassen

Das Phänomen Christian Lindner: One-Man-Show statt überzeugender Programmatik, gutes Aussehen statt guter Ideen, flotte Rhetorik statt mutiger Standpunkte. Und für die Kanzlerin hat der junge Mann ein verführerisches Angebot.

Das Design
bestimmt das
Bewusstsein.

Ginge es bei der Bundestagswahl nur um Äußerlichkeiten, man müsste dem liberalen Spitzenkandidaten Christian Lindner wohl verfallen. Selten schmeichelte ein Politiker so sehr dem Auge wie der dynamisch auf Schwarzweiß-Plakaten und in Image-Filmchen posierende Mann an der Spitze der FDP. Mit seinen taillierten Maßanzügen und seinen schlanken Krawatten könnte er einem Magazin für Herrenmode entsprungen sein, seine weißen Sneakers verjüngen ihn zusätzlich – obwohl die Assoziation zu dem frühen Joschka Fischer, der sich 1986 in weißen Nike-Turnschuhen als Umweltminister vereidigen ließ, zumindest für Wähler jenseits der 30 zu augenfällig ist, um wirklich zu überzeugen. Und dennoch: Das jugendlich-frische Auftreten des 38-Jährigen wirkt anziehend, sein Stil ist leger, sein Dreitagebart hip, sein Spiel mit der Kamera zeugt von Talent fürs Schauspielerei. Und seine Botschaft gegen den «Stillstand», der seinem progressiven Naturell nur zu gut ent-

spricht, gepaart mit dem fast patriotisch klingenden Twitter-Hashtag #EsgehtumunserLand, suggerierten Tatendrang und Macher-Qualitäten. Nicht mehr nur zuschauen will man, sondern mitmachen. Aber wobei?

Das Design bestimmt das Bewusstsein: Der adrette Einpeitscher ist brav, ja richtiggehend zahnlos, geht's um Kritik am Establishment. Logisch, denn mit genau dem will er zum Schluss ja wieder an die Macht kommen, was der Partei – wie all die Jahrzehnte zuvor – auch weiterhin jede Aussicht auf eine eigenständige politische Daseinsberechtigung nimmt. Der Kern ihres Glaubwürdigkeitsproblems liegt eben nicht in ihren Großspendern aus der Industrie oder ihrem leicht blasierten Ständesdünkel, auch nicht in zotigen Herrenwitzen eines Rainer Brüderle oder in den Klientelinteressen der Einstecktuch-Fraktion, sondern darin, dass die Partei einen wirklich tiefgreifenden Politikwechsel nie mit jenen Kräften verwirklichen können wird, die als einzige in der Lage sind, ihr ein Stück der Macht anzubieten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Lindner-FDP von vornherein jeden Gedanken an eine Koalition mit der AfD kategorisch ablehnt. So bleibt man Geisel der Großparteien.

lich das Hartz-Regime, soll fortgeführt werden. Und an einem zentralen Punkt ist sich Lindner mit Schulz ebenso einig wie mit Merkel: Er unterstützt das Freihandelsabkommen TTIP, was von Mittelstandsvertretern und Familienunternehmen klar abgelehnt wird und vor allem im Interesse der Dax-Konzerne ist, die sich ohnedies mehrheitlich in ausländischem Besitz befinden.

Man findet im FDP-Programm auch Kritik an den tatsächlich unsinnigen Euro-Rettungsmaßnahmen und Warnungen vor Eurobonds – aber all das gab es schon in der Ära von Philipp Rösler, ohne dass es die FDP davon abgehalten hätte, der Kanzlerin beim Milliardenversenken in Griechenland und anderswo zu helfen. Verräterisch ist in diesem Zusammenhang, dass Lindner 2013 an der Bilderberg-Konferenz teilgenommen hat – dort werden alljährlich Politiker jeder Couleur auf die Linie der globalen Finanzinvestoren eingeschworen. Als ein Jahr zuvor Jürgen Trittin ebenfalls in der erlauchten Runde tafelte, ätzte FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle gegen die «Konferenz der Hochfinanz»: «Die Angelsachsen diesseits und jenseits des Atlantiks raten uns: Macht mehr Schulden und lockert die Geldpolitik, das rettet Eure Währung! (...) Banklizenzen für Rettungsschirme und Euro-Bonds sind die Vermögensvernichtungswaffen dieser Inflationsallianz aus Wall Street und europäischen Sozialisten.» Die Vergemeinschaftung der Schulden im Euroraum werde, egal unter welchem Titel sie statfinde, dazu führen, dass «die deutsche Oma mit ihrem Sparbuch für ausländische Investmentbanker haftet». Dass Lindner, trotz dieser Philippika von Brüderle, dem Ruf der Hochfinanz zu diesem Treffen hinter verschlossenen Türen ebenso gefolgt ist wie zuvor Trittin, spricht Bände. Übrigens:

Christian Lindner ist seit Dezember 2013 FDP-Vorsitzender. Von 2000 bis 2009 und seit 2012 ist er Mitglied des Landtages von NRW, zwischen 2009 und 2012 saß er im Bundestag. Foto: picture alliance/AP Images

Noch ein Bilderberger

Im Wahlkampf mochte Lindner sich zwar formal nicht auf eine Koalitionsoption festlegen, doch seine Abneigung gegen die SPD ist offensichtlich. Dem Kanzlerkandidaten bescheinigte er: «Das Programm von Martin Schulz könnte tödlich für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit sein und individuelle Aufstiegschancen in der Mitte der Gesellschaft kosten.»

Ausgerechnet bei TTIP ist sich Lindner mit Merkel und Schulz einig.

Gegen die Gerechtigkeitskampagne der Sozis setzt die FDP auf die bekannten Kernelemente des Liberalismus: eine Wirtschaftspolitik mit Steuersenkungen für Unternehmer, Abschaffung des Mindestlohns, Einführung von Studiengebühren und Bürokratieabbau auf allen Ebenen – doch ausgerechnet das größte Bürokratiemonster, näm-



Lindner auf einem Plakat zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017. Foto: FDP

Katja Suding führte die FDP 2011 zurück in die Hamburger Bürgerschaft. Als die ARD-Tagesschau im Januar 2015 ausführlich ihre Beine zeigte, musste sich der Sender entschuldigen. Foto: picture alliance / dpa



Zu Gast bei der Weltelite



«(...) und das Faszinierende ist, es gibt kaum eine Konferenz, wo man gleichzeitig mit dem Führer der Sozialisten in Portugal ins Gespräch kommt und dem Chef von Google, um auch unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Positionen und Werte auszutauschen und mal richtig – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – miteinander zu streiten. (...) Bitte keine Verschwörungstheorien, sie sind unbegründet.» (FDP-Chef Christian Lindner über seine Teilnahme an der Bilderberg-Konferenz 2013 im englischen Hertfordshire)

Bilderberger-Klassiker Henry Kissinger. Foto: Gerald R. Ford School of Public Policy, University of Michigan, CC BY-ND 2.0, flickr.com

Bild rechts: Genscher auf dem Spiegeltitel nach der Bundestagswahl 1980. Foto: picture alliance / Sven-Simon

Bild links: Die beiden Sieger der NRW-Wahl 2017: Christian Lindner und Armin Laschet (CDU). Foto: picture alliance / Sven-Simon

Auch bei der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und der Atlantikbrücke, beides Denkfabriken mit direktem Draht zur anglo-amerikanischen Machtelite, ist der FDP-Vorsitzende Mitglied.

Typisch für sein Taktieren ist die Einwanderungspolitik: Zwar fordert er die Begrenzung der Aufnahme von Neusiedlern nach einem Punktesystem nach dem Vorbild von Kanada und Australien. Aber von geschlossenen Grenzen und der konsequenten, das heißt massenhaften Abschiebung der Scheinasylananten, ist weit und breit nichts zu hören. Stattdessen wollen die Liberalen auch hier nur dasselbe wie Merkel, nämlich die Verteilung der Asylbewerber nach einer bestimmten Quote auf alle EU-Mitgliedsstaaten. Das kann man gut oder schlecht finden, aber fest steht: Obwohl schon vor zwei Jahren beschlossen, klappt dieses Modell nicht. Die sogenannte europäische Lösung hat zu immer neuen Belastungen für Deutschland geführt.

Licht und Schatten

Lindner studierte Politikwissenschaften, Öffentliches Recht und Philosophie, schon mit 21 zog er als jüngster Abgeordneter aller Zeiten in den nordrhein-westfälischen Landtag ein und wurde mit 34 zum jüngsten Parteivorsitzenden der Geschichte.

Im realen Leben, abseits der Politik, umstrahlt ihn weniger goldenes Licht. Als zum Jahrtausendwechsel die Internet-Blase anschwellte, wollte Lindner mitverdienen und gründete eine Internetfirma, die allerdings nach kurzer Zeit Insolvenz anmelden musste. Pikant: Die sogenannte Moomax GmbH nahm zur Anschubfinanzierung einen Kredit von rund zwei Millionen Euro auf, wobei 1,4 Millionen aus öffentlichen Mitteln stammten. Als die Firma ein Jahr später vor die Wand fuhr, musste der

Kredit aufgrund des Bankrotts nicht zurückgezahlt werden. In einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erklärte Lindner 2012, dass die Mittel «sehr überwiegend» verwendet worden seien, um Arbeitsplätze zu schaffen. Kurze Zeit später kam heraus, dass es nicht einmal zehn waren... Laut FAZ könnte ein Großteil des Geldes in die Taschen der Geschäftsführer geflossen sein.

Er ist Merkels optimaler Partner – oder optimales Opfer.

Für Kanzlerin Angela Merkel ist Lindner wegen seiner charmanten Windschlüpfrigkeit der optimale Partner – oder soll man sagen: das optimale Opfer? Eine FDP mit einem Ergebnis um zehn Prozent könnte ihr für eine weitere Amtszeit die notwendige Mehrheit bringen, ihrer schlaffen Performance ein Quäntchen Charme, Witz und Feuer einhauchen. Tatsächlich scheint das Establishment nach dem Ende des Schulz-Hypes wieder an eine schwarze gelbe Lösung zu glauben. Erstmals – so berichteten große Zeitungen Ende Mai 2017 – gebe es auf Bundesebene eine Mehrheit für Merkel-CDU und Lindner-FDP. Bild-Kolumnist F. J. Wagner verfasste nach dem NRW-Triumph (12,6 Prozent) eine wahre Eloge auf Lindner, der die Leiche FDP «aus dem Grab geholt» habe. In einem Offenen Brief schreibt er: «Das Einzige, was mich irritiert hat an Ihrem Lebenslauf, ist, dass Sie Ihre Geheimratsecken transplantiert haben. Mehr Haare am Kopf. Es ist das Einzige, was ich an Lindner idiotisch finde. Haare einpflanzen. Er ist so ein toller Mann, leider ist er anscheinend auch eitel.» Dabei ist doch gerade diese Schönheitsoperation so typisch für die Liberalen: Mehr Schein als Sein. ■



Grüne

**Kriege, Kapital und Kindersex:
Mutation einer Friedenspartei**





Fisherman's Friends

von Jürgen Elsässer

Die Grünen durchlebten in den knapp 40 Jahren ihres Bestehens ein ständiges Auf und Ab. Eine stabile Verankerung in der Wählerschaft konnte bislang nie gelingen, da die Partei dem Volk feindlich gesonnen ist.

Wenn es nicht gegen Atomkraft ginge, würden die Grünen hier wohl über Sexismus jaulen. Die Anti-AKW-Bewegung machte die Grünen in den 1980er Jahren zur Parlamentspartei und gehört bis heute zu ihren wichtigsten Stützen.

Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Die Geschichte der Grünen zerfällt grob in drei Phasen: Das wilde Gründungsjahrzehnt zwischen 1980 und 1990; die von Joschka Fischer dominierte Ära an der Seite der SPD zwischen 1990 und 2005; schließlich die bis heute dauernde Öffnung der Partei auch zur CDU, die zu wechselnden Koalitionen und Farbenspielen führte – und zuletzt zu dramatischen Wählerverlusten.

Die Anti-Partei

Man macht einen großen Fehler, wenn man die Grünen allein nach ihrem heutigen Profil beurteilt. Sie waren nicht immer die selbsternannte Avantgarde, die das Volk durch Verbote züchtigen und durch Masseneinwanderung austauschen wollte. Vielmehr ging es, zumindest bis Mitte der 1980er Jahre, bei ihnen fast genauso wild zu wie heute bei der AfD. Die neue Partei verstand sich explizit als «basisdemokratisch», befürwortete Plebiszite auf allen Ebenen und warb mit dem Slogan «nicht links, nicht rechts, sondern vorn». Das entsprach auch der Zusammensetzung ihrer Basis: Ihre Entstehung verdanken die Grünen der Anti-Atomkraft-

Bewegung, die 1975 mit der Bauplatzbesetzung im südbadischen Whyll entstanden war. Dort, im Kernland der CDU, dominierten zunächst konservative Bauern und Winzer den Protest. Kommunistische Gruppen, die mit Mao «Dem Volke dienen» wollten, kamen erst später hinzu. Bei den zum Teil gewaltsamen Demonstrationen am geplanten AKW Brokdorf an der Unterelbe (1976/77) wurde ihr Einfluss spürbar stärker.

Auf dem Gründungsparteitag 1980 wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss gegen Mitglieder von kommunistischen Gruppen beschlossen. Den Grünen beitreten durfte nur, wer zuvor seine alte Organisation verlassen hatte. Das taten viele, darunter auch heute noch bekannte Köpfe wie Winfried Kretschmann (vorher KBW), Marieluise Beck (dito) oder Jürgen Trittin (vorher KB). Aber auch prominente Konservative standen in der ersten Reihe, etwa der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl oder der Ökobauer Baldur Springmann, der später von Jutta Ditfurth als Faschist verleumdet wurde.

Weitgehender Konsens bestand bei den frühen Grünen darin, dass man eine «Anti-Parteien-Partei» sein wolle – so eine Formulierung von Petra Kelly, Frontfrau der ersten Stunde. Nicht die Arbeit im Parlament, sondern die Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen sei entscheidend.

«Nicht links, nicht rechts, sondern vorn». Grüne 1980

Dieses Selbstverständnis geriet nach der Bundestagswahl im März 1983 ins Wanken. Die neue Kraft war von 1,5 Prozent drei Jahre zuvor auf 5,6 Prozent geklettert. Daraus entwickelte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eine Taktik, wie man den gerade ins Bundeskanzleramt eingezogenen Helmut Kohl wieder loswerden könne: Es gebe nämlich eine Mehrheit «diesseits der Union». Tatsächlich verfügten SPD, Grüne und FDP im Hohen Haus über mehr Mandate als CDU und CSU. Der Pfälzer konnte sich nur halten, weil er auch von den Liberalen unterstützt wurde – und solange Rot und Grün nicht zusammenkamen. Brandts Formulierung provozierte einen Linienstreit bei den Grünen. In einem jahrelangen Machtkampf, der schließlich erst 1988 durch die Abwahl der linksradikalen («fundamentalistischen») Vorstandssprecherin Jutta Ditfurth entschieden wurde, setzten sich die sogenannten Realos durch. Sie wurden angeführt von Joschka Fischer, der mit 200 ehemaligen Linksradikalen den hessischen Landesverband unterwandert hatte. Der arbeitsscheue Nichtstuer, der «außer strategischem Bücherklausur nichts gelernt hatte» (so sein Biograph Christian Schmidt), sah in den Grünen vor allem ein Vehikel für seine Karriere und war deswegen bereit, für eine Machtbeteiligung alle Prinzipien aufzugeben. So geschah es auch in der ersten rot-grünen Landesregierung ab 1985 in Hessen: Politisch setzte die Fischer-Gang nichts durch, aber alle kamen zu gutdotierten Jobs. Dass die Äpfelwoi-Grünen beim nächsten Urnengang 1987 ihr Ergebnis sogar noch steigern konnten (von 5,9 auf 9,4 Prozent), nutzten die Glücksritter als Argument für ihre Linie. Tatsächlich dürfte eher die Tschernobyl-Katastrophe 1986 den Anstieg verursacht haben.

Die Joschka-Jahre

Die Nachwelt wird Joschka Fischer in schillernder Erinnerung behalten. Politisch war er ein Chamäleon und wechselte seine Meinung nach den Moden der Zeit. Konstant blieben die Konturen seines Auftretens: ein proletarischer Macho mit Charme, bullig und einschüchternd gegenüber Andersdenkenden; ein begnadeter Redner im Stile der CSU-Legende Franz Josef Strauß; ein Political Animal mit dem Riecher für Themen und Stimmungen.

In seiner Autobiografie *Mein langer Lauf zu mir selbst* bekannte er: «Fast meine ganze Energie konzentrierte ich auf den politischen Erfolg und ordnete dem Ziel alles andere unter, auch und gerade mich selbst.» In diesem Zusammenhang pries er seine «radikale Lebensänderung durch Auswechseln und völliges Umschreiben meiner persönlichen Programmdiskette». Zeitweise hat Fischer nicht nur seine Software ausgewechselt, sondern sich auch an seiner Hardware versucht, seinem Körper In Vorbereitung auf sein erstes Ministeramt prägelter

wohlgenährte Bonvivant 1998 sein Gewicht um fast die Hälfte herunter. Statt Zechtouren verschrieb er sich Marathonläufe, statt Rotwein gab es nur noch Mineralwasser. Binnen weniger Wochen schrumpelte das feiste Metzgergesicht ein, die Fettpolster verschwanden, und mit runzelig zusammengezoGENER Haut glich er bald seiner eigenen Oma. Die Radikalkur hielt er immerhin ein paar Jahre durch; aber schon in seiner zweiten Amtszeit als Außenminister legte Fischer wieder zu. Heute nähert sich sein Leibesumfang dem seines ewigen Kontrahenten Helmut Kohl.

Mit runzelig zusammengezoGENER Haut glich Fischer bald seiner eigenen Oma.

Fischer avancierte in den 1990er Jahren zum ungekrönten König der Partei, die einst die Basisdemokratie zu ihren Gründungsprinzipien erklär hatte. Ohne je das Amt des Vorsitzenden auch nur anzustreben, setzte er die entscheidenden Impulse über seine Hausmacht in Hessen, vor allem aber als Fraktionschef im Bundestag. Praktisch im Alleingang schaffte er es, die Außenpolitik der Bundesrepublik auf den Kopf zu stellen.

Im Bundestag, wo die Partei seit 1994 wieder vertreten war, trieb der eloquente Redner die schwarz-gelbe Regierung und auch die Sozialdemokraten vor sich her. War er zunächst mit letzteren im Bunde, um Auslandseinsätze der Bundeswehr vor allem in den postjugoslawischen Nachfolgekrie-

Aufstieg der Grünen



1980 Gründung und erster Antritt zu den Bundestagswahlen (1,5 Prozent).

1983 Einzug in den Bundestag (5,6 Prozent).

1985 Erste Beteiligung an einer Landesregierung (Hessen; Joschka Fischer Umweltminister).

1988 Sturz der Fundamentalisten: Bundesvorstand um Jutta Ditfurth muss zurücktreten.

1990 Debakel bei den Bundestagswahlen: Nur im Osten überspringt Bündnis90 die Fünf-Prozent-Hürde, die Grünen in der BRD erreichen 4,8 Prozent.

1993 Verschmelzung mit Bündnis90.

1995 Srebrenica: Grüne Wende zur Kriegspolitik.

1984 zogen die ersten Grünen ins EG-Parlament ein. Foto: Bundesarchiv, Plak 104-PM0254-009, Grafik Werkstatt Bielefeld, 1979

Mehr Mitglieder, weniger Wähler

Die Grünen mauserten sich in den letzten Jahren zur viertgrößten Partei nach SPD, CDU und CSU, bleiben bei Wahlen aber meist einstellig.



Quelle: wahlrecht.de, statista, wikipedia

Grafik: COMPACT



COMPACT-Spezial 12 Nie wieder Grüne – Portrait einer gefährlichen Partei finden Sie unter compact-shop.de. Foto: COMPACT

gen zu verhindern, so nahm er im Spätsommer 1995 eine einschneidende Kurskorrektur vor: Nach dem sogenannten Massaker von Srebrenica am 11. Juli, als bosnisch-serbische Truppen etwa 7.000 bosnisch-muslimische Männer ermordet haben sollen – so die NATO-offizielle Darstellung, die man freilich mit guten Gründen bezweifeln kann, was aber den Rahmen dieses Artikels sprengen würde – konvertierte der Hesse zum entschiedenen Befürworter militärischen Eingreifens. Als die NATO dann Anfang August 14 Tage lang Stellungen der Serben bombardierte – der erste Kriegseinsatz des atlantischen Pakts seit seiner Gründung! –, hielten die Grünen still. Damit hat sich die Partei, die in den vorherigen 15 Jahren immer das Gros der Friedensdemonstrationen gestellt hatte, als außenpolitische Opposition abgemeldet – bis zum heutigen Tag.

Nie wieder Auschwitz

Diesen vollständigen Bruch mit den pazifistischen Gründungsprinzipien versüßten die Fischermen ihren Parteifreunden mit einer Zusatzportion Antifaschismus. Es vollzog sich eine ideologische Revolutionierung der Kriegspropaganda: Jahrzehntlang hatten die NATO-Strategen ihre Rüstungsanstrengungen immer mit der roten Gefahr begründet. Doch seit der Auflösung des Warschauer Paktes werden Kriege nicht mehr antikomunistisch legitimiert, sondern antifaschistisch. Zu dieser linken Rhetorik waren die Veteranen des Kalten Krieges wie George H.W. Bush oder Helmut Kohl gar

nicht fähig – dafür bedurfte es typischer Achtundsechziger wie Bill Clinton oder Joschka Fischer. In einer diabolischen Volte wurde die härteste Moralkeule der politisch Korrekten neu zentriert: Hatten Rote und Grüne vor 1995 immer davor gewarnt, «trotz Auschwitz» deutsche Soldaten wieder an die Front zu schicken, so verkündeten Fischer und Co. jetzt, gerade «wegen Auschwitz» müsse Deutschland seine militärische Zurückhaltung überwinden.

«Ich habe doch nicht nur “Nie wieder Krieg” gelernt, sondern auch “Nie wieder Auschwitz”», schleuderte Fischer beim nächsten Völkerrechtsbruch, dem Überfall auf Jugoslawien 1999, seinen Kritikern entgegen. Mittlerweile saßen die Grünen in der Bundesregierung, Fischer war Vizekanzler und Außenminister. Das grüne Wahlversprechen vor dem Urnengang im September 1998, Bundeswehrsoldaten nur unter UN-Mandat einzusetzen, wurde keine vier Wochen später schon in die Tonne getreten: Unter Joschkas Führung stimmte seine Fraktionsmehrheit im Oktober 1998 einem Bundestagsbeschluss zu, der die NATO auch ohne Placet des Weltsicherheitsrates zum Angriff auf Jugoslawien ermächtigte.

Das grüne Wahlversprechen wurde in die Tonne getreten.

Dieser sogenannte Vorratsbeschluss wurde dann am 24. März 1999 von der Bundesregierung ohne weitere parlamentarische Beratung umgesetzt – «Kriegseintritt per Telefon», spotteten Kritiker. Wieder zog Fischer die antifaschistische Karte, diesmal gegen den jugoslawischen Präsidenten: «Der Nationalismus wird auf brutalste Art und Weise von Herrn [Slobodan] Milosevic betrieben. Man kann fast schon sagen, in einer Art und Weise, wie sie seit den vierziger Jahren, seit den Nazis und seit der Hochzeit des Faschismus in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurde.»

Die Bundestagswahlen im September 2002 gewann Schröder hauptsächlich durch sein Versprechen, den vom US-Präsidenten George W. Bush angekündigten Krieg gegen den Irak nicht zu unterstützen und stattdessen einen zurückhaltenden «deutschen Weg» einzuschlagen. Fischer ordnete sich unter, lehnte aber diese Formulierung explizit ab und war in der Folge um eine Glättung des transatlantischen Verhältnisses bemüht. Die Freundschaft, die sein Regierungschef mit Wladimir Putin entwickelte, hat er nie verstanden.






In seine zweite Amtszeit fällt auch die sogenannte Visa-Affäre: Das Auswärtige Amt war sehr freizügig mit der Vergabe von Einreisegenehmigun-

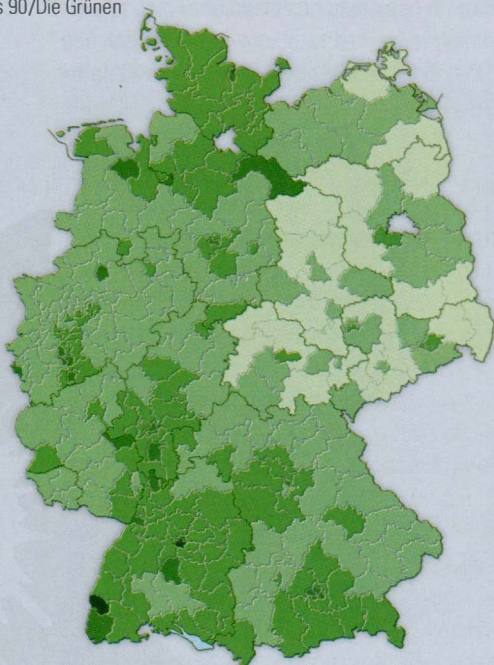
Hochburgen der Bionade-Bourgeoisie

Zweitstimmenanteil von Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl 2009

Hamburg

Berlin

-  > 0–5 %
-  > 5–10 %
-  > 10–15 %
-  > 15–20 %
-  > 20 %



Quelle: Wikipedia

Grafik: COMPACT



gen vor allem für Ukrainer und Albaner und hatte den schwunghaften Handel dortiger Mafiosi mit gefälschten Dokumenten nicht unterbunden. Zehntausende Illegale waren daraufhin nach Deutschland gekommen – ein Vorspiel zu den Flüchtlingsfluten ab 2014. Fischer nahm bei seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss des Bundestages die politische Verantwortung für die Vorgänge auf sich und räumte ein, mindestens zwei Erlasse seines Ministeriums hätten den Missbrauch der Visabestimmungen erleichtert. Einen Rücktrittsgrund sah er darin aber nicht.

Die Öffnung zur CDU

Die Bundestagswahl 2005 brachte den Machtverlust für Rot-Grün und den Rückzug von Fischer aus der Parteiarbeit. In den folgenden Jahren der Neuorientierung geriet der weiter auf ein Bündnis mit der SPD orientierte Flügel um Jürgen Trittin immer stärker unter Druck der Anhänger von Schwarz-Grün.

2008 experimentierte die Partei in Hamburg erstmals mit einem schwarz-grünen Bündnis, ließ die Koalition nach zwei Jahren jedoch platzen. Doch in Hessen (Schwarz-Grün seit 2014), sowie seit 2016 mit Grün-Schwarz in Baden-Württemberg und Schwarz-Rot-Grün in Sachsen-Anhalt läuft das gemeinsame Räderwerk. Das 2011 gebildete Bündnis aus CDU, FDP und Grünen im Saarland scheiterte ein Jahr später – aber an den Liberalen. 2013 präsentierte sich die Ökopartei auch im Bundestagswahlkampf erstmals nicht mehr als natürlicher Partner der SPD, sondern zeigte sich prinzipiell offen für andere Konstellationen.

Die Landtagswahlen in den Jahren 2016/2017 brachten mit Ausnahme von Berlin und Baden-

Prima Klima: Gerhard Schröder, Joschka Fischer und Oskar Lafontaine nach Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung 1998. Der SPD-Linke Lafontaine trat im März 1999 aus bis heute unklaren Umständen als Finanzminister zurück.

Foto: picture alliance / AP Photo

Württemberg überall massive Stimmenverluste. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen wurde die Partei fast halbiert und kam nur noch auf 6,4 Prozent – das lässt manchen sogar um den Wiedereinzug in den Bundestag bangen.

Der Grund für die Misere liegt an zunehmenden Spannungen zwischen der Wählerbasis der Grünen, die seit Gründung der Partei älter und vermöglicher geworden ist, und der mehrheitlich aus abgebrochenen Akademikern und arbeitsscheuen Antifa-, Gender- und Klimaaktivisten bestehenden Funktionärskaste. Zur Zerreißprobe zwischen Bionade-Bourgeoisie und Berufspolitikern könnte es kommen, wenn Erstere direkt in ihrem Lebensstandard bedroht wird – entweder indem kriminelle Zuwanderer ihre Wohnviertel unsicher machen, oder indem linke Umverteilungsexperimente ihre Einkommen gefährden. So lange bürgerlich auftretende Politiker wie Winfried Kretschmann oder Cem Özdemir das Profil der Grünen prägen, fühlen sich die Besserverdienenden eins mit ihrer Partei. Wenn aber Schreckschrauben wie Katrin Göring-Eckardt oder Claudia «Fatima» Roth weiter auf unbegrenzten Zuzug von Kulturfremden und dafür notwendigen Steuererhöhungen drängen, könnte der Konsens zwischen Bionade-Bourgeoisie und Lumpenintelligentsia zerbrechen. Der Rückgang der Umfragewerte setzte nicht zufällig zu Jahresanfang 2017 ein – nachdem sich die Bundesvorsitzende Simone Peter ausgerechnet mit der Polizei angelegt hatte, die an Silvester in Köln eine Wiederholung des Sex-Dschihad vom Vorjahr verhindert hatte. ■

Die Grünen als Machtpartei



1998 Erste rot-grüne Bundesregierung. Außenminister wird Joschka Fischer.

1999 Grüne unterstützen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien.

2001 Grüne für Bundeswehr-Entsendung nach Afghanistan.

2005 Abwahl der rot-grünen Bundesregierung.

2008 Erste schwarz-grüne Regierung in Hamburg.

2009 10,9 Prozent – bei den Bundestagswahlen bisher bestes Ergebnis.

2011 Nach Fukushima werden Grüne stärkste Partei in Baden-Württemberg (24,2 Prozent). Winfried Kretschmann wird Ministerpräsident.

2016 Grüne steigern ihr Wahlergebnis in Baden-Württemberg weiter (auf 30,3 Prozent). In anderen Bundesländern Verluste.

COMPACT 5/2011.

Foto: COMPACT

2008 experimentierte die Partei in Hamburg erstmals mit einem schwarz-grünen Bündnis.

Die Deutschland-Abschaffer

_ von Martin Müller-Mertens

Der Hass auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

«Alle reden von
Deutschland. Wir
reden vom Wetter»

12. Mai 1990, Frankfurt/Main: Claudia Roth und Jutta Ditfurth tragen das Leittransparent der Demonstration. Ihre Forderung entlehnten die Antideutschen einem Ausspruch Marlene Dietrichs: «Deutschland? Nie wieder!». Foto: Buchumschlag «Nie wieder Deutschland» Nr. 1, Repro COMPACT

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: «Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut.» Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomien und Bioprodukt-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität – und ihr Evergreen «Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!» So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Hass 1989, Pleite 1990

Auf dem Foto sehen wir sie sozusagen bei der Geburtsstunde der antideutschen Bewegung am 12. Mai 1990 in Frankfurt am Main. Etwa 20.000 Men-

schen demonstrierten gegen die Wiedervereinigung unter dem heute allgegenwärtigen, damals aber noch recht ungewöhnlichen Slogan «Nie wieder Deutschland». Links und rechts von ihr zwei weitere Gallionsfiguren des nationalen Masochismus: Jutta Ditfurth, gerade als Grünen-Vorsitzende wegen Finanzunregelmäßigkeiten abgewählt, und die Bundestagsabgeordnete Angelika Beer.

Mit «Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter» zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 – die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten – von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.



Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Hass und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. «Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit», schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. «Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr.»

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen – wie praktisch die gesamte politische Linke – ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Hass.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir – im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler – tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner *Tagesspiegel*

wiedergegebenen Satz «In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt», bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte «Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!» verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzunehmen. «Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht», behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: «Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut».

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es – mehrfach angepasst – auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor. Im Gegensatz dazu forderten die Grü-



COMPACT 9/2015. Foto: COMPACT

«Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg.» Ralf Fücks



Dutschke und die Nation

Zu den gewählten Delegierten des Grünen-Gründungsparteitages 1980 gehörte der Studentenfürer Rudi Dutschke. Der aus Brandenburg stammende Sozialist verstand sich zeitweilig als Patriot. So schrieb er im Jahre 1977: «Warum denken deutsche Linke nicht national? Die sozialistische Opposition in der DDR und in der Bundesrepublik müssen zusammenarbeiten. Die DDR ist zwar nicht das bessere Deutschland. Aber sie ist ein Teil Deutschlands. (...) Unter solchen Bedingungen fängt der linke Deutsche an, sich mit allem möglichen zu identifizieren, aber einen Grundzug des kommunistischen Manifestes zu ignorieren: Der Klassenkampf ist international, in seiner Form aber national.» Selbst Einfluss auf die Grünen nehmen konnte Dutschke nicht mehr. Er starb am 24. Dezember 1979.

Von den Grünen kritisiert: Ein Jahr nach dem Kölner Sexmob kontrollierte die Polizei am 31.12.2016 Hunderte Orientalen vor dem Hauptbahnhof der Domstadt. Foto: picture alliance / Henning Kaiser/dpa

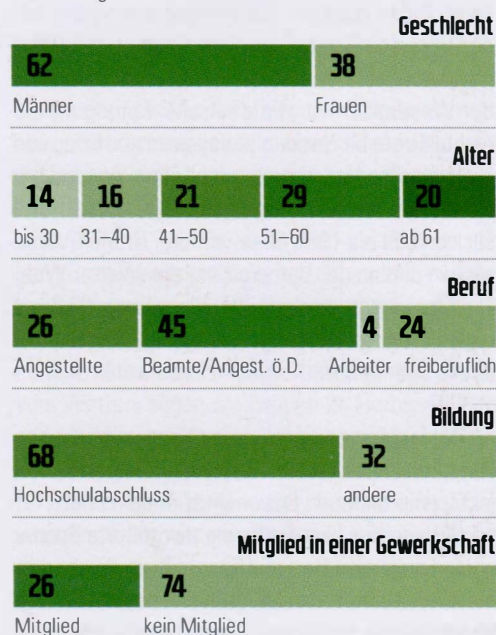
nen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. «Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein», fasste Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den *Spiegel* zusammen und behauptete: «Deutschland schloss zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgerschaftsrechts auf.» Dabei müsste Trittin wissen, dass dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. «Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung [das Geburtsprinzip] bedingungslos zur Geltung kommt», räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Service-Stelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: «In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen.»

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungsorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. «Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potenzieller Vergewaltiger», fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. «Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer

Partei der Beamten

Zusammensetzung der Grünen-Mitglieder.
Gesamtmitglieder der Partei 61.596, Anteil in Prozent



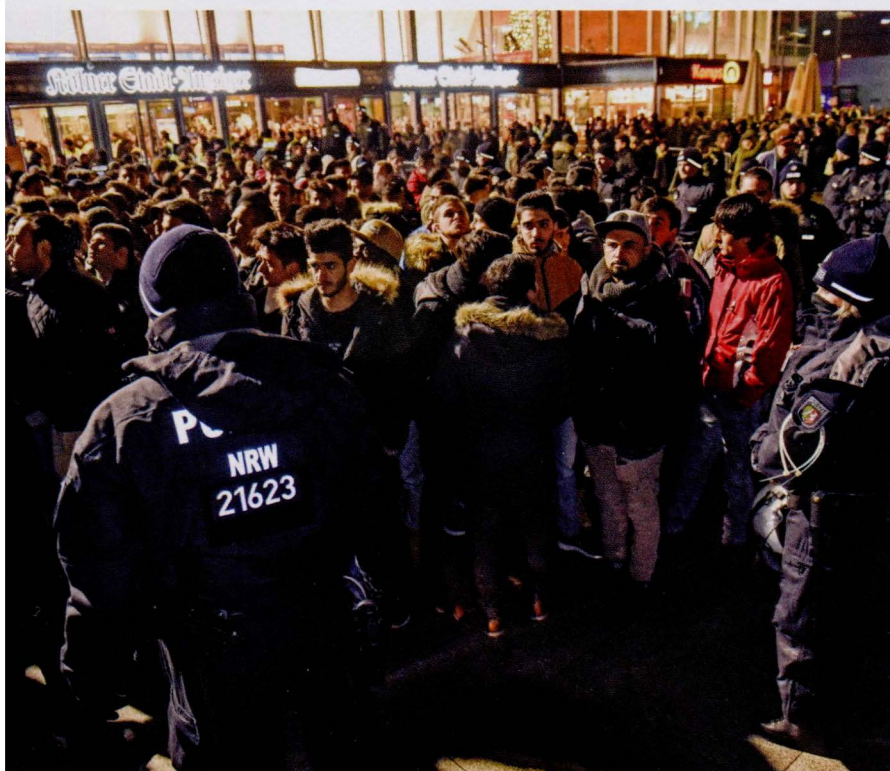
Quelle: bpd.de 2015

Grafik: COMPACT

wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen», verkündete sie am 8. Januar 2016 in der *Welt*. Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. «Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. (...) Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge missbrauchen wollen», hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

«Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potenzieller Vergewaltiger.» Michael Gwosdz

Selbst die – seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen – Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte – womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen – vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: «Das Problem von Kinderehen lässt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. (...) Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte.» ■





Die Kuh macht muh

— von Karel Meissner

Das Personal, mit dem die Grünen im Bundestagswahlkampf um die Gunst der Deutschen werben, ist dieses Jahr noch schlimmer als bei früheren Urnengängen. Nur ein grantelnder Schwabe hat es zu großer Popularität gebracht.

Bei den Landtagswahlen des Jahres 2017 mussten die Grünen ordentlich Federn lassen. Die Fünf-Prozent-Hürde rückt auch auf Bundesebene in bedrohliche Nähe – und ausgerechnet die Führungsfiguren der Partei sind im Volk alles andere als beliebt.

Der anatolische Schwabe

Cem Özdemir hat es bis an die Spitze der Grünen geschafft: Er ist seit 2008 einer der beiden Vorsitzenden und wurde in einer Mitgliederabstimmung auch zu einem der zwei Spitzenkandidaten gewählt – allerdings nur knapp vor dem schleswig-holsteinischen Realo Robert Habeck.

Mit der Politik kam Özdemir schon früh in Kontakt; bereits als 16-Jähriger trat er den Grünen bei. «Die Faust in der Tasche» habe er gehabt, schreibt Özdemir, und gemeint, «alles müsste sich radikal ändern». Seine endgültige Entscheidung, eine politische Karriere anzustreben, war für Özdemir «mit den Namen der Städte Mölln, Solingen, Kemnath und Hoyerswerda verbunden», wo es Anfang der 1990er Jahre zu fremdenfeindlichen Übergriffen und Morden kam. «Damals herrschte eine Stimmung der geistigen Brandstiftung in der deutschen Politik», be-

hauptet Özdemir. «Jeder durfte gegen Ausländer sagen, was er wollte.» Anstatt Maßnahmen zur Verhinderung rechter Gewalt zu beschließen, hätten Union, FDP und SPD 1994 das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. In seinem Buch *Currywurst und Döner* (1999) wirft Özdemir der Kohl-Regierung immer wieder vor, sie halte an «völkischen» Einwanderungsgesetzen fest. Dass in jenen Jahren die Einwanderung real massiv zunahm, interessiert Özdemir nicht.

Neben der Integrationspolitik beschäftigte sich der Deutsch-Türke immer wieder mit außenpolitischen Fragen. Und mit Krieg. Seine Position bei seiner Kandidatur um einen Listenplatz für den Bundestag, dem Bürgerkrieg in Bosnien (1992 bis 1995) «auch mit militärischen Mitteln ein Ende zu bereiten», ging der Mehrheit der Grünen zu weit, erinnert sich Özdemir. Europa wirft er vor, dass dessen «jahrelanges Zögern», seine Glaubensbrüder in Bosnien zu schützen, zu «Verbitterung bei vielen Muslimen in Europa» geführt habe.

Neben dem Vorwurf des Verrats an pazifistischen Grundsätzen der Grünen wurde ihm, dem «türkischen» Bundestags-Kandidaten, Agententätigkeit für den türkischen Geheimdienst vorgewor-

*Volkstümlich: Winfried Kretschmann bei der alemannischen Fasnet 2016.
Foto: picture alliance / dpa*

«Ich hatte meine
Finanzen nicht im
Griff.» Cem Özdemir



Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter leiten seit 2013 die grüne Bundestagsfraktion.

Foto: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Marco Lange, CC BY 2.0, flickr.com

Bild rechts: Robert Habeck, Chef der in Schleswig Holstein erfolgreichen Grünen, unterlag bei der Urwahl der Spitzenkandidaten Cem Özdemir.

Foto: Dennis Williamson, www.williamson-foto.de

«Verzicht ist seine Sache nicht.»

Berliner Zeitung
über Hofreiter



Dieses Plakat im NRW-Kommunalwahlkampf 2009 musste der Ortsverband Kaarst nach Rassismuvorwürfen der Landespartei abhängen.

Foto: Bündnis 90/Die Grünen NRW

fen. Ein kurdischer Verein verteilte Flugblätter, um die Grünen vor Özdemir zu warnen. Dieser wies die Vorwürfe vehement als absurd zurück. Schließlich gelang ihm trotz vieler politischer Scharmützel ein erneuter Einzug in den Bundestag 1998 und damit sein weiterer politischer Aufstieg. Dann holte ihn seine Vergangenheit ein. 1997 hatte das Finanzamt auf einen Schlag 70.000 D-Mark Nachzahlung von dem Deutsch-Türken gefordert. «Ich hatte meine Finanzen nicht im Griff», sagt Özdemir im Rückblick. Der PR-Berater Moritz Hunzinger verschaffte Özdemir daraufhin 1999 einen Kredit über 80.000 D-Mark. Die Sache flog im Jahre 2002 auf – und dann wurde ihm auch noch vorgeworfen, dienstlich erworbene Bonusmeilen für Flüge privat verfliegen zu haben. Keine schweren Vorwürfe im Vergleich zu anderen Politiker-Affären, doch die Grünen wollten sich damals noch besonders moralisch geben. Özdemir legte daher sein Mandat und sein Amt als innenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion nieder, und 2003 verschwand er mit einem Stipendium nach Amerika.

Er durchlief das sogenannte «Young Leaders-Programm» der Atlantik-Brücke, welches Nachwuchskräfte in pro-amerikanische Netzwerke einbinden soll und auch Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) gefördert hat. Während seiner Zeit in Amerika hielt Özdemir Reden an Elite-Universitäten wie Berkeley und knüpfte Kontakte zum Project for the New American Century (PNAC), der bedeutendsten Denkfabrik der Neokonservativen um George W. Bush. Im Jahr 2004 gehörte er zu den Unterzeichnern des PNAC-Aufrufes gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Wer gegen Pegida sei, so lautet Cem Özdemirs jüngster Coup, der müsse auch «gegen Türgida» vorgehen – gegen die nationalistischen Einpeitscher, die in anatolischen Vereinen und in den Moscheen der türkischen Religionsbehörde DITIB aktiv sind.



Auch ansonsten kehrt der anatolische Schwabe jetzt, da es auf die Bundestagswahl zugeht, seine deutsche Seite nach außen. Er kann sich zugute halten, dass er die Armenienresolution des Bundestages initiiert hat. Der Sultan vom Bosphorus beschimpfte ihn daraufhin in einer international ausgestrahlten Hassrede als «angeblichen Türken», sein Blut sei verunreinigt. Auch mit der Forderung nach Bewaffnung der kurdischen Peschmerga – «Mit Yogamatten kann man den Islamischen Staat nicht bekämpfen.» – zog er sich den Zorn Ankaras zu.

Die evangelische Muslima

Katrin Göring-Eckardt ist dermaßen politisch korrekt, dass man sich wundert, dass sie den ersten Bestandteil ihres Nachnamens noch nicht abgelegt hat. Als Co-Fraktionsvorsitzende im Bundestag wurde sie, da es keine Gegenkandidatin gab, bei einer Mitgliederbefragung neben Özdemir zur Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gekürt.

Die am 3. Mai 1966 in Friedrichsroda im Landkreis Gotha als Katrin Dagmar Eckardt geborene Tochter eines Tanzlehrers ist Thüringerin, aber spricht diffamierend von «Ossis» und vergleicht sie mit Migrantinnen; sie ist gläubige Protestantin, war bis 2013 aktiv im Rat der Evangelischen Kirche, aber jubelt muslimischen Einwanderern zu, die Deutschland «religiöser» machen.

So wird sie auch nicht müde, die Ankunft der Millionen Menschen aus Nahost und Afrika als segensreich zu feiern. Mit Äußerungen wie «Die Einwanderer bezahlen die Rente derjenigen, die in Dresden auf die Straße gehen und gegen Asylbewerber und Einwandererdemonstrieren» oder «Die Leute, die hierher kommen, für die sollte klar sein, die Kinder, die hier geboren werden, sind vom ersten Tag an auch Deutsche» ist sie eine der propagandistischen Speerspitzen der Asyllobby. In bei-

nah schizophren anmutender Manier philosophiert sie sogar bei einer Kirchensynode darüber, «wir» bekämen «jetzt plötzlich Menschen geschenkt», die unser Land «religiöser, bunter, vielfältiger und jünger» machten. Wie das zu der Silvesternacht in Köln passt, erklärt die bekennende Feministin freilich nicht. Genauso wenig scheint die offene Christenfeindlichkeit unter muslimischen Einwanderern die Protestantin zu stören...

Zu ihren Highlights gehört der Auftritt im ARD-Morgenmagazin am 19. Oktober 2015, als sie sagt: «(...) und Dresden, das ist vor allem die Frauenkirche, die ist wieder aufgebaut worden, nachdem die Nazis sie zerstört haben (...).» Kein Wunder, dass die Partei nach solchen geschichtsunkundigen Äußerungen in den neuen Bundesländern keinen Fuß mehr auf den Boden bekommt.

Der Radfahrer

Anton Hofreiter, neben Göring-Eckardt zweiter Fraktionsvorsitzender im Bundestag, gilt als linker Flügelmann der Grünen, weil er rein optisch an die ökologischen Waldschrote aus der Parteigründungszeit erinnert. Aber sonst ist nichts an ihm, was ihn vom Mainstream unterscheidet.

Diplom-Biologe Hofreiter spricht sich für die Bewahrung der Artenvielfalt in der Natur aus – aber bringt es nicht fertig, die vielfältigen Biotope der menschlichen Gemeinschaften zu respektieren. Er thematisiert Probleme mit Neophyten – sprich Pflanzen, die sich in Gebieten ansiedeln, in denen sie zuvor nicht heimisch waren –, aber ignoriert unkontrollierte Siedlungsbewegungen bei der menschlichen Spezies – dies ist für ihn nicht Zerstörung, sondern Bereicherung. Vermutlich ist der Mann in anderen Milieus als beispielsweise in Duisburg-Marxloh zu Hause... Dazu passt, dass Hofreiter eine Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft oder die Forderung nach einem Burka-Verbot als integrationsfeindlich verunglimpft.

Allerdings: Der Mann isst gerne Fleisch und ließ sich sogar mit Currywurst, Pommes und Mayo filmen. «Verzicht ist seine Sache nicht», resümierte die *Berliner Zeitung* und verwies auch auf den stattlichen Leibesumfang des 46-Jährigen. Darf man bei diesem Grünen auf den Realitätsgehalt von Bertolt Brechts Formel «Der Mensch ist, was er isst» hoffen? Darauf, dass er als Genussmensch auch dem Rest der Bevölkerung nichts vorschreiben würde?

Gegen diese Hoffnung spricht der Forderungskatalog des Verkehrspolitikers Hofreiter. Zu den Top-Postulaten des Niederbayern gehört das vollständige Verbot aller Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2030. Dass dabei Hunderttausende von Arbeitsplät-

zen in der deutschen Branche Nummer eins auf dem Spiel stehen, da bei Elektroautos viel weniger bewegliche Teile montiert werden müssen, ist dem guten Mann egal. «Ein Auto hat er nicht. Wenn er mal eines braucht, borgt er sich den Golf seines Vaters», erfuhr die *Berliner Zeitung*. Na dann...

Die feministische Frauenfeindin

Simone Peter ist in der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, obwohl die verhärmte Blondine seit 2013 an der Seite von Özdemir die zweite Bundesvorsitzende ist. Im Saarland, wo sie 1965 geboren wurde, schaffte sie es 2009 zur Umweltministerin. Nach der Kölner Silvesternacht 2016/2017, als tausende Polizisten ähnliche Sexkrawalle wie im Vorjahr verhinderten, stellte Peter «die Frage nach der Verhältnis- und Rechtmäßigkeit, wenn insgesamt knapp 1.000 Personen allein aufgrund ihres Aussehens überprüft und teilweise festgesetzt wurden». Außerdem regte sich die überzeugte Feministin über die von der Kölner Polizei verwendete Bezeichnung «Nafri» auf, das sei «völlig inakzeptabel». Das ging dann sogar Özdemir und Göring-Eckardt zu weit, die sich von ihrer Parteifreundin distanzieren.

Schreckschraube Fatima

Claudia Roth ist die dümmste Kartoffel auf dem grünen Acker, und das schon seit fast 30 Jahren. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: «Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut» oder ihr Evergreen «Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!». Seit Oktober 2013 ist die Berufspolitikerin Vizepräsidentin des Bundestages.

«Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!»

Claudia Roth



Die einstige saarländische Umweltministerin (2009–2012) Simone Peter ist seit 2013 Bundesvorsitzende der Grünen. Foto: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC-BY-SA 3.0

2013 machte die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth einem Asyl-Besetzercamp auf dem Berliner Oranienplatz ihre Aufwartung. Foto: picture alliance / dpa



Kindersex und Schwulenlobby

«Der Schwulenbereich der Berliner AL, ab 1993 von Bündnis 90/Die Grünen, war rund 15 Jahre lang im Landesverband die treibende Kraft für die Forderung, das gesamte Sexualstrafrecht zu streichen – also auch die Paragraphen 174 und 176 StGB. Von Beginn an und insbesondere in den 1980er Jahren wurde der Schwulenbereich von pädosexuellen schwulen Männern dominiert, die in eigener Sache agierten. Er trat somit als "Pädolobbygruppe" auf. (...) Im Windschatten früher programmatischer Erfolge vertrat der Schwulenbereich noch Anfang der 1990er Jahre entgegen längst anderslautender Parteibeschlüsse die These der einvernehmlichen Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen. Als der Bereich 1992 personell so ausgeblutet war, dass ihm die Aberkennung des Bereichsstatus drohte, wurde eine zweigleisige Anwerbung neuer Mitglieder gestartet. (...) Einzelne Mitglieder des Schwulenbereichs verteidigten noch 1994 aggressiv die bisherige Linie der vermeintlich einvernehmlichen Sexualität mit Kindern. Dies gipfelte in der Androhung von körperlicher Gewalt durch Mitglieder der Gruppe Jung und Alt gegenüber der Kreuzberger AL-Frauengruppe und anderen Bereichsmitgliedern, die eine andere Meinung vertraten. (aus dem Untersuchungsbericht des Berliner Landesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen, vorgestellt im Mai 2015)

Die bekennende Islam-Freundin – bei einem Auftritt in einer Moschee nannte sie sich «Fatima» – war enttäuscht, dass eine große Mehrheit der Deutsch-Türken beim Verfassungsreferendum im April 2017 für Erdogan stimmten – sah das aber als Verschulden Deutschlands an: «Tatsächlich sind ja im Umgang mit unseren türkeistämmigen Mitbürgern in den vergangenen Jahrzehnten Fehler gemacht worden, die Verletzungen hinterlassen haben.»

Muttis Lieblingsschwiegersohn

Winfried Kretschmann würde die Grünen am liebsten auch auf Bundesebene in eine Koalition mit der Union führen und so die vierte Amtszeit von Angela Merkel sichern. Auf dem Höhepunkt der Asyl-Debatte Anfang Februar 2016 äußerte er über die Kanzlerin: «Sie verfügt über die nötige Erfahrung als Krisenmanagerin. Welcher ihrer Amtskollegen in der EU soll denn Europa zusammenhalten, wenn sie fällt? Da ist weit und breit niemand in Sicht. Deshalb bete ich jeden Tag dafür, dass die Bundeskanzlerin gesund bleibt.»

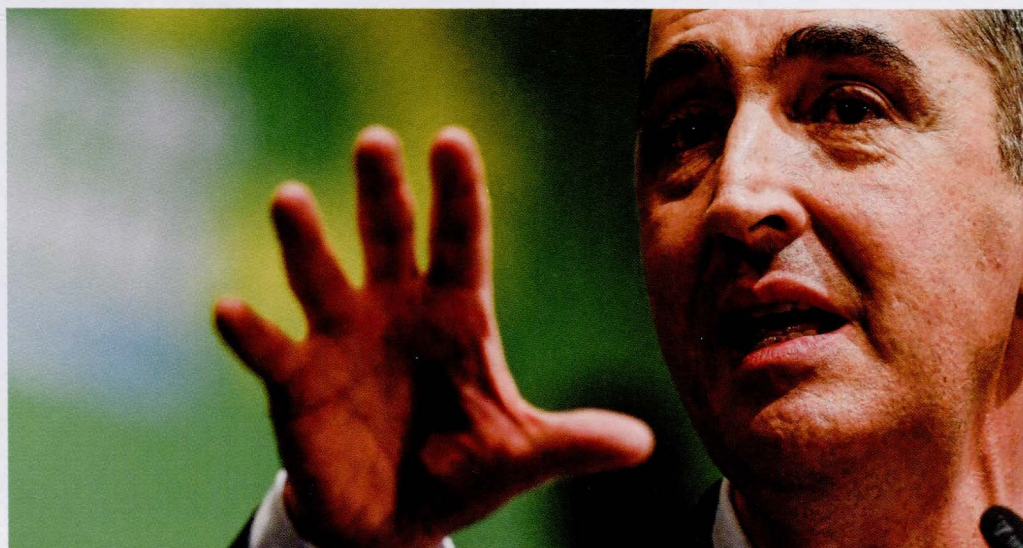
«Im Gegensatz zur Politik ist vor Gott gut, was gut gemeint ist.» Winfried Kretschmann

Diese katholisch verbrämte Liebeserklärung sorgte zwar für Stirnrunzeln in der grünen Partei, aber da man damals die CDU zur Koalitionsbildung in Baden-Württemberg brauchte, schien Kretschmanns Avance an deren Vorsitzende realpolitisch gerechtfertigt. Doch Anfang November 2016 legte er nach: Er fände es «sehr gut», wenn Angela Merkel bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr noch einmal als Kanzlerkandidatin antreten würde. Zu einem Zeit-

punkt, als die Union die Personaldebatte für den Urnengang 2017 noch gar nicht eröffnet hatte, war das ein unverhofftes Geschenk an die politische Konkurrenz. In seinen Reihen gingen die Wogen hoch.

In der 1980 gegründeten Öko-Partei gehörte Kretschmann von Anfang an nicht nur zu den sogenannten Realos um Joschka Fischer, deren Dogma die bedingungslose Einfügung in das herrschende System und die Regierungsteilhabe als grüne Neo-FDP wurde. Sich selbst inszenierte er ab 1983 darüber hinaus als Kopf der Ökolibertären, die im Unterschied zu den Fishermen auch ein Bündnis mit der Union nicht ausschlossen. Kretschmann sagte 1986, Helmut Kohl sei «im Unterschied zum arroganten Helmut Schmidt ein wirklich demokratischer Kanzler» – für damalige grüne Verhältnisse ein Tabubruch. Im selben Jahr folgte der Einstieg in den Machtapparat – als Ministerialrat unter dem frischgebackenen hessischen Umweltminister Joschka Fischer.

Man findet zwar immer wieder einzelne vernünftige Gedanken bei Kretschmann – aber sobald sich dagegen ein grüner Volkssturm erhebt, beginnt er zu taktieren. Er spricht von Zuwanderungsbegrenzung und von sicheren Drittstaaten – schon randalieren die Sozialindustriellen zusammen mit den Menschenrechtsverwertern, und in der Folge rudert der Landesvater flink zurück. Warum segnet der angeblich wertorientierte Christ Kretschmann die Programme seiner Landesregierung zur Frühsexualisierung, zur Genderitisausbreitung, zur Abtreibungsförderung, zur Islambegünstigung ab? Er rechtfertigt sich: «Im Gegensatz zur Politik ist vor Gott gut, was gut gemeint ist.» Das kann ja sein. Es kann auch sein, dass seine Politik gut gemeint ist. Aber – bei Gott – grottenschlecht für unser Land ist sie trotzdem. Und gerade deshalb ist sie umso fataler: weil sie so hübsch grün und bunt verpackt ist, mit einem Kreuz auf dem Schleifen. ■



Die Hand des grünen Grauens?
Cem Özdemir, hier 2016 auf dem Landesparteitag Baden-Württemberg, ist seit 2008 Parteichef. In der Geschichte der Grünen brachte es bislang nur Claudia Roth auf mehr Amtsjahre an der Spitze.
Foto: picture alliance /Marijan Murat/dpa

Linke

Von den Erben der SED zu
den Krawallanten der Antifa





Honeckers Erben, Merkels Helfer

von Martin Müller-Mertens

Als «Gysis bunte Truppe» verteidigte die PDS in den 1990er Jahren die Interessen des Ostens. Die heutige Linken-Führung hat die Partei auf den Kurs des Establishments gebracht: Gegen das Volk, für Asylwahn, Genderkult und Kriegseinsätze.

Für die PDS blieb die DDR stets mentale Heimat. Foto: picture alliance / ADN/Zentralbild

Fast schien es, als fehlten Gregor Gysi die Worte. «Für die Linke war der gestrige Tag ein historisches Ereignis», las die Polit-Ikone am 23. September 2013 – für ihn ungewöhnlich – vom Blatt ab. Am Tag zuvor hatten bei der Bundestagswahl 8,6 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei den Sozialisten gemacht. «Wir sind zur drittstärksten politischen Kraft in Deutschland geworden. Das markiert einen Akzeptanzgewinn, der 1990 völlig undenkbar erschien.»

Dass der Übervater der Linken diese postulierte Ankunft in den Institutionen erkennbar nicht mit der sonst üblichen Verve vortrug, ging in der Hektik des Nachwahltages unter. Denn der langjährige Fraktionsvorsitzende hatte allen Grund zur Zurückhaltung: Nicht nur Grüne und FDP, auch seine eigene Partei hatte mit einem Minus von 3,3 Prozent erkennbar Federn lassen müssen. Lediglich die Schwäche der Anderen übertünchte die eigene Niederlage. Nur weil Union und SPD mit ihren 504 Sitzen eine Große Koalition gebildet hatten, konnte die gerupfte Linke in den Genuss der Oppositionsführung kommen...

Auch die Jahre danach waren für die Partei durchaus widersprüchlich. In Thüringen gelang ihr 2014 mit 28,2 Prozent das bislang beste Ergebnis der Geschichte. In Erfurt residiert mit Bodo Ramelow seither ein linker Ministerpräsident. Dagegen verfehlte die Partei 2016 und 2017 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen den Einzug in den Landtag, in Sachsen-Anhalt misslang die angestrebte Regierungsbeteiligung. Im Saarland, der Heimat Oskar Lafontaines, musste die Linke 2017 einen Verlust von 3,3 Prozent hinnehmen.

Dennoch hatte Gysi recht. Die politische Zukunft schien aussichtslos, als der damals noch kaum bekannte Rechtsanwalt am 9. Dezember 1989 mit 95,3 Prozent zum Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gewählt wurde. Es war Gysi, der die Auflösung der zerfallenden Staatspartei verhinderte, der sie unter neuem Namen als Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 mit 16,4 Prozent erstaunlich stabilisierte und schließlich im Dezember 1990 mit 11,1 Prozent im Osten in den Bundestag führte. Dass die PDS im bundesdeutschen Politikbetrieb angetreten war, um zu bleiben, dürften damals sogar ihre Anhänger leise bezweifelt haben: 1991 lag sie in Umfragen gerade noch bei 6,5 Prozent im Osten und 0,5 Prozent im Westen.

Es war Gysi, der die Auflösung der zerfallenden SED verhinderte.

Dulde mit, koaliere mit, regiere mit

1994 gelang der PDS nur durch den Gewinn von vier Direktmandaten der Wiedereinzug in den Bundestag – die Fünfprozent-Sperrklausel wurde verfehlt. Gysis bunte Truppe war nicht zuletzt mit einer hohen Anzahl Parteiloser angetreten. Als der bekannte DDR-Schriftsteller Stefan Heym als Alterspräsident für die PDS das neue Parlament eröffnete, verweigerte die Unionsfraktion mit Ausnahme Rita Süßmuths den Beifall. Das Bundespresseamt verzögerte den Abdruck der Rede. Trotzdem markierte das Jahr 1994 einen Wendepunkt für die Partei. Am 16. Juni errang sie mit Horst-Dieter Brähmig im sächsischen Hoyerswerda erstmals einen Oberbürgermeisterposten. Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im gleichen Monat vereinbarten SPD, Grüne und PDS das sogenannte Magdeburger Modell. Die verfeindeten Sozialisten duldeten ein rot-grünes Minderheitenkabinett – offiziell ohne jegliches Mitspracherecht, doch das Finanzministerium berechnete die von der PDS durchgesetzten Wünsche 1999 auf eine Milliarde Mark. Nach dem Urnengang in Mecklenburg-Vorpommern im Oktober strebte der dortige SPD-Chef Harald Ringstorff sogar eine rot-rote Koalition an, wurde von seiner Bundespartei jedoch in eine Politehe mit der CDU gedrängt. Vier Jahre später ließ sich Ringstorff nicht mehr von einem Zusammengehen mit der PDS abhalten.

Es folgten Regierungsbeteiligungen in Berlin (2002–2011, sowie seit 2016), in Brandenburg seit 2009 sowie in Thüringen seit 2014 unter eigener Führung. 2008 scheiterte die hessische SPD-Vorsitzende Andrea Ypsilanti bei der Bildung einer Minderheitsregierung mit linker Duldung am Widerstand in der eigenen Fraktion. Zwischen 2010 und 2012 führte Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen eine rot-grüne Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten, stützte sich dabei jedoch vielfach auf die Linke. Das letztendliche Ziel einer rot-rot-grünen Bundesregierung scheiterte bislang am Unwillen der dafür notwendigen Partner – die rechnerische Möglichkeit für ein derartiges Modell existiert seit 2013.

Kampf zweier Linien

Doch wer ist diese Partei, die seit dem 4. Februar 1990 lange als PDS, kurzzeitig als Linkspartei. PDS und schließlich – nach Übernahme der westdeutschen SPD-Abspaltung WASG im Jahre 2007 – als Die Linke firmiert? Gysi beschrieb die eigene Organisation auf dem Göttinger Parteitag 2012 als Volkspartei im Osten und Interessenpartei im Westen nebst Gewerkschaftsflügel sowie unabhängigen Linken. Gleichzeitig beklagte er die tiefe Zerrissenheit einer Linken, die Solidarität und Toleranz permanent zu politischen Leitlinien erhebt. «Aber in

unserer Fraktion im Bundestag herrscht auch Hass. Seit Jahren versuche ich, die unterschiedlichen Teile zusammenzuführen. Und ich bin es leid.»

Tatsächlich haben sich die beiden Ansätze von Volks- beziehungsweise Interessenpartei zu einem offenen Gegensatz entwickelt und illustrieren so das allgemeine Dilemma der politischen Linken in Deutschland: Während die alte Linke immer die Sache des Volkes gegen Bourgeoisie und Finanzkapital im Auge hatte, gefallen sich deren neu-linke Erben – die Latte-macchiato-Fraktion – als Exekutoren der Globalisierung und Interessenvertreter von Randgruppen.

Das Subjekt der Vergottung sind Rapedugees und Gender-Homunkuli.

Schon immer gab es in der Partei beide Ansätze, aber die Machtbalance verschob sich zunehmend. Auch die PDS frönte in den 1990er Jahren Multi-kulti-Träumereien und einem hysterischen Pseudo-antifaschismus. Doch im Kern ihrer Politik stand sie auf Seiten der Verlierer der Einheit – der entlassenen Arbeiter geschlossener ostdeutscher Betriebe, der geschassten Wissenschaftler abgewickelter Forschungseinrichtungen, der Opfer westdeutscher Glücksritter. Sogar der Nation konnten zumindest Teile der Sozialisten Positives abgewinnen. «Dass ein gutes Deutschland blühe» lautete das Motto des Cottbuser Parteitages im Oktober 2000. «Die meisten Linken definieren sich bis heute meist außerhalb oder gegen Deutschland, gegen die Nation.

Die PDS

Januar 1990 Umbenennung der SED in PDS

März 1990 Die PDS wird bei der Volkskammerwahl mit 16,4 Prozent drittstärkste Kraft.

Dezember 1990 Bei der ersten Bundestagswahl nach der Wiedervereinigung gelingt der PDS mit 10,6 Prozent im Wahlgebiet Ost der Einzug in den Bundestag

1993 Die PDS verabschiedet ihr erstes Parteiprogramm. Gregor Gysi zieht sich vom Parteivor-sitz zurück.

1994 In Sachsen-Anhalt duldet die PDS eine rot-grüne Minderheitsregierung. Das sogenannte Magdeburger Modell gilt als Türöffner für spätere Regierungsbeteiligungen.

1998 Bei den Bundestagswahlen überspringt die PDS mit 5,1 Prozent erstmals die Sperrklausel und bildet eine Fraktion im Bundestag. In Mecklenburg-Vorpommern entsteht die erste rot-rote Koalition.

2005 Die PDS bildet ein faktisches Wahlbündnis mit der SPD-Abspaltung WASG und benennt sich in Die Linkspartei.PDS um.

Mai 2007 Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen zieht die Linkspartei mit 8,4 Prozent erstmals in ein westdeutsches Parlament ein.

Der Schriftsteller Stefan Heym holte 1994 ein Direktmandat für die PDS.

Foto: picture alliance / ddrbildarchiv.de/Robert Grahm



Die Linke

Juni 2007 Durch die Fusion von Linkspartei.PDS und WASG entsteht Die Linke.

2009/2010 Oskar Lafontaine zieht sich aufgrund einer Krebserkrankung aus der Parteiführung zurück.

2012 Nach schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen werden Katja Kipping und Bernd Riexinger zu Vorsitzenden der Linken gewählt.

2014 Bei den Landtagswahlen in Thüringen gewinnt die Linke mit 28,2 Prozent ihr bis dahin bestes Ergebnis und stellt mit Bodo Ramelow erstmals einen Ministerpräsidenten.

2017 Die Linke ist im Bundestag, zehn Landtagen – darunter allen ostdeutschen – sowie im EU-Parlament vertreten und beteiligt sich an drei Landesregierungen. Zudem stellt die Partei drei Oberbürgermeister und fünf Landräte.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind seit 2012 Vorsitzende der Linken. Die Dresdnerin gibt in diesem Duo den Ton an. Foto: DerHexer, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Genau das will ich verändern. Ich muss doch nicht unbedingt ein Land bekämpfen, wenn ich Verhältnisse in ihm ändern will», schrieb die damalige Vorsitzende Gabi Zimmer in der *Tageszeitung* ihren Genossen ins Stammbuch.

Volkstod und Nazi-Kinder

Diese Haltung mögen Teile der ostdeutschen Basis bis heute teilen – im Funktionsapparat ist sie jedoch marginalisiert. Besonders ungeschminkt pöbelte die Leipziger Linken-Politikerin Christin Löchner 2012, welcher Hass auf das eigene Volk mittlerweile kultiviert wird: «Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen.» Die medien erfahrenen Spitzenvertreter der Partei mögen derlei Gossengeplärre vermeiden. Doch auch Gysi entfuhr es im Mai 2015: «Jedes Jahr sterben mehr Deutsche als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, dass die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen; und schon deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.» Deutsche Eltern gleich Nazis – so offenbar die krumme Logik des Bundestagsabgeordneten.

Statt für das Volk tritt die Partei als Sachwalterin eines Sammelsuriums allerlei ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten auf. Das Subjekt der Vergottung sind Rapedugees und Gender-Homunkuli. Im April 2015 bemühte sich die Linke in ihrem Aktionsprogramm «Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0» sogar um eine theoretische Begründung des Migrationskultes: Mit der Asylinvasion werde ein neues revolutionäres Subjekt ins Land geschwemmt, dass die saturierte Arbeitsklasse ablösen könne. «Deswegen sind die Bewegungen (...)

für die Rechte der Flüchtlinge, die vor Armut, Krieg und auch vor den Folgen des Klimawandels fliehen, Gespenster, die wir willkommen heißen.» Im Refugees-welcome-Blindflug Angela Merkels steht die Linke daher in Treue fest zur CDU-Frau.

Für das Kopftuch, überall

An die Stelle traditioneller linker Religionskritik trat der hysterische Kampf gegen angebliche Islamophobie – und die gleichzeitige Akzeptanz nahezu aller mohammedanischen Unsitten in Deutschland. «Wir sehen daher die Notwendigkeit, als Linke in der Debatte grundsätzlich Position zu beziehen – für das Recht, Kopftuch zu tragen, überall», verkündeten die Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz und Cornelia Möhring 2015. Fünf Jahre zuvor hatte Buchholz sogar ein Burkaverbot als «absurde Gespensterdebatte» diskreditiert.

«Ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod.»

Linken-Politikerin Christin Löchner

Auch die Leugnung der Geschlechter hat in der Linken bereits seit Jahren Konjunktur. Ein besonders krasses Beispiel: 2016 verlangte die linke Ratsfraktion in Flensburg, dass auch alle «Arbeitsgeräte/-mittel aus allen Arbeitsbereichen der Stadt Flensburg genderneutral bezeichnet» werden. Dies gelte «insbesondere für grammatisch mit maskulinem Artikel («der») bezeichnete Arbeitsgeräte/-mittel». Genannt werden zum Beispiel: «der/die Scannerln, der/die Computer/in, der/die Bleistiftanspitzerln, der/die Kopiererln, der/die Staubsaugerln», sowie «der/die Papierkorb/körbin, der/die Briefkopf/köpfen, der/die Abfalleimerln». Irrer geht's nimmer.

Postmoderne danken Massenmörder

Teilweise mögen derartige Abstrusitäten schlicht Zugeständnis an einen postmodernen Zeitgeist des linksgünen Milieus sein. Doch dieses Milieu entfaltet zunehmend politische Schlagkraft – auch durch die Seilschaften innerhalb der Linkspartei.

In der Öffentlichkeit wahrgenommen wird dabei vor allem die bereits 1990 gegründete Kommunistische Plattform (KPF), als deren Sprecherin in den 1990er Jahren die heutige Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht fungierte. Die KPF mochte mit offener DDR-Nostalgie und neostalinistischen Positionen die Medien auf Trab halten, echten Einfluss auf die Parteilinie hatte sie zu keinem Zeitpunkt.



Entscheidender sind die auf rot-rot-grüne Bündnisse und Regierungsbeteiligungen orientierten Zusammenschlüsse wie das Netzwerk Reformlinke mit dem Bundestagsabgeordneten Stefan Liebich und die Emanzipatorische Linke mit Parteichefin Katja Kipping, deren Stellvertreterin Caren Ley und der einstigen Piratenpolitikerin Anne Helm. Kipping gehörte 2010 zu den Gründern des Instituts Solidarische Moderne. Die akademisch auftretende Plattform von Politikern aus Linken, SPD und Grünen hat sich unter anderem «die so dringend erforderliche Versöhnung zwischen den emanzipatorischen Ansätzen der Industrie- und der Postmoderne» auf die Fahne geschrieben. Helm kam 2014 zu fragwürdiger Bekanntheit, als sie in Dresden im Stil der Radau-Feministengruppe Femen mit blanker Brust und der Aufschrift «Bomber Harris, Do It Again» eine Wiederholung des Terrorangriffs auf die Elbmetropole im Jahre 1945 forderte.

Diese illustren Kreise haben längst ihren Frieden mit Kapitalismus und Imperialismus gemacht – sie gerieren sich teilweise als deren Stützen. So ist Liebich als Obmann im außenpolitischen Ausschuss des Bundestages nach eigenen Angaben Mitglied der Lobbyorganisation Atlantik-Brücke. 2014 fand sich seine Unterschrift neben der von 13 anderen Linken-Politikern unter einem Aufruf, der kaum verklausuliert westliche Militärschläge in Syrien forderte. «Ohne dass dies deutlich ausgesprochen ist, handelt es sich hierbei um die Forderung nach einem Einsatz nach Kapitel VII der UNO-Charta, bisher ein Tabu für die Linkspartei», wunderte sich sogar das parteieigene *Neue Deutschland*. Bereits von November 2012 bis September 2013 gehörte Liebich zu den Verfassern des Manifests *Elemente einer außenpolitischen Strategie für Deutschland*, initiiert von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik sowie dem German Marshall Fund of the United States. Darin sprachen sich rund 50 Verfasser für weltweite Einsätze der Bundeswehr «von humanitärer Hilfe über Beratung, Unterstützung, Aufklärung und Stabilisierungsoperationen bis hin zum Kampfeinsatz» aus. Strittig blieb lediglich, ob dafür jeweils eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates einzuholen sei. ... Teile des Papiers fanden sich am 31. Januar 2014 nahezu wortgleich in der Rede des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz wieder.

Gegner dieses Kurses werden gnadenlos niedergemacht, wie nicht zuletzt das Beispiel Wagenknecht zeigt. (Siehe Artikel Seite XXX) Auch deren Ehemann Oskar Lafontaine gilt mittlerweile nur noch als Enfant terrible in seiner Partei. Im Juni 2005 verteidigte er die Interessen deutscher Arbeiter vor der als Multikulti getarnten Lohndrückerpolitik von SPD und Grünen. Der Staat müsse



verhindern «dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen», forderte er vor 1.500 Menschen in Chemnitz. «Da haben wir einen Konflikt», kanzelte die linke Bundestagsabgeordnete Petra Pau den früheren SPD-Chef ab. Dennoch avancierte Lafontaine kurze Zeit später zu einem der Spitzenkandidaten der Linkspartei und dem ersten Vorsitzenden der um die WASG erweiterten Linken. Der Grund war reiner Pragmatismus: Die Linke brauchte das populäre Zugpferd für ihren Erfolg im Westen, wo die WASG als Reaktion auf die Agenda-Politik der Regierung Schröder/Fischer aus dem Gewerkschaftsflügel der SPD entstanden war.

Doch für das Linken-Establishment blieb der bodenständige Saarländer ein ungeliebter Fremdkörper. «Oskar Lafontaine ist eine sehr zweifelhafte Persönlichkeit», und es sei die Frage, «ob die Linke mit ihm (als Vorsitzenden) gut aufgehoben ist», polemisierte die Linksjugend 2008 und forderte seinen Rücktritt. Nach einer Krebserkrankung 2009 blieb ihm eine Rückkehr in die Bundespolitik verwehrt. Seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz zog Lafontaine im Mai 2012 zurück, da sie «nicht zu einer Befriedung der innerparteilichen Auseinandersetzung geführt hat». ■

Mehr Rivalen als Genossen: Gysi brauchte Lafontaine, um Stimmen im Westen zu holen. Foto: picture-alliance/dpa/dpaweb

«Oskar Lafontaine ist eine sehr zweifelhafte Persönlichkeit.» Linksjugend

Die rechte Linke

von Martin Müller-Mertens

Sahra Wagenknecht ist das Gegenbild zu den links-grünen Globalistencliquen: Für das Volk, gegen das Kapital. Deswegen wird sie vom Establishment als «AfD light» attackiert.

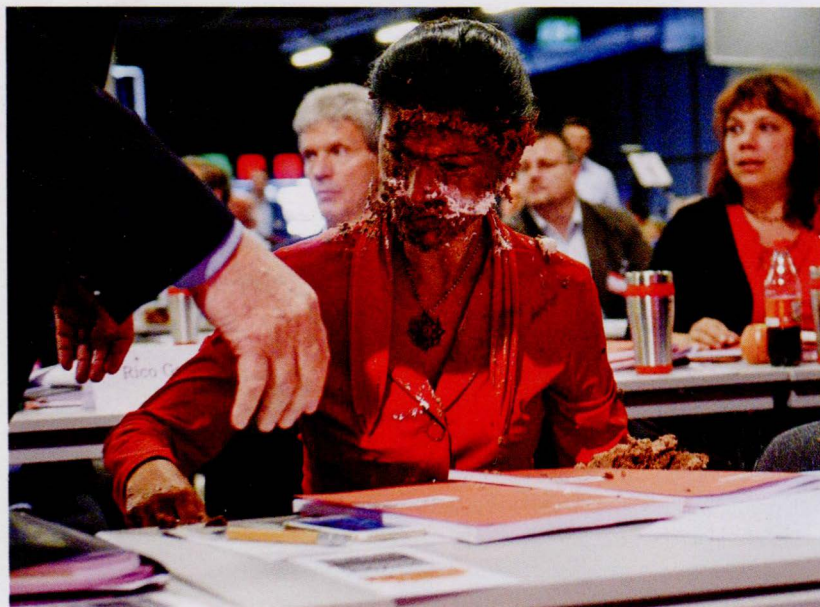
«Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.»

Sahra Wagenknecht

Auf dem Magdeburger Parteitag der Linken im Mai 2016 schleuderte ein sogenannter Aktivist Sahra Wagenknecht eine Torte ins Gesicht. Foto: picture alliance / dpa

Der Angriff wirkte sorgsam vorbereitet: Im roten Kostüm stand Sahra Wagenknecht am 11. Januar 2016 vor der roten Pressewand auf der Fraktionsebene des Bundestages. Ihren Co-Chef Dietmar Bartsch ließ sie 13 Minuten lang ein routinemäßiges Statement zur aktuellen Lage referieren. Dann zündete die damals 46-Jährige mit einer «kurzen Ergänzung» die politische Bombe: Zum Jahreswechsel hatte der Grapscher-Terror von Köln und anderen Städten Deutschland erschüttert. Nun sprach die Linken-Ikone aus, was viele Deutsche längst fordern: «Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt. Das ist in dieser Frage auch die klare Position der Linken.»

Tatsächlich aber kann kaum eine Position weiter vom links verkleideten Parteiestablishment entfernt sein als Kritik am Dogma der bunten Bereicherung. Wie erwartet fielen die Diäten-Empfänger in den eigenen Reihen postwendend über die einstige Vorsitzende der Kommunistischen Plattform her. «Ich weiß nicht, wann wir das letzte Mal so eine heftige inhaltliche Debatte hatten», berichtet ein Teilnehmer der anschließenden Fraktionssitzung. Nur sechs der insgesamt 64 Parlamentarier sollen sich hinter Wagenknecht gestellt haben, darunter Dieter Dehm, Ex-Parteichef Klaus Ernst und Michael Schlecht. Wagenknechts Vorgänger an der Fraktionsspitze, Gregor Gysi, verlangte gar eine monoli-



thische Einheit der Partei im Bereicherungstaumel. «Bei einer so zentralen Frage wie der Flüchtlingsfrage kann es keine zwei Meinungen in einer Partei geben», sagte er dem *Bayerischen Rundfunk*. Auf dem Parteitag im Mai 2016 schleuderten Linksradi-kale eine Torte in Wagenknechts Gesicht.

Dass sich die Linke mit ihrem Refugees-welcome-Blindflug auch in Widerspruch zur eigenen Wählerschaft begibt, stört die Mandatsträger dabei keineswegs. «Wenn uns das zwei oder drei Prozent kostet, dann ist das eben so», fabulierte der Berliner Linken-Vorsitzende Klaus Lederer. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus konnte sein Landesverband im September 2016 schließlich trotz horrender Stimmverluste von SPD, Grünen und Piraten nur um 3,9 Prozent zulegen und stagnierte in seiner Hochburg Ost-Berlin.

Auch der szenenahe Teil der Lügenpresse schoss sich umgehend auf die Politikerin ein. Den Tonfall gab unter anderem das Magazin *Potemkin* vor, in dem der ehemalige Parteifunktionär Juan Brakebusch Wagenknecht unter die «Volkstribunen des linksrechtsvölkischen Mobs» rechnete. Für die Taz war Wagenknecht nun «im Zweifel deutsch». Jakob Augsteins *Freitag* sah die Linke «rechts blinken». Das Magazin *Vice* rückte sie in die Nähe von «Neo-



nazi-Parteien». «Wie rechts ist die Linke?», fragte die *Huffington Post*. Ob Wagenknecht ein Beispiel dafür sei, «dass sich die politischen Extreme am Ende doch berühren», orakelte die *Frankfurter Allgemeine*.

Linke für die AfD

Das Alarmgeheul des links-grünen Establishments hat einen Grund: Wagenknecht steht mit ihren Positionen keineswegs allein. Im April 2017 wünschten sich 31 Prozent der Deutschen eine größere politische Rolle der Linken-Frontfrau. Damit lag sie zwar hinter Angela Merkel (65 Prozent) und Martin Schulz (55 Prozent), jedoch deutlich vor ihrer eigenen Parteichefin Katja Kipping (11 Prozent). Entscheidender ist jedoch ein anderer Punkt: Der Oppositionsführerin mögen Sympathien für die AfD oder gar Querfrontambitionen selbst fremd sein – ihre Basis liebäugelt jedoch durchaus mit der als rechtspopulistisch gescholtenen Konkurrenz. 2010 fragte das Meinungsforschungsinstitut Emnid nach den Chancen einer – hypothetischen – Partei des sozialdemokratischen Enfant terrible Thilo Sarrazin, der gerade seinen Bestseller *Deutschland schafft sich ab* veröffentlicht hatte. Während sich von allen Deutschen etwa 18 Prozent vorstellen konnten, ihr Kreuz bei einer solchen neuen Kraft zu machen, waren es bei den Linken 29 Prozent – und damit

mehr als bei den Wählern aller anderen Parteien. Mit dem Aufkommen der AfD machte sich diese Stimmung auch an den Wahlurnen bemerkbar. So votierten 2014 bei der Landtagswahl in Thüringen 18 Prozent aller AfD-Zweitstimmenwähler mit der Erststimme – noch – für die Linke. In Sachsen-Anhalt stimmten im März 2016 gleich 29.000 bisherige Unterstützer der Sozialisten für die Nationalkonservativen um André Poggenburg. In Mecklenburg-Vorpommern waren es im September 2016 immerhin 16.000 Überläufer. Dieser Trend ist nicht nur bei den Wechselwählern zu spüren. Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach vom Sommer 2016 bezeichneten 22 Prozent der Linken-Wähler die AfD als zweitliebste Partei. Bei den Anhängern der Alternative sympathisieren demnach sogar 31 Prozent mit den Sozialisten.

Nicht nur mit ihrer Kritik an den Folgen des Vielfalt-Kults steht Wagenknecht über Kreuz mit dem linken Führungsmilieu. Den inhaltlichen Vorgaben aus der Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus widersetzt sich die studierte Philosophin regelmäßig. Mit Blick auf den Brexit verlangte sie Ende Juni 2016 Volksabstimmungen über EU-Verträge auch in Deutschland – dagegen sprach sich Kipping für «eine gemeinsame europaweite Abstimmung» aus, bei der die Deutschen also keine eigenständigen

Das schönste Gesicht des Sozialismus? Sahra Wagenknecht begann ihre Karriere 1991 als Sprecherin der Stalinisten innerhalb der PDS. Seit Oktober 2015 ist sie als Linken-Fraktionschefin faktisch Oppositionsführerin. Foto: picture alliance/dpa

«Natürlich gibt es Kapazitätsgrenzen.»

Sahra Wagenknecht

Ostdeutsch und bodenständig



Während Wagenknecht und Lafontaine dem Kurs der Linken-Führung Widerstand leisten, nahm eine frühere Hoffnungsträgerin der Partei ihren Hut. In den 1990er Jahren gehörte Christine Ostrowski, Dresdner Lokalpolitikerin und sächsische Landtagsabgeordnete von 1994 bis 1998, zu den Zugpferden der PDS. Bei den Oberbürgermeisterwahlen in der Elbemetropole 1994 holte sie 30 Prozent der Stimmen. Bekannt wurde sie vor allem mit ihrem 1996 gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Ronald Weckesser veröffentlichten «Brief aus Sachsen». Darin forderte sie, das «bodenständige Kleinunternehmertum» zu stärken und die PDS in eine strategische «ostdeutsche Volkspartei» umzuwandeln. 2008 trat Ostrowski aus der Linken aus. Ende 2015 kehrte sie mit einem Facebook-Post in die Öffentlichkeit zurück: «Ich bin Dresdnerin mit Herz und kritisiere Merkels Flüchtlingspolitik». 2016 kündigte Ostrowski an, künftig die AfD zu wählen.

Christine Ostrowski.
Foto: Linksfraktion Dresden, CC BY-SA 2.0 DE

Entscheidungen treffen könnten. Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten fand Wagenknecht im November 2016 lobende Worte wegen dessen damals angekündigten «großangelegten öffentlichen Investitionsprogramms». Wer nichts tue gegen Hartz IV, geschlossene Schwimmbäder und baufällige Schulen, »der sollte aufhören, sich den Trumps und Le Pens moralisch überlegen zu fühlen. Denn das sind Sie nicht«. Nach dem Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2017 durch den Islamisten Anis Amri attackierte Wagenknecht offen die Kanzlerin: «Es gibt eine Mitverantwortung [Merkels], aber sie ist vielschichtiger. Neben der unkontrollierten Grenzöffnung ist da die kaputtgesparte Polizei, die weder personell noch technisch so ausgestattet ist, wie es der Gefahrenlage angemessen ist», sagte sie dem *Stern*.

In der Außenpolitik vertritt sie einen klassischen Antiimperialismus. Ihre Haltung zum Syrienkrieg: Es ist «Sache des syrischen Volkes und nicht der Amerikaner, wer in Damaskus regiert». Der Berliner Koalition schrieb sie ins Stammbuch, dass diese sich zum «Deppen der US-Oligarchen und ihrer Regierung in Washington» mache. Im Januar 2017 verlangte sie die Auflösung der NATO und ein neues Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands. Den Beitritt der Krim zu Russland betrachtet die Politikerin als «Reaktion auf eine Fehlentwicklung», den Maidan-Putsch 2014. Über die Ausspitzelung Deutschlands durch den US-Geheimdienst NSA twitterte Wagenknecht unter der Überschrift «Neues aus der US-Kolonie». Auch in der Eurokrise beteiligte sich Wagenknecht nicht an den Beschimpfungen der Kritiker. Im Gegenteil: «Wer die Gründer der AfD als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Euro-Rettung recht.» Im Februar 2017 empfahl sie Griechenland einen Abschied von der EU-Währung: «Allerdings spricht einiges dafür, dass eine wirtschaftliche Erholung jenseits dieses Korsetts um einiges leichter wäre.» Als der damalige FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler im Sommer 2013 junge Südeuropäer zur Ausbildungseinwanderung nach Deutschland aufrief, verteidigte Wagenknecht die Interessen deutscher Lehrlinge. Solche Aussagen seien «eine Ohrfeige für hunderttausende junge Menschen, die in Deutschland leben und von denen viele nie eine Chance bekommen haben», sagte sie der *Welt*.

Selbst Pegida ist für Wagenknecht vor allem eine Bewegung des Volkes. Dort gebe es «eine Reihe von Leuten, die da hingehen, weil sie die herrschende Politik ablehnen, weil sie empört sind über prekäre Jobs und miese Renten. Sie haben das Gefühl, da ist endlich mal eine Protestbewegung», mahnte sie bereits im Januar 2015 in der *Frankfurter Rundschau*. Anfang 2016 forderte sie

Friedensvertrag · Einheit · Freiheit · Frieden



Die KPD in der Bundesrepublik – hier nach der Stalinnote 1952 – forderte ein neutrales Gesamtdeutschland. Foto: Stadtarchiv Mannheim, Plakatsammlung 4895

Obergrenzen für Asylanten und sah eine rote Linie beim Zustrom als Selbstverständlichkeit an: «Natürlich gibt es Kapazitätsgrenzen, wer das leugnet, ist doch weltfremd.»

Sahra bringt Stimmen

Im Frühjahr 2015 stand Wagenknecht wohl auch deshalb vor dem innerparteilichen Aus. Sie werde «nicht für die Funktion einer Fraktionsvorsitzenden kandidieren», gab sie damals bekannt – de facto war es eine Kapitulation. Wagenknecht werde «auch zukünftig eine wichtige Vordenkrolle in der Partei spielen», kommentierte Kipping herablassend. Am 13. Oktober wurde die Thüringerin an der Seite von Dietmar Bartsch schließlich doch zur Fraktionschefin gewählt – gegen den Widerstand des Parteipaten Gysi. Der Grund war schlichter Pragmatismus: «Sahra sichert uns Stimmen», zitiert die *Taz* im Januar 2016 namentlich nicht genannte Realos.

Wagenknecht weiß um ihre Bedeutung für die Partei. Im Herbst 2016 verlangten die beiden Fraktionsvorsitzenden ultimativ ihre Nominierung für die Spitzenkandidatur zum Bundestag 2017 und lehnten ein Quartett mit Kipping und deren farblosen Co-Vorsitzenden Bernd Riexinger ab. Ein offener Affront gegen die Parteispitze – doch Wagenknecht und Bartsch setzten sich durch. Durchaus denkbar, dass sie Kipping künftig auch im Kampf um die Parteiführung herausfordert. Bereits vor Jahren hieß es innerhalb der Linken, Wagenknecht strebe das Amt zwar nicht an, würde sich einem Ruf jedoch auch nicht verweigern. ■

22 Prozent der Linken-Wähler nennen die AfD als zweitliebste Partei.

«Die Linken sind entweder naiv – oder bewusst antideutsch»

– Thomas Holtey im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Jahrelang rackerte er unermüdlich und loyal für seine Partei, doch Ende 2015 war für Thomas Holtey die Grenze des Erträglichen erreicht, und er gab uns das folgende Interview. In der Folge wurde der renommierte Betriebsrat derart massiv von seinen Genossen angegriffen, dass er aus der Linkspartei austrat.

Sie sind unzufrieden mit der Position Ihrer Partei in der Asylfrage.

Eindeutig ja, denn die Position ist extrem einseitig. Ich würde sie als entweder sehr naiv oder bewusst antideutsch deuten. Da ich auch ein bisschen an das Gute im Menschen, also auch bei meinen Genossen, glaube, unterstelle ich bei vielen schlichtweg eine zu naive Herangehensweise an das Thema. Was mich nervt ist zum Beispiel, dass bei meinen Genossen gegenüber Asylbewerbern so gut wie immer die Unschuldsvermutung gilt. Das bezieht sich sowohl auf das Thema des tatsächlichen oder angeblichen Asylgrundes, als auch auf das Thema der Kriminalität, zum Beispiel wenn die Polizei eine Drogenrazzia durchführt. Aber bei Bürgern, die sich gegen die derzeitige Asylpolitik wehren, hat man sehr schnell Begriffe wie rechts oder rassistisch zur Hand.

Verdrehung des Asylrechts

Die Linkspartei beruft sich darauf, sie verteidigt das Asylrecht.

Der Begriff des politischen Asyls wird von den meisten entweder nicht verstanden oder bewusst umgedeutet. Das politische Asyl bezieht sich rechtlich auf staatliche Verfolgung. Die linke Umdeutung ist recht einfach: Wirtschaftliche Fluchtgründe werden als politische Verfolgung interpretiert und mit dieser gleichgestellt. Es heißt dann, der Kapitalismus entziehe etwa Afrika die Lebensgrundlagen, zum Beispiel durch ungerechte Handelsverträge seitens der USA oder der EU mit den dortigen Staaten.

Immer wieder wurde die Forderung nach Beschlagnahme von Wohnraum laut.

Wobei dieser Hinweis ja nicht falsch ist.

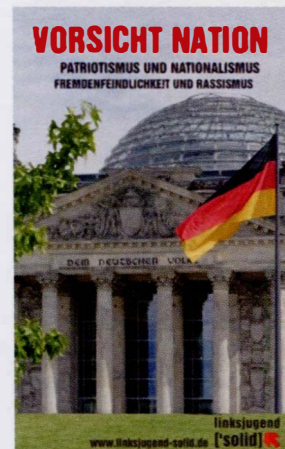
Natürlich nicht. Aber die Lösung kann ja nicht nur darin bestehen, dass wir nun Millionen Afrikaner in Europa aufnehmen. Die Linken wollen jedoch nicht

verstehen, dass wir in dieser Situation das Asylrecht verschärfen, also etwa die Definition von «sicheren Drittstaaten» auf mehr Länder ausweiten müssen.

Deutsche enteignen!

Man bekommt oft den Eindruck, dass die Linkspartei die Politik der Offenen Grenzen noch radikaler durchsetzen will als die Grünen. Wie sind Ihre Erfahrungen?

Was mich in Solingen erschreckt hat: Es gibt radikale Forderungen nach einer Quasi-Enteignung von Vermietern, um in den Wohnungen Asylbewerber unterzubringen. Bei Linken und Grünen gibt es Tendenzen in Richtung «Beschlagnahme beziehungsweise Zwangsbelegung bei Zweckentfremdung», wobei eine Zweckentfremdung, zumindest bisher, jeder Leerstand sein könnte. Eine Differenzierung scheint



Antideutsches Machwerk der Linksjugend Solid. Foto: Linksjugend Solid

Die Linksjugend mit etwa 10.000 Mitgliedern ist der anerkannte Jugendverband der Linken, jedoch formal unabhängig. Foto: Jow-Watch, CC BY-SA 2.0, flickr.com



Das Geld der Linken



Wiederholt gab es Gerüchte über umfangreiches SED-Altvermögen im Umfeld der Linken. Dabei beflügelte vor allem ein gut 20-jähriger Rechtsstreit um etwa 130 Millionen Euro die Gemüter, die seit den 1970er Jahren über Treuhänder in Österreich geparkt wurden. Zumindest die Partei selbst verzichtete jedoch bereits Anfang 1990 auf große Teile ihres Besitzes. Ausgenommen waren etwa die Parteizentrale Karl-Liebknecht-Haus und das in Thüringen gelegene Hotel am Wald in Elgersburg, die sich bereits in den 1920er Jahren im Eigentum der KPD befanden. Das zu DDR-Zeiten erworbene Vermögen fiel an die Bundesrepublik. Im Jahre 2013 verzeichnete Die Linke Einnahmen von etwa 27 Millionen Euro, im Wesentlichen aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung sowie Mitglieder- und Mandatsträgerbeiträgen. Die gemessen an den Mitgliederzahlen vergleichbaren Parteien FDP und Grüne wiesen zur selben Zeit Einnahmen von 34 und 40 Millionen Euro aus.

Berlin, Liebknecht-Haus am Bülowplatz, 1932. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-P046279 Carl Weinrother, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia

Thomas Holtey (50) lebt seit 2004 in Solingen, ist seit 11 Jahren Betriebsrat, trat 2009 der Linken bei, war ab 2012 Kreisvorstandsmitglied und ab 2014 einer von zwei Kreissprechern. Außerdem ist er Mitglied des Solinger Stadtrates, mittlerweile ohne Parteizugehörigkeit. – Das Interview erschien 2015 auf COMPACT-Online und wird hier erstmals gedruckt veröffentlicht.



Die linke Brandenburger Landtagsabgeordnete Isabelle Vandré wünschte im November 2015 in Frankfurt an der Oder zusammen mit der Antifa den Deutschen den Volkstod. Foto: Screenshot Facebook AfD-Brandenburg

nicht stattzufinden, auch wenn eine Wohnung lediglich leer steht, um sie verkaufen zu können. Vermieter scheinen als Feindbild zu gelten, unabhängig davon, ob es sich um Spekulanten handelt, die Häuser oder Wohnungen durch Leerstand dem Verfall preisgeben, oder zum Beispiel um ein Rentnerpaar, das sich eine Wohnung vom Mund abgespart hat.

Viele alteingesessene Migranten ticken da viel realistischer.

Man hofft, durch die Verteilung der Asylanten – mittlerweile gibt es knapp 1.500 in Solingen, weitere 2.000 werden erwartet – auf privaten Wohnraum der Menge Herr zu werden. So formulierten die Grünen bereits am 24. Februar 2015 eine Anfrage, welche Möglichkeiten für eine Zwangsbelegung von nicht genutztem beziehungsweise zweckentfremdetem Wohnraum bestünden. Bei den Linken klingt das noch radikaler: Auf Fraktionssitzungen der Solinger Linken wurde immer wieder die Forderung nach Beschlagnahme von Wohnraum laut. Meine Argumentation, dass durch solche Forderungen und Maßnahmen das Fass zum Überlaufen gebracht und dadurch Proteste provoziert würden, verhallte sozusagen im Nichts. Entweder ist man grenzenlos naiv oder man nimmt eine Eskalation billigend in Kauf.



Der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow aus Thüringen hat nach Amtsübernahme einen Abschiebestopp für abgelehnte Asylbewerber verhängt.

Politisches Asyl ist sinnvoll und wichtig für diejenigen, die tatsächlich staatlicher politischer Verfolgung unterliegen. Aber genauso wichtig ist es, abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschieben, ansonsten ist der Artikel 16a des Grundgesetzes das Papier nicht wert, auf dem er steht. Faktisch signalisiert das Verhalten von Ramelow der Welt: «Kommt alle her, die Tore sind offen, und wir nehmen Euch auf, bis wir kollabieren.» Er zeigt dadurch klar, dass er das Wohl der Menschen in Thüringen (und letztlich in Deutschland) absolut nicht im Blick hat. Mit linker Politik, für die ich mich einsetzen will, hat das nichts zu tun.

Es ist bemerkenswert, dass viele alteingesessene Migranten an diesem Punkt viel realistischer ticken als die Ramelows unserer Partei. Unterhaltungen mit türkischstämmigen Kollegen waren für mich sehr aufschlussreich: Man äußert Sorgen um die eigenen Kinder aufgrund der Nähe von Asylbewerberunterkünften, man versteht einfach die deutsche Asylpolitik der offenen Grenzen nicht und befürchtet letztendlich, sofern es zu Protesten der Bevölkerung kommt, zwischen die Fronten zu geraten. Geradezu gerührt hat mich die Äußerung der Frau eines Kollegen: «Das ist nicht mehr das Deutschland, in das ich vor Jahren gekommen bin.»

Das Thema Abschiebung ist für viele Linke schlichtweg böse und für sie wahrscheinlich ein Zeichen dafür, wie menschenverachtend unser Staat sei. Dabei könnte man das Agieren dieses Staates tatsächlich als menschenverachtend bezeichnen, jedoch gegen das eigene Volk, schließlich habe ich noch nichts davon gehört, dass die Bürger in puncto Asylpolitik einbezogen werden. Das hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. ■

Sturmtruppen gegen die AfD. Foto: Linksjugend Solid



Parlamentarischer Absolutismus

**Die Parteienherrschaft als
Schrumpfform der Demokratie**



Die Abschaffung von Demokratie und Republik

— von Karl Albrecht Schachtschneider

Der Parteienstaat ist die typische Verfallserscheinung der Republik, bekannt schon aus deren Niedergang im Alten Rom. Das Parteienprinzip lässt der politischen Freiheit nur wenige Chancen. Es ist dem monarchischen Prinzip, der Souveränität des Fürsten, ähnlich.

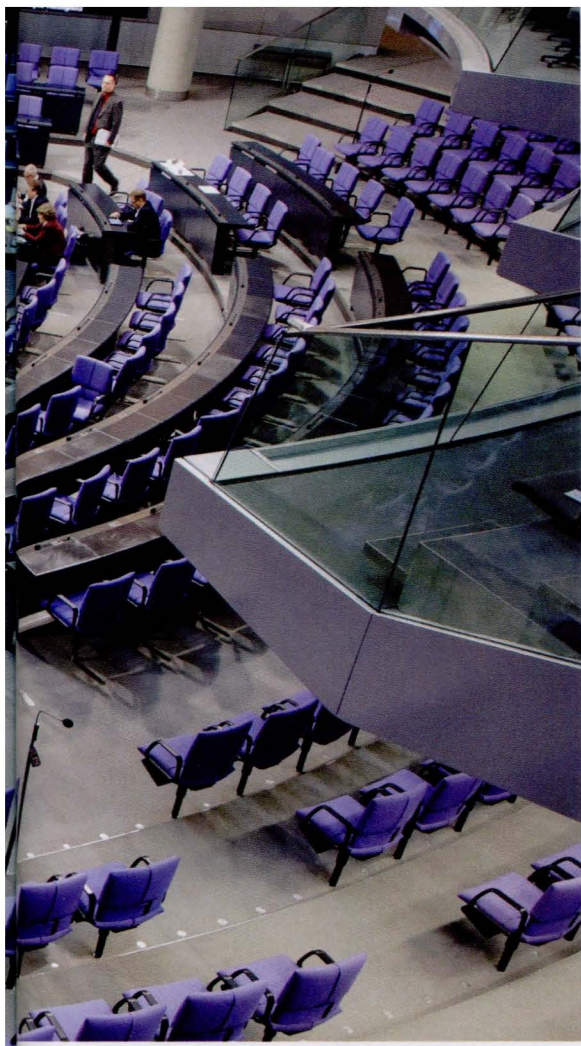
Die Tendenz zu autoritärer Herrschaftsform verstärkt sich auffällig.

Im Parteienstaat schrumpft das demokratische Prinzip der Republik, das Essentielle der allgemeinen Freiheit der Bürger, zu einer parteiendemokratischen Herrschaftsform. Das demokratische Prinzip ist die Souveränität der Bürger, deren Freiheit; denn alle Staatsgewalt geht in der Republik vom Volke aus – siehe Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG). Das Parteienprinzip ist die Oligarchie einiger weniger Parteiführer, die bis zur Autokratie oder auch Diktatur eines Parteivorsitzenden reichen kann. Der Parteienstaat nistet sich regelmäßig in Demokratien ein, denen die Bürgerlichkeit ermangelt oder verlorengeht. Wesentlicher Grund dafür ist in der parlamentarischen Demokratie das Verhältniswahlsystem mit Sperrklauseln. Typisch bilden sich Parteienherrschaften ohne wirkliche Opposition. Die Pluralität der koalierenden Parteien täuscht im Verbund mit Medien

und Wirtschaft Demokratie vor. Die Gewaltenteilung pflegt durch die Allmacht der Einheitsparteien kraftlos zu werden – wie in Deutschland.

Die innerparteiliche Aristokratie

Das Dilemma der Republik, die um der Freiheit willen demokratisch sein muss, ist die geradezu unausweichliche Oligarchisierung der politischen Parteien, an der sich seit der klassischen Untersuchung von Robert Michels, einem der Gründerväter der modernen Politikwissenschaft im 20. Jahrhundert, nichts geändert hat. Parteienungen sind das erfolgreichste Herrschaftsprinzip außer der Theokratie und der Monarchie, die ebenso oligarchisch sind. Immer herrschen Wenige über die Vielen. Die oligarchische Wirklichkeit wird mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, dass «die parlamentarische Demokratie notwendig ein Parteienstaat» sei. In der Tat bilden sich Netzwerke und Bündnisse, die Macht anstreben und verschaffen, in jedem System. Dieses Machtinteresse muss den Staat jedoch keinesfalls den Parteien ausliefern. Die Schweizer Eid-



Warum zur Sitzung gehen? Für 9.327,21 Euro im Monat lässt sich die Zeit auch anderswo bequem verbringen. Foto: picture alliance / dpa

genossenschaft gibt mit ihrer direkten Demokratie ein Gegenbeispiel. Es ist eine Frage der Gesetze, welche Macht die Parteien erlangen. Die vom parteiennahen Bundesverfassungsgericht gestützte, ja geförderte parteienstaatliche Gesetzlage Deutschlands ist mit der Verfassung der Deutschen unvereinbar. Die Parteien sind im Wahlrecht privilegiert, das Fraktionswesen ist auf die Parteien ausgerichtet, sie werden weitgehend und überreichlich vom Staat finanziert, ihnen mangelt an innerer Demokratie, zumal der innere Grundrechtsschutz, sie betreiben strafbar Ämterpatronage, sie unterlaufen die Gewaltenteilung, sie bewirken eine Negativauslese in den Ämtern des Staates, sie verbünden sich mit den Mächtigen in der Wirtschaft und in den Medien und vieles mehr.

Das Führungs- und Gefolgschaftsprinzip in den Parteien, das dem Postulat innerer Einheitlichkeit erwächst, führt dazu, dass nur noch die Vorsitzenden einer Partei, begrenzt deren Vorstand, Macht haben, vielleicht noch die Parteitagsdelegierten, wenn sie sich, selten genug, in Mehrheit gegen

die Parteiführung stellen. Durch das konstruktive Misstrauensvotum (Art. 67 GG) im Verbund mit dem einfachgesetzlichen Verhältniswahlssystem und der parteiichen Fraktionierung des Parlaments wird der Kanzler übermäßig gestützt. In der Kanzlerdemokratie hat er nicht die ganze, aber die weitaus größte Macht. Angela Merkel hat diese Macht zu systemverändernden Rechtsbrüchen missbraucht. Niemand ist ihr in den Arm gefallen. Der Kanzler handelt wie der Souverän, faktisch, nicht rechtlich. «Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet» (Carl Schmitt, führender Staatsrechtler des NS-Regimes).

Konstitutionell hat das Parlament die größte Macht, aber es ist durch die Parteiführungen und die europäischen Institutionen, in der die Regierungen die Politik bestimmen, entmachtet. Wer im Parlament an der politischen Willensbildung mitwirken will, muss schon wegen der Privilegierungen der Parteien den fragwürdigen Schritt der Parteigründung machen. Eine freiheitliche Partei müsste sich, wenn sie republikanisch sein will, entparteilichen, die freie Rede fördern und innerparteiliche Demokratie verwirklichen. Sie wäre aber nach aller Erfahrung wenig erfolgreich. Die Medien müssten eine freiheitliche Parteienkultur unterstützen, aber sie sind Teil der oligarchischen politischen Klasse. Sie verweigern sich ihrer Aufgabe, mittels eines republikanischen Diskurses zur richtigen Politik beizutragen.

Die Parteien sind an die Stelle der Aristokratie getreten. Sie sind keine Volksparteien. Dafür ist allein schon die Mitgliedschaft zu klein. Sie macht insgesamt weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus – und allenfalls zehn Prozent der Parteimitglieder, also 0,2 Prozent der Bevölkerung, sind in den Parteien aktiv.

Damals wie heute
kann das Volk dem
Führer nur zujubeln
oder murren:
Demokratie als
Akklamation.

Karl Albrecht Schachtschneider war bisher Redner auf jeder COMPACT-Konferenz. Foto: Michael Jeinsen



Der Widerstands- paragraf



Viele Menschen fühlen sich in der gegenwärtigen politischen Situation ohnmächtig. Obwohl offensichtlich ist, dass die Bundeskanzlerin mit ihrer Asylpolitik die Gesetze bricht und unser Land einen solchen Zustrom von Fremden nicht verkraften kann, fährt sie stur ihren Kurs. In der Regierungskoalition wird zwar verstärkt diskutiert – aber real geändert hat sich in den vergangenen Wochen trotzdem nichts.

Was kann der Bürger tun, wenn sich die Obrigkeit nach der alten Anarcho-Devise «legal, illegal, scheißegal» verhält? Wer das Grundgesetz studiert, findet einen wichtigen Hinweis im Artikel 20, Absatz 4. Dort heißt es: «Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.» (km)

Pegida-Demonstration in Dresden.
Foto: Kalispera Dell, CC BY 3.0,
Wikimedia

Statt «Dem deutschen Volke»: Das sogenannte Kunstwerk Der Bevölkerung befindet sich seit dem Jahr 2000 im nördlichen Lichthof des Reichstages. Foto: pa/dpa

Der Aufstieg der Opportunisten

Vor allem aber sind die im Bundestag bislang vertretenen Parteien weder volksnah noch erkennbar am Gemeinwohl interessiert. Das täuschen sie nur vor, um gewählt zu werden. Sie sind vielmehr elitär, ohne Elite zu sein, und vornehmlich auf überhöht bezahlte Ämter und noch lukrativere Pfründe aus. Das erleichtert den Parteiführungen die oligarchische Bevormundung ungemein. In einem alternden Parteienstaat setzen sich, wie in jedem Herrschaftssystem, diejenigen bis in höchste Ämter hinein durch, die sich am besten den parteiischen Aufstiegsanforderungen anpassen: die Opportunisten. Das führt, gemessen am aristokratischen Prinzip der Republik, nicht gerade zu einer positiven Auslese des politischen Personals. Die Ausleseverfahren sind gänzlich ungeeignet. Die Parteien schlagen nur ihre eigenen Mitglieder vor. Ein Vorschlag zum Besseren wäre, dass ein Parlamentsmandat allenfalls zwei Legislaturperioden dauern darf und dass die Diäten keine Bereicherung ermöglichen. Zur Republik gehört das Prinzip der Bestenauslese, wie Art. 33 Abs. 2 GG erweist. Das gilt auch und erst recht für das Parlament. Viele Politiker rühmen sich jedoch ihrer Durchschnittlichkeit.

Führung und Gefolgschaft dürfen nicht die Strukturprinzipien der Organisationen sein, welche die Politik der Republik dominieren. Vielmehr muss der allgemeine Diskurs der Bürger um die richtigen Gesetze ermöglicht werden. Das wird nur vorgetäuscht. Voraussetzung einer demokratischen Willensbildung ist die wahrheitsgemäße Information über die Umstände, die die Bürgerschaft für relevant hält, nicht die Presse, der Rundfunk und so weiter, die sich als Wächter fragwürdiger Moral betätigen. Die Aufgabe der Parteien nach Art. 21 Abs. 1 GG ist es, «bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken»,

nicht das Volk von der Politik auszuschließen. Die Parteien hindern die Besten an ihrer bürgerlichen Pflicht zur Politik.

Das Versagen der parteienstaatlichen Demokratie bringt das demokratische Prinzip zunehmend in Misskredit. Die Tendenz zu autoritärer Herrschaftsform, zu der freilich die Parteienoligarchie schon gehört, verstärkt sich auffällig. Neuerdings wird gar das allgemeine und gleiche Wahlrecht der Bürger in Frage gestellt, weil viele, wenn nicht die meisten Menschen der praktischen Vernunft nicht fähig seien. Als wenn die «Politiker» relevant besser informiert wären! Mangel an Kenntnissen ist allemal weniger gefährlich als Korruption. Das Wahlrecht jedes Bürgers beruht auf der Idee der Vernunftfähigkeit jedes Menschen als homo phaenomenon und macht die Würde des Menschen aus. Es darf nicht aufgegeben werden, wenn ein Gemeinwesen Staat des Rechts bleiben soll. Die Parlamentarier sollen das Volk in der Erkenntnis des Wahren und Richtigen für das gemeine Wohl vertreten, also in der praktischen Vernunft oder eben Sittlichkeit. Das verhindern die parteienoligarchischen Verhältnisse in den Parlamenten. Die Republik ist auf eine republikanische Aristokratie angewiesen. So ist das Grundgesetz auch verfasst, aber die Parteien verhindern dessen Verwirklichung.

Volksvertretung als Führerherrschaft

Gegen die Parteienherrschaft sind Volksentscheide, jedenfalls in schicksalhaften Fragen, aber auch als Korrektur zur fehlgesteuerten Repräsentation unverzichtbar. Nach Art. 10 Abs. 1 EUV [EU-Vertrag von 2009, sogenannter Lissabon-Vertrag] «beruht die Arbeitsweise der Union auf der repräsentativen Demokratie». Das Bundesverfassungsgericht erklärt die «repräsentative Demokratie» oder die «repräsentative Volksherrschaft» oder die «repräsentative Parlamentsherrschaft» zur Staatsform Deutschlands (BVerfGE 123, 267 Rn. 216 bzw. Rn. 210 bzw. Rn. 214) und deckt damit die Parteienoligarchie als repräsentative Herrschaftsform. «Herrschaft» ist das kennzeichnende Wort des verfassungsgerichtlichen Staatsrechts. Es verfälscht die Verfassung der Deutschen tiefgreifend. Deutschland ist eine «Bundesrepublik», eine bündische Republik, die als solche ausweislich Art. 20 GG dem demokratischen Prinzip verpflichtet ist. Eine demokratische Republik kann nur ein Staat der Freiheit, und zwar bürgerlicher Bürger, sein.

Die überwiegende Staatsrechtslehre spricht nicht von der «Vertretung des ganzen Volkes», wie es im Grundgesetz in Art. 38 Abs. 1 S. 2 steht, sondern von der Repräsentation, die das Grundgesetz nicht kennt. Der Begriff wurde von Carl Schmitt und dessen Schüler Gerhard Leibholz in die Verfassungs-





Mit diesem Cover polemisierte COMPACT im August 2011 gegen den Lissabon-Vertrag und die Euro-Rettungsschirme, die die nationalen Parlamente in einer Weise übergangen wie zuletzt das Ermächtigungsgesetz von 1934. Foto: COMPACT

lehre der Demokratie eingeführt. Schmitt hat seine Repräsentationslehre der katholischen abgeschaut, wonach die Kirche und/oder der Papst das Unsichtbare, nämlich Gott, sichtbar machen. Die Repräsentanten des Staates würden entsprechend angeblich das ebenso unsichtbare Volk als «politische Einheit» sichtbar machen, das von der Vielheit der Untertanen zu unterscheiden sei. Den Bürger als Politiker kennt Schmitt nicht. Nicht die Freiheit ist ihm politisches Formprinzip, sondern die Demokratie – die aber sei Herrschaft von Führern. Das Volk kann bei Schmitt dem Führer nur zujubeln oder murren, mehr nicht: Demokratie als Akklamation. So ist die Wirklichkeit auch unter der Merkelschen Führerschaft.

Vertreter des Volkes sind dessen Diener, nicht dessen Herren.

Mit dem Republikanismus hatte Schmitt nichts im Sinn. Die Repräsentation ist für ihn eine Form der Herrschaft. Der Repräsentant sei ein «Herr», und deswegen dürfe er repräsentieren. Schmitt ist der einflussreichste Lehrer der Repräsentation, weltweit. Gerhard Leibholz hat im Parteienstaat eine plebiszitäre Form der Demokratie zu erkennen gemeint, also eine Art unmittelbare Demokratie – dabei kann man die Bürger kaum stärker delegitimieren. Leibholz hat zwanzig Jahre lang die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts zum Wahlrecht und zum Parteienrecht bestimmt. Er hat kräftig dazu beigetra-

gen, den vom Grundgesetz verfassten Bürgerstaat in einen Parteienstaat zu verwandeln, in dem es wirklich einen Gegensatz zwischen der politischen Klasse und den Bürger genannten Untertanen gibt.

Repräsentation ist in der Staatspraxis ein anderes Wort für Herrschaft. Repräsentative Demokratie ist ein parteienoligarchisches Staatssystem. Aber dieses Herrschaftssystem entspricht in keiner Weise dem Freiheitsprinzip des Grundgesetzes. Es beseitigt die Bürgerlichkeit der Bürger.

Die Selbstermächtigung der Gewählten

Alle Amtswalter des Staates, ob beamtet oder nicht, sind Vertreter des ganzen Volkes, wie es Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG für die Abgeordneten des Bundestages ausdrücklich sagt. Auch Art. 28 Abs. 1 S. 2 GG spricht davon, dass in den Ländern, Kreisen und Gemeinden das «Volk eine Vertretung haben muss». Die Vertreter des Volkes sind dessen Diener, nicht dessen Herren. Verbindlichkeit schafft allein der Wille des Volkes, nicht der der Vertreter, nicht anders als auch sonst im Vertretungsrecht der Wille des Vertretenen, nicht der des Vertreters (siehe § 166 Abs. 1 BGB). Die Staatsgewalt wird demgemäß nach Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG «vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung ausgeübt», nicht von diesen Organen. Es gibt eine «Willensbildung des Volkes» (Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG), nicht eine Willensbildung des Staates, von der gern gesprochen wird. Die gesetzgeberische Vertretung des ganzen Volkes ist Aufgabe des gesamten Parlaments. Sie lässt sich nur diskursiv verwirklichen, als größtmögliche Mühe aller Abgeordneten um die bestmögliche Erkenntnis des Wahren und Richtigen, des Seins und des Sollens. Gesetzgebung ist Sache von scientia und prudentia – Wissenschaft und Weisheit. Durchgehend ist es die Aufgabe der Vertreter des Volkes zu erkennen, was im Namen des Volkes zu beschließen ist, was somit der Wille des Volkes ist, das die Staatsgewalt ausübt. Allgemein ist es das Gemeinwohl, das Richtige für das gute Leben des Volkes. Das verlangt nach der Erkenntnis der Lage, der Wirklichkeit, aber auch dessen, was die Gesetze des Rechts vorschreiben. Diese Erkenntnisaufgabe hat der Gesetzgeber, sei es das Volk unmittelbar oder sei es mittelbar namens des Volkes eines der Parlamente. Diese Aufgabe hat jede Verwaltungsdienststelle, jeder Beamte oder Angestellte des Staates genauso wie jeder Richter. Der Richter erkennt das Recht und spricht das im Urteil aus. Kein Amtswalter darf seinen Willen zur Geltung bringen, sondern ausschließlich den des Volkes.

Die Republik ist kein Herrschaftssystem, sondern ein Staat freier Bürger. Darum muss sie demokratisch sein. ■

Die Rechtsbrecherin



COMPACT: Auf der COMPACT-Freiheitskonferenz 2015 haben Sie ausgeführt, dass alle an den deutschen Landesgrenzen ankommenden Asylbewerber ohne weitere Prüfung sofort abgewiesen werden müssten. Wie begründen Sie das?

Schachtschneider: Das steht in Paragraph 18 Absatz 2 Asylgesetz, und diese Regelung folgt Artikel 16a Absatz 2 Grundgesetz, der Asylbewerbern kein Grundrecht auf Asylrecht zugesteht, wenn diese aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem sicheren Drittstaat einreisen wollen. Deutschland ist ausschließlich von EU-Staaten sowie sicheren Drittstaaten wie der Schweiz und Liechtenstein umgeben. Damit steht allen Flüchtlingen, die auf dem Landweg nach Deutschland kommen, kein Asylrecht zu, wie das Bundesverfassungsgericht bereits 1996 klargestellt hat.

1,1 Millionen Asylforderer kamen alleine 2015 nach Deutschland. Foto: SV, CC BY 3.0, Wikimedia

_ Karl Albrecht Schachtschneider gehört zu den bedeutendsten Staatsrechtlern in Deutschland und hat sich besonders durch seine Klagen gegen den Euro und den EU-Zentralismus vor dem Bundesverfassungsgericht einen Namen gemacht. Im Mai 2017 erschien sein Buch Die nationale Option (459 Seiten, 22,95 Euro, Kopp-Verlag).

Alle Macht dem Volke

_ von Jürgen Elsässer

Demokratie heißt Herrschaft des Volkes – nicht der Parteien. Diese sind wichtig zur politischen Willensbildung. Aber wenn sie alles dominieren, ist etwas faul im Staate Dänemark.

als einziger Ausweg, eine radikale Kraft ans Ruder zu bringen. Aber auch damit haben wir Deutschen nur die schlechtesten Erfahrungen gemacht, wie die Machtergreifungen von NSDAP oder der SED zeigen: Diese haben den parlamentarischen Absolutismus durch den totalen Staat ersetzt, in dem das Volk gar nichts mehr zu sagen hatte.

Beispiel Minarettverbot

Die Schweiz zeigt eine echte Alternative auf: Die Eidgenossen haben ihre Demokratie – ganz so, wie es auch das Grundgesetz verlangt – nicht nur auf eine parlamentarische, sondern auch auf eine direkt demokratische Säule gebaut. Mit 50.000 Unterschriften kann das Volk erzwingen, dass ihm Beschlüsse der Abgeordneten noch einmal zur Genehmigung vorgelegt werden. Mehr noch: Die Menschen können auch selbst, ganz unabhängig vom Parlament, Gesetze machen. Das war etwa im Jahre 2009 der Fall, als eine Bürgerinitiative ohne Parteiunterstützung – nur ein Teil der konservativen SVP zog mit – das Minarettverbot an die Abstimmungsurnen brachte und dafür eine Mehrheit erhielt. Seither wurde kein neuer Muezzin-Turm mehr gebaut – ohne dass es zu Unruhen oder gar Anschlägen seitens der Muslime gekommen wäre. Das Volk hat seine Macht demonstriert – und gerade dadurch die Situation befriedet. Bei uns hingegen, wo die Parteien nicht einmal die von ihnen selbst beschlossenen Gesetze durchsetzen, wird der Islam von Tag zu Tag gewalttätiger.

Der Unterschied zu unserem südlichen Nachbarland ist gewaltig: Bei uns gibt es alle vier Jahre teure Wahlkämpfe, Rote und Schwarze kämpfen um das Kanzleramt – doch egal, wer gewinnt, es ändert sich nichts. In der Schweiz hingegen findet nie ein Wechsel der Regierung statt, denn diese wird immer von allen Parteien gemeinsam gebildet. Wenn die Menschen mit dieser supergroßen Koalition nicht zufrieden sind, verlangen sie einen Volksentscheid – damit können sie an einem Punkt eine Änderung erzwingen, ohne gleich das ganze Kabinett zu stürzen und damit Turbulenzen zu provozieren.

Die AfD streitet sich, ob sie künftig mitregieren soll. Dabei gibt es einen viel besseren Weg: Sie sollte als Preis für die Stützung eines Kanzlers keine eigenen Ministerposten, sondern die sofortige Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene verlangen. Darf man hoffen, dass eine Alternative für Deutschland so uneigennützig handeln wird? ■



Oft als Versammlung unter freiem Himmel: In der Schweiz findet etwa die Hälfte aller weltweit durchgeführten Volksabstimmungen statt.
Foto: Adrian Sulc, CC BY-SA 3.0, Wikimedia

Erfolgreiche Volksentscheide

Wo immer sich in Deutschland in den vergangenen Jahren den Bürgern die Möglichkeit zu direktdemokratischer Beteiligung bot, hatten die Urnengänge eine starke Resonanz. Oft kam es zu überraschenden Ergebnissen: In Freiburg/Breisgau wurde 2006 die Privatisierung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft verhindert, in Hamburg 2010 die Abschaffung der Gymnasien gestoppt, in Berlin 2014 die Bebauung des stillgelegten Flughafengeländes Tempelhof untersagt. Parallel zur Bundestagswahl 2017 werden die Berliner über den Weiterbetrieb des Flughafens Tegel abstimmen, was eine Bürgerinitiative mit Unterstützung der FDP gegen den Widerstand der anderen Altparteien erzwungen hat.

Das wussten auch die Väter des Grundgesetzes. Im Artikel 20 Absatz 2 heißt es deshalb: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.» Fällt Ihnen etwas auf? Die allermeisten von uns haben schon einmal an Wahlen teilgenommen – aber die allerwenigsten an Volksabstimmungen. Das liegt an einem strukturellen Defizit des bundesdeutschen Staates: Der Auftrag des Grundgesetzes wurde nur zur Hälfte erfüllt. Es gibt zwar ein Bundeswahlgesetz – aber kein Bundesabstimmungsgesetz. Referenden sind nur auf unteren Ebenen möglich, in den Kommunen und Ländern. Diese Leerstelle klafft seit 1949, und kaum einer regt sich darüber auf.

Das Fehlen plebiszitärer Möglichkeiten kastriert das Volk.

Das Fehlen plebiszitärer Möglichkeiten kastriert das Volk, das in einer Demokratie der einzige Souverän ist. Wenn wir nur über weniger Wichtiges mitbestimmen können, aber über die Schicksalsfragen von nationaler Bedeutung die Bundestagsabgeordneten vier Jahre lang ganz allein entscheiden, sitzen wir Bürger am Katzentisch. In Notsituationen, wenn die Altparteien versagen, bleibt dann

Unsere SPEZIAL zu den Themen Asyl, Islam und Terror

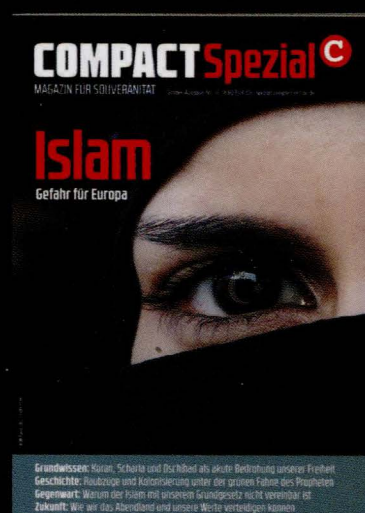
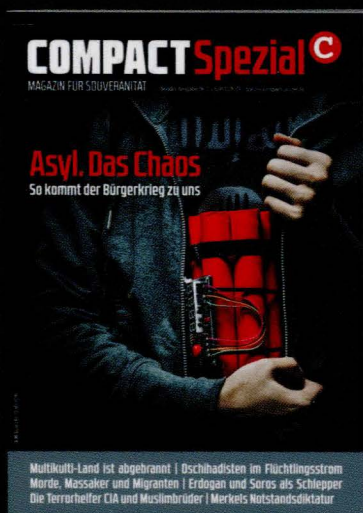
Zur Wissensvertiefung und als Argumentationshilfe

Hintergrundwissen zu den
brisanten Themen, die
unser Land bewegen.

A4, Hochglanz
84 Seiten
Klebebindung



*inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten



Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de

Profitieren Sie von unserem Spezial-Abo!

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige

COMPACT Spezial
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT
Sonder-Ausgabe Nr. 14 | 8,80 EUR (D) - www.compact-online.de

Verrat am Wähler
Geschichte und Gegenwart der Altparteien

FDP
Das Ende des Liberalismus: Das Elend des Christian Lindner

SPD
Von der alten Arbeiterpartei zur Asyl- und Banker-Lobby

CDU/CSU
Der Absturz von Adenauer über Kohl zu Merkel

Grüne
Kriege, Kapital und Kindersex: Mutation einer Friedenspartei

Linke
Von den Erben der SED zu den Krawallanten der Antifa

Jahresabo € 35,20 *

*inkl. MwSt. und Porto. Preis gültig bei Versand innerhalb Deutschlands.

4 Spezial-Ausgaben pro Jahr zum Vertiefen und Nachschlagen!

COMPACT-Spezial: Vier Mal im Jahr widmen sich unsere Sonderhefte einem Thema, das Deutschland und die Welt bewegt. Gut recherchiert, hintergründig und augenöffnend.

Zur Wissensvertiefung, als Argumentationshilfe, zum Nachschlagen und Sammeln. COMPACT räumt auf mit den Propagandalügen des Systems! Bitte beachten Sie: COMPACT-Spezial ist nicht im Lieferumfang eines Abonnements des monatlichen COMPACT-Magazins enthalten – bitte schließen Sie dafür ein Spezial-Abo ab.

COMPACT-Abonnenten

- zahlen kein Porto!
- bekommen das Spezial, bevor es am Kiosk erhältlich ist, vierteljährlich in einer Versandtasche bequem nach Haus!

www.mut-zum-abo.de